

Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben von der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.— Mark

In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchauffee 5. Fernspr.: Hanfa 2447—51

Nr. 1

Hamburg, den 3. Januar 1919.

4. Jahrg.

Inhalt

Geleitwort zum vierten Jahrgang.....	Seite 1	Indien	Seite 14
Sozialismus, revolutionärer Syndikalismus und Bolsche-		Südafrikanische Union	„ 16
wismus	2		
Das bedrohte Kalimonopol	5	Weltwirtschaftliche Übersichten:	
Kriegswirkungen auf die Finanzen der neutralen Staa-	7	Geld und Kapital.....	„ 18
ten Europas.....		Schiffahrt und Schiffbau.....	„ 19
		Rohstoffe und Warenmärkte	„ 21
Länder-Berichte:		Getreide und Futtermittel.....	„ 22
Argentinien	9	Vermischtes	„ 24
England	11	Wichtige Neueingänge	„ 24

(Nachdruck mit Genehmigung der Zentralstelle gestattet.)

Geleitwort zum vierten Jahrgang

Zum Rückschaun und zum Planen scheint keine Zeit weniger geschickt als diese, in der das Festeste zu wanken, das Gestern schemenhaft zu verblassen, ein unabsehbar Neues sich herrisch anzukündigen beginnt. Der Brand, der in der Gestalt des Krieges die Ebenen und Gebirge Europas, die Meere zwischen allen Kontinenten fünfzig Monate lang in Fieber und Krampf verstrickt hat, schlägt in das Innere der Länder zurück, hier als langsam schwelendes, unterirdisches Feuer, dort als die breit aufschlagende, fressende Lohe, dort als schmale Flamme reinerer Glut. Bald scheint der ganze Bau europäischer Zivilisation ins Nichts zu stürzen, bald eine neue Ordnung der Dinge sich aus dem Chaos zu heben. Über Revolutionierenden und Revolutionierten schwebt die gleiche Wolke der Verwirrung und Ratlosigkeit, droht der gleiche Dämon mit Ohnmacht und Zerspaltung. Aber je klaren jeden Tag das Verhängnis der Zeit sich auf dem Hintergrund der Geschichte abzuzeichnen beginnt, desto stärker wird für jeden Einzelnen der Ruf nach Selbstbesinnung und Festigkeit des Blicks. Wir folgen ihm, indem wir uns und unsern Freunden Rechenschaft geben über Weg und Ziel, Mittel und Sinn.

Als der „Wirtschaftsdienst“, am Anfang des dritten Kriegsjahres, begründet wurde, schien keine Aufgabe dringlicher als die Sammlung von Meldungen über die Wirtschaftslage (und im besonderen über die Einwirkungen der Kriegführung auf die Wirtschaftslage) der feindlichen und überseeischen Länder, zu denen die deutsche Wirtschaft im Frieden die engsten Beziehungen unterhalten hatte. Der amtliche Nachrichtenapparat des konsularischen Dienstes war seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen und der Ausdehnung der feindlichen Nachrichtensperre für die wichtigsten Länder außer Funktion gesetzt. Private Nachrichtendienste sind in

die Bresche getreten und haben sich durch sachkundige und geschickte Verbreitung von Mitteilungen aus der Auslands- presse, die an die Stelle der direkten Berichterstattung treten mußte, große Verdienste erworben. Sie haben das paradoxe Ergebnis bewirkt, daß die Versorgung Deutschlands mit Meldungen über die ausländischen Volkswirtschaften während des Krieges dem Wert und der Menge nach weit besser als im Frieden gewesen ist. Doch so wichtig die Vermittlung dieser Materialien war: der katastrophale Gang der Dinge hat deutlicher als jede Begründung es tun könnte, gezeigt, daß die ungeheure Summe des uns jetzt zur Verfügung stehenden Nachrichtensstoffes wertlos ist, wenn nicht mit Besonnenheit des Urteils und Unerschrockenheit des Blicks ein Bild aus ihm gewonnen wird, das jeder Einzelheit ihren Rang und ihre Stelle im Ganzen anzuweisen gestattet. Um seinen Teil an dieser neuen zusammenfassenden und deutenden Arbeit zu leisten, war der Wirtschaftsdienst im Spätsommer 1916, vielfachen Wünschen Hamburger Kaufleute folgend, von der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts geschaffen worden, nicht im Wettbewerb, sondern als notwendige Ergänzung der amtlichen und privaten Nachrichtendienste. Die Entwicklung der Dinge, die überall an Stelle des Gegebenen ein werdendes, an Stelle des Sicheren ein Unberechenbares gesetzt hat, mußte diese Arbeit nur noch dringlicher machen.

Es liegt auf der Hand, daß eine solche Aufgabe nur schrittweise gelöst werden kann. Sie ist nicht mit organisatorischen Mitteln allein zu lösen, wie die Zusammenstellung von Einzelmeldungen, sondern erfordert das langsame Wachsen eines Stabes von gleichgesinnten Mitarbeitern, und die stete Bereitschaft, neue Probleme, die in den Brennpunkt des Interesses treten, ohne Zögern aufzufassen und anzugreifen. Die Urteile, die uns aus dem Kreis unserer Leser zugekommen sind, zeigen an, daß diese Arbeit Würdigung und Beifall gefunden hat.

Der „Wirtschaftsdienst“ hat von Jahr zu Jahr den geographischen Bereich seiner Berichterstattung immer weiter ausgedehnt, die Berichtsperioden aber so sehr verkürzt, daß er an Aktualität hinter keinem andern Nachrichtendienst zurückstehen dürfte. Er hat besonderen Nachdruck auf den von jenen nicht gepflegten systematischen Ausbau internationaler Übersichten gelegt, in denen die wichtigsten Zahlen und Daten über Rohstoffproduktion und Warenmärkte, Geld- und Kapitalmärkte, Schifffahrt und Schiffbau zur Ergänzung der Länderberichte nach Materien gesondert zusammengestellt werden. Er hat schließlich auch die wichtigsten Angelegenheiten der eigenen Volkswirtschaft zum Gegenstand einer analysierenden und kritischen Darstellung gemacht, nicht nur um Vergleiche mit den verwandten Entwicklungen der ausländischen Volkswirtschaften anzuregen, sondern um auch eine Lücke zu füllen, die in der deutschen Wirtschaftsliteratur seit langem beklagt zu werden pflegt: während England über eine Anzahl ausgezeichnete Wirtschaftszeitschriften verfügt, die neben den ausländischen auch die heimischen Angelegenheiten, vielfach in vorbildlicher Form, für den Mann des tätigen Lebens bestimmt, behandeln, und damit auch dem Ausland einen klaren und verlässlichen Überblick über den Stand und die Probleme der englischen Wirtschaft ermöglichen, fehlten in Deutschland solche Zeitschriften bisher ganz. Wir hoffen, daß sowohl die Auslandsdeutschen wie die führenden Wirtschaftskreise des übrigen Auslands es begrüßen werden, daß nun ein Organ begründet und im Ausbau begriffen ist, das eine klare und sichere Orientierung auf dem heute so dunkel und verworren scheinenden Gebiet der deutschen Wirtschaftszustände ermöglichen soll.

Die Schriftleitung des „Wirtschaftsdienst“ ist sich der Verantwortung wohl bewußt, die ihr diese Pläne und Aufgaben.

sowohl in der Auslands- wie in der Inlands-Berichterstattung auferlegen. Wer sich damit begnügt, Übersetzungen und Excerpte von Zeitungsnachrichten zu vermitteln, hat nur die Verpflichtung zu Sichtung und Genauigkeit. Wer abgerundete Darstellungen geben will, muß sich bewußt sein, daß in der Auswahl und in der Anordnung der Tatsachen unausgesprochene Wertungen auch dort wirksam sind, wo kein kritisches Wort laut wird. Der „Wirtschaftsdienst“ vertritt keine Politik, weder die einer Behörde noch die einer Klasse oder die einer Gruppe von Interessenten. Die Meinungen, die in seinen Spalten Raum finden, verpflichten niemand anders als die Mitarbeiter, die sie aussprechen und von denen nichts anderes gefordert wird als Besonnenheit und Kenntnis, Klarheit und Wille zur strengsten Objektivität. Auch gegensätzlichen Meinungen wird Raum gewährt, wenn ihre Begründung den äußeren und inneren Rahmen der Wochenschrift nicht überschreitet. Der Klärung der Tatbestände und Probleme glaubt aber die Schriftleitung nicht durch Unentschiedenheit und Farblosigkeit, sondern durch Charakter und Prägnanz am besten zu dienen.

Je tiefer das Leben der Nation von Gegensätzen der Klassen und Parteien aufgewühlt, von Tendenzen und Gegen Tendenzen, Abhängigkeiten und Antagonismen hin- und hergerissen wird, desto stärker muß das Verlangen nach einem Organ werden, das die verworrene Umwelt in einem weder durch Vorurteile noch durch Absichten getrübbten Spiegel zu zeigen erlaubt. Wir werden nicht immer hoffen können, mit jedem Leser in jeder Sache übereinstimmen zu können. Unsere Wünsche sind erfüllt, wenn niemand uns das Urteil versagt, daß wir unsere Arbeit als Deutsche, um der Sache willen, getan haben, unbegrenzt und unbeirrt durch Tod und Teufel, Dunkel und Wirrnis, den harten Weg in den neuen Morgen suchend.

Sozialismus, revolutionärer Syndikalismus und Bolschewismus

Bei dem Kampfe, der jetzt in der Hauptstadt des Reiches und in einigen seiner wichtigsten Wirtschaftsgebiete ausgefochten wird, handelt es sich, ohne daß die zunächst Beteiligten, die demonstrierenden und streikenden Arbeiter und Nichtarbeiter sich darüber klar zu sein brauchen, um den Streit von sich widersprechenden Grundanschauungen über die Möglichkeiten der Verwirklichung des sozialistischen oder kommunistischen Ideals, das durch die Revolution auf die Tagesordnung gesetzt worden ist. Alles dreht sich dabei im Grunde um die Frage, ob auf der Grundlage der Demokratie, an der alle Volksgenossen teilnehmen, oder auf derjenigen der Diktatur des Siegers in der Revolution, des Proletariats, verkörpert durch die Arbeiter- und Soldatenräte — womöglich die ersteren allein —, eine neue Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung eingeführt werden soll. Die Auffassung der orthodoxen Sozialdemokratie von der für die Sicherung der Ergebnisse der Revolution nötigen politischen Form faßt Kautsky (Die Diktatur des Proletariats, Wien 1918) in den Worten zusammen, ein Volk sei „zum Sozialismus noch nicht reif, solange die Mehrheit der Volksmasse dem Sozialismus feindlich gegenübersteht.“ Ganz abgesehen deshalb von Parteiprogrammen, die nicht immer eingehalten werden, findet Kautsky: „Nicht nur die Demokratie ist es, welche die Reife des Proletariats am ehesten herbeiführt, sondern auch am ehesten erkennen läßt, wann sie — die Reife des Volkes zum Sozialismus — eingetreten ist.“ Demokratie aber bedeutet Herrschaft des Volkes, d. h. in's Parlamentarische übersetzt,

Herrschaft der Mehrheit unter Berücksichtigung der Minderheiten, denn sie bedeutet „Gleichberechtigung, gleiche Teilhabung an allen politischen Rechten für jedermann, welcher Klasse und Partei er immer angehören mag.“ Dieses gleiche Recht für alle ist umso notwendiger, als auch der Sozialstaat der tätigen Mitarbeit aller Volksschichten zu seiner Verwirklichung dringend bedarf.

Wann aber ist ein Volk reif für den Sozialismus? Wann besitzt es, um mit Kautsky zu reden, „die Kraft und die Fähigkeit, die Demokratie aus der Politik in die Ökonomie zu übertragen?“ „Ausreichende Kraft und Fähigkeit sind relative Begriffe“, antwortet Kautsky. „Dasselbe Ausmaß von Kraft kann heute unzureichend sein, wenn die Gegner stark sind, und morgen völlig ausreichen, wenn diese einen moralischen oder ökonomischen oder militärischen Zusammenbruch erleiden. Und ebenso kann dasselbe Ausmaß von Fähigkeiten heute versagen, wenn man in einer höchst verwickelten Situation ans Ruder kommt, und es kann morgen allen Anforderungen gewachsen sein, wenn inzwischen klarere, einfachere oder materiell besser fundierte Verhältnisse eingetreten sind. Nur die Praxis kann in jedem Fall zeigen, ob das Proletariat schon wirklich reif ist zum Sozialismus.“ Es läßt sich, immer nach Kautsky, selbst dann noch nicht mit Bestimmtheit sagen, der Zeitpunkt der Reife sei schon da, „wenn das Proletariat die Mehrheit im Volke bildet und dieses in seiner Mehrheit den Willen zum Sozialismus bekundet.“ Bevor man nun ein Urteil darüber

fällt, ob die Praxis Reife oder Unreife des Proletariats oder von wesentlichen Teilen desselben für die Ablösung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch eine sozialistische ergeben hat, muß man sich Klarheit verschaffen über die Frage, was in den verschiedenen Lagern unter Sozialismus verstanden wird, ob man ihn in den in Frage stehenden Kreisen als Mittel zum Zweck oder als Selbstzweck auffaßt. Schäffle (Die Quintessenz des Sozialismus), einer der unvoreingenommensten wissenschaftlichen Erforscher des Sozialismus, hat als „die volkswirtschaftliche Quintessenz des sozialistischen Programmes“, als „das eigentliche Ziel der internationalen Bewegung“, bezeichnet: „Ersetzung des Privatkapitals“ (d. h. der spekulativen, sozial nur durch freie Konkurrenz geregelten privaten Produktionsweise) durch das „Kollektivkapital“, d. h. durch eine Produktionsweise, welche auf Grund kollektiven Eigentums der Gesamtheit aller Mitglieder der Gesellschaft an den Produktionsmitteln eine einheitliche (soziale, „kollektive“) Organisation der Nationalarbeit durchführen würde.“

Bis zum Aufkommen der neuen Theorie des Bolschewismus war die Vergesellschaftung des Kapitals, von Grund und Boden, Rohstoffen, Werkzeugen, Maschinen usw. und des Produktionsprozesses, nur als ein, allerdings als das geeignetste Mittel zur Erreichung des höchsten Zieles der Sozialisten betrachtet worden, das nach dem noch maßgebenden Erfurter Programm in der Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen bestehen sollte. „Genau genommen“, sagt darum auch Kautsky ganz folgerichtig, „ist nicht der Sozialismus unser Endziel, sondern dieses besteht in der Aufhebung jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht, eine Rasse.“ Die sozialistische Produktionsweise erscheint den orthodoxen Sozialdemokraten lediglich als das unter den vorliegenden technischen und wirtschaftlichen Bedingungen gegebene Mittel zur Erreichung dieses Zieles. Kautsky steht denn auch nicht an zu erklären: „Würde uns nachgewiesen, daß wir darin irren dann müßten wir den Sozialismus über Bord werfen, ohne unser Endziel im geringsten aufzugeben, ja wir müßten es tun, gerade im Interesse dieses Endziels.“

Aus dieser Zielsetzung folgt aber auch: „Sozialismus als Mittel zur Befreiung des Proletariats ohne Demokratie ist undenkbar. . . . Eine Klasse, die einen Befreiungskampf führt, kann sich . . . ein System der Bevormundung nicht als Ziel setzen Wir verstehen unter dem modernen Sozialismus nicht bloß gesellschaftliche Organisation der Produktion, sondern auch demokratische Organisation der Gesellschaft. Der Sozialismus ist demnach für uns untrennbar verbunden mit der Demokratie.“ — „Kein Sozialismus ohne Demokratie“, bekennt Kautsky. Man kann demnach mit dem russischen Kathedersozialisten Tugan-Baranowski (Der Sozialismus in seiner geschichtlichen Entwicklung, 1908) den Sozialismus als diejenige Ordnung der Wirtschaft bezeichnen, bei welcher infolge der gleichen Verpflichtung und des gleichen Rechtes Aller, sich an der gesellschaftlichen Arbeit zu beteiligen und demgemäß auch an dem Genuße der Früchte dieser Arbeit teilzunehmen, die Ausbeutung eines Teiles der Mitglieder der Gesellschaft durch den anderen unmöglich wird.

Sieht der Sozialismus in der Demokratie, der parlamentarischen Volksvertretung und einer zentralisierten, auf Macht gestützten Staats- und Wirtschaftsordnung wesentlichste Voraussetzungen für die Erreichung des ihm vorschwebenden

Zieles, wobei er jede Diktatur einer bestimmten Klasse, mag sie rechts oder links stehen, ablehnt, so befinden sich die Anschauungen des revolutionären Syndikalismus, dessen Hauptsitz in den letzten Dezennien vor dem Kriege die romanischen Länder, vor allem Frankreich und Italien gewesen sind, in diesen Fragen zu ihm in denkbar schroffstem Gegensatze. Es hieß sich einer Täuschung hingeben, wollte man im Hinblick auf die höhere Lebenshaltung, Durchschnittsbildung und Schulung der deutschen Berufsarbeiter durch gewerkschaftliche Organisationen annehmen, daß die deutsche Arbeiterbewegung den Gedankengängen des revolutionären Syndikalismus gänzlich verschlossen sei. Schon vor dem Aufkommen bolschewistischer Lehren, mit denen der Syndikalismus im übrigen nur den revolutionären Elan und gewisse Methoden gemein hat, ohne in den Grundanschauungen damit übereinzustimmen, sind nicht nur in deutschsprachlichen Gebieten des Auslands, die bis dahin die gewerkschaftliche Organisation der deutschen Arbeiterschaft als vorbildlich nachgeahmt hatten, wie in der Schweiz und in Österreich, sondern auch in Deutschland selbst mehr und mehr syndikalistische Methoden in Anwendung gekommen. Es erscheint deshalb nicht überflüssig, auch dem Syndikalismus einige Worte zu widmen, wenn er auch bis zur Revolution bei uns nie die Rolle wie in den romanischen Ländern gespielt hat.

Worin besteht nun die in Wirklichkeit keineswegs neue, weil einer ziemlich primitiven Stufe der kapitalistischen Entwicklung entsprechende Taktik, deren sich die syndikalistische Arbeiterschaft im Kampf um ihr vermeintliches Recht und ihre Ideale bedient? Im Gegensatz zu den Sozialisten, die auf eine zentral geleitete Arbeiterbewegung ebenso großen Wert legen wie auf die zentralisierte Ordnung des Wirtschaftslebens im erkämpften Sozialstaat, sind die Syndikalistengeschworene Feinde jeder zentralen Ordnung und jedweder Autorität; sie sind ausgesprochene Individualisten. Im Kampfe gegen das Kapital und seinen sogenannten Beschützer, den Staat, versprechen sie sich von einer zentralen gewerkschaftlichen Organisation der Berufe zum Zweck der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiterstandes wenig. Sie sind wohl für örtlichen Zusammenschluß der gelernten und ungelernten Arbeiter — daher auch die Bezeichnung Lokalist —, für ihre Solidarität zum Zweck der Stärkung des Klassengefühls, aber gegen den gewerkschaftlichen Korporationsgeist der Facharbeiter. Vielmehr werfen sie den deutschen und englischen Gewerkschaften vor, daß sie in den Arbeitern jeden ideellen Trieb ertöten, indem sie an Stelle des proletarischen Klassengedankens den Kampf um die wirtschaftliche Besserstellung ihrer Mitglieder über Gebühr in den Vordergrund rücken, zum Schaden der Solidarität der gelernten und ungelernten Arbeiterschaft im ganzen. Im Kampfe des „Geldsacks der Gewerkschaft“ mit dem des Kapitals müsse der erstere auf die Dauer ohnehin den Kürzeren ziehen. In der Durchführung ihres Wirtschafts-ideals sind sie in Anlehnung an Proudhon Föderalisten, indem sie den örtlichen Syndikaten in Verbindung mit der von der Arbeiterschaft kontrollierten Gemeindeverwaltung die Ordnung des Wirtschaftslebens übertragen, nötigenfalls unter Inanspruchnahme einer Art von Clearing House für den Austausch mit anderen autonomen Gemeinden und für den Verkehr mit dem Auslande. Die örtlichen Syndikate verwalten zusammen die Produktionsmittel der Gemeinde, jedes Syndikat sein Gewerbe, die Arbeiter jedes Gewerbes ihre Werkstätte. Wie aus der Wirtschaftsverfassung der Gegend ihrer Entstehung, Frankreichs bzw. Paris, ohne weiteres erklärlich, sehen die Syndikate bezeichnenderweise auch nicht im Großbetrieb, wie ihn der

sozialistische Staat anstrebt, sondern im gewerkschaftlichen Kleinbetrieb, der Heimwerkstätte und der Wirtschaft des Kleinbauern, ihr produktionstechnisches und damit gesellschaftliches Ideal. Als entschlossene Feinde jeder zentralen Gewalt bekämpfen sie den Militärdienst in jeder Form, auch die Volkswehr der Sozialdemokraten, dem Soldaten empfehlen sie Dienstverweigerung, dem Beamten, solange er nicht das Streikrecht genießt, passive Resistenz und Sabotage.

Damit kommen wir zu den Methoden der Syndikalisten, in deren Anwendung sie sich lange Zeit grundlegend von der Sozialdemokratie unterschieden, bis sich beim radikalen Flügel derselben noch in den letzten Friedensjahren unter dem Eindruck des verschärften Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit auch darin eine Wandlung vollzogen hat. Die syndikalistische Taktik wird durch das Schlagwort der „action directe“ gekennzeichnet, der unmittelbaren Regelung der Angelegenheiten der Arbeiterschaft durch diese selbst statt durch Beauftragte oder gar durch staatliche Einigungsämter, Schiedsgerichte u. dgl. m. Sie entspringt der Auffassung, daß die direkt Betroffenen ihr Interesse viel energischer wahrzunehmen wissen als irgendwelche Vermittler. Die dabei in erster Linie empfohlenen Methoden sind: Der Streik in den verschiedensten Formen, vom einfachen Lohnstreik zum Sympathie- und politischen Massenstreik und bis zum Streik um des Streiks willen, der zu regelrechten Streikmanövern führt, durch welche die Massen für den letzten großen Kampf geschult werden sollen; der Boykott und als eine Abart desselben der „Label“, d. h. die syndikalistische Erkennungs-marke, durch welche der arbeiterfreundlichen Masse der Verbraucher zum Nachteil jener Betriebe, in denen nichtsyndizierte Arbeiter beschäftigt werden, das Erzeugnis als von Syndikalisten verfertigt empfohlen wird; endlich die Sabotage in jedweder Form, von der schärfsten Art unter Anwendung von Gewalt, verbunden mit Zerstörung des Eigentums und Bedrohung des Lebens der Gegner, bis herab zur passiven Resistenz und der Persiflage der Autorität durch einen Kadavergehorsam à outrance, der einen vernünftigen Betrieb unmöglich macht.

Demokratische Anschauungen sind dem Syndikalismus im höchsten Grade zuwider. Es braucht da nur an seinen vor dem berühmtesten Vorkämpfer, den französischen Philosophen Georges Sorel, erinnert zu werden, der in einem viel beachteten Buche „Réflexions sur la Violence“ (3. Aufl. 1912) in schärfster Form gegen den orthodoxen Marxismus und Sozialismus Stellung genommen und den politischen Generalstreik als die Apotheose der proletarischen Arbeiterbewegung verherrlicht hat. Über das, was nach dem Gelingen des erhabenen revolutionären Aktes an positiver Arbeit zum Wohl der neuen Gesellschaft zu leisten ist, lassen sich die Vertreter des revolutionären Syndikalismus gewöhnlich in ziemlich allgemein gehaltenen Wendungen aus.

Der Bolschewismus hat sowohl mit dem Sozialismus, wie mit dem revolutionären Syndikalismus einige Grundzüge gemein, mit dem Sozialismus die kommunistische Theorie, mit dem Syndikalismus die revolutionäre Methode. In anderer Hinsicht aber unterscheidet er sich auch wieder sehr wesentlich von beiden Richtungen, denn er will den Sozialismus ohne die Demokratie und huldigt im Unterschied zu der individualistischen Auffassung der Syndikalisten einem straff organisierten Kommunismus.

Die bolschewistischen Theoretiker, Lenin, der langjährige Führer der russischen sozialdemokratischen Partei an der Spitze, nahmen von jeher für sich in Anspruch, die Lehren von Marx in ihrer vollen Reinheit wiederherzustellen und in die Wirklichkeit umzusetzen. Zum Unterschied von den revolutionären Syndikalisten, die dem Intellekt mißtrauen und

jedweder Theorie abhold sind, dafür aber das Gefühl, den revolutionären Willen zur Tat und den Instinkt der breiten Masse als wegleitende Richtschnur über alles setzen, widmen sich die Bolschewiki mit Begeisterung theoretischen Studien. Die Art der Auslegung allerdings, die sie den Klassikern der Partei geben, um die besonderen Verhältnisse, unter denen sich die soziale Revolution in Rußland vollzieht, zu rechtfertigen, ist nicht immer einwandfrei. Hatten Marx und Engels im kommunistischen Manifest die „Expropriation der Expropriateurs“ noch „vermittelt despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse“ vorzunehmen geraten, so mußten die Verfasser, nachdem unter Lassalles Einfluß die deutsche Arbeiterschaft sich der verfassungsmäßigen Einrichtungen des Staatslebens zu bedienen gelernt, ohne grundsätzlich den Klassenkampfstandpunkt aufzugeben, ein Vierteljahrhundert später schon die von ihnen empfohlenen Methoden als zum großen Teil veraltet bezeichnen. Die weitere Entwicklung in Westeuropa veranlaßte Engels 1890 zur Feststellung, daß die parlamentarische Tätigkeit nunmehr als nächste Aufgabe von seiner Partei erkannt sei. „Wir, die Revolutionäre, die Umstürzler, wir gedeihen weit besser bei den gesetzlichen Mitteln, als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz.“

Anders in Rußland. Da bestand keinerlei Möglichkeit, mit gesetzlichen Mitteln sozialistischen Grundsätzen Beachtung zu verschaffen. Im Kampf gegen den Absolutismus, der, notgedrungen im Geheimen geführt, zur Verschwörung wurde, konnte sich eine demokratische, auf der Mitarbeit breiter Volksschichten beruhende Methode nicht entfalten. Da war nur für eine Diktatur die Möglichkeit der Entwicklung gegeben. Bei ihrer zum mindesten theoretischen Bekanntschaft mit der ökonomischen Bedingtheit einer glücklichen Durchführung der Revolution angesichts der Rückständigkeit der russischen Wirtschaftsverhältnisse konnten sich die Bolschewiki der Einsicht nicht verschließen, daß sie sich mit den Kleinbauern, die zu wenig politisches Interesse aufbringen, als daß sie sich der Beherrschung der großen Städte und Industriegebiete durch die Bolschewiki widersetzen, in die Herrschaft teilen müßten. Nach der über Erwarten gelungenen Novemberrevolution sahen sie sich plötzlich vor die Notwendigkeit gestellt, mit der Durchführung ihres sozialistischen Programms ernst zu machen. Dieser Entschluß wurde ihnen umso leichter, als demokratische Freiheiten in Rußland ohnehin noch so gut wie ungewohnt, jedenfalls nicht im Volksempfinden verwurzelt waren. Sehr treffend bemerkt Professor Fleiner in einem „Bolschewismus und Demokratie“ über-schriebenen Beitrag zur Neuen Zürcher Zeitung: „Jedes despotische Regiment wird für die Bürger nicht bloß darum zum Fluch, weil es sie äußerlich unter seine Knute beugt, sondern, weil es ihrer Denkart und politischen Vorstellungskraft einen unverfügbaren Charakter aufprägt. Den despotisch Regierten gilt der Staat, in dem sie leben, als die Verkörperung der Staatsidee überhaupt.“ So ist es zu erklären, daß auch in Rußland die Despotie des Absolutismus nur abgelöst werden konnte von einer Diktatur des Proletariats.

„Wozu aber“, fragt Kautsky, „kann eine sozialistische Partei ihre Macht benutzen als zur Durchführung des Sozialismus? Sie mußte sich sofort daran machen und rücksichtslos ohne Bedenken alle Hindernisse aus dem Wege räumen, die sich ihr entgegenstellten. Wenn die Demokratie dabei in Konflikt mit dem neuen Regime geriet, das trotz der großen Popularität, die es rasch gewonnen, nicht über die Mehrheit der Stimmen im Reiche verfügte, dann um so schlimmer für die Demokratie. Dann mußte sie ersetzt wer-

den durch die Diktatur . . .“ Deren Aufgabe ist es nun, die sozialistischen Lehren in die Wirklichkeit umzusetzen. Dazu bedient sie sich der sogenannten „neuen Theorie“, die in der Entdeckung der Diktatur des Proletariats als einer dauernden Regierungsform gipfelt; diese muß solange bestehen bleiben, bis der Sozialismus alle Klassenunterschiede zum Verschwinden gebracht, damit auch die Herrschaft des Proletariats ideell aufgehoben und sie praktisch überflüssig gemacht hat. „Bisher lehrte man die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur, ohne die Form dieser Diktatur untersucht zu haben. Die russische sozialistische Revolution

hat diese Form entdeckt. Es ist die Form der Sowjetrepublik, als Form der dauernden Diktatur des Proletariats und (in Rußland) der ärmeren Schicht des Bauerntums.“ So steht geschrieben in der neunten These des Sowjet-Katechismus.

Es würde eine Aufgabe für sich bilden, die in den letzten Jahren in Deutschland in die Erscheinung getretenen Sonderrichtungen der Unabhängigen, Linksradiكالen, Spartacisten usw. zwischen die oben geschilderten Grundsysteme des Kommunismus und Sozialismus einzuordnen.

Dr. Arthur Heber

Das bedrohte Kalimonopol

Die Vereinigten Staaten, die seit 20 Jahren etwa die Hälfte unserer gesamten Kaliausfuhr aufnehmen und so unser weitaus wichtigster Kunde sind, haben sich bereits vor dem Kriege die größte Mühe gegeben, vom deutschen Kalimonopol loszukommen. Amerikanische Versuche, einige unserer besten Gruben in die Hand zu bekommen, wurden durch das Kaligesetz verhindert. Auch die Verschleuderung von Kali an das Ausland wurde durch dieses Gesetz unmöglich gemacht. Amerika machte nun die größten Anstrengungen, die künstliche Erzeugung von Kali zu fördern und eigene Lager aufzufinden. Heute interessiert uns besonders auch, daß Amerika schon im Frieden sich regelmäßig über die Förderungsziffern unserer elsässischen Gruben durch den zuständigen Konsul berichten ließ. Die durch die Vereinigten Staaten unterstützte Lostrennung des Elsaß vom Deutschen Reich bedeutet eine Durchbrechung des deutschen Kalimonopols, die den Amerikanern sehr erstrebenswert sein muß. Ihre Abhängigkeit von Deutschland ist nun weniger groß, die Konkurrenz sorgt für günstigere Preise. Vielleicht wartet auch amerikanisches Kapital bereits darauf, die elsässischen Bodenschätze unter seine Gewalt zu bringen. Endlich ist Frankreich der Schuldner Amerikas geworden, und die wirtschaftliche Stärkung des Schuldners muß der Gläubiger wünschen.

Die elsässische Kaliindustrie ist noch sehr jung. Erst 1904 wurden die Lagerstätten aufgefunden. Das „Wittelsheimer Becken“ um den Ort Wittelsheim, 10 km nördlich Mülhausen, dehnt sich zwischen der Ostgrenze der Vogesen und dem Rhein-Rhonekanal über 180 qkm hin. Zahlreiche „nichtfündige“ Bohrungen zwischen Rhein-Rhonekanal und Rhein, ferner im Südwesten in der Linie Sennheim-Schweighausen-Heimsbrunn-Niedermorschweiler, lassen die Begrenzungslinie gut erkennen. Über sie hinaus sind in Frankreich keine Lager mehr gefunden worden; in Baden, also rechtsrheinisch, ist man auf geringe Mengen gestoßen.

Das elsässische Kalilager besteht aus zwei Schichten, einer oberen von ca. 0,8 — 1,5 m, einer unteren, dem Hauptlager, von 3,7 — 5,4 m Mächtigkeit. Nach Roth beläuft sich der im elsässischen Boden schlummernde Vorrat auf etwa 300 Mill. t Reinkali, deren Marktwert die Franzosen auf 50 Milliarden Mark beziffern. Wenn wir nur auf dieses Vorkommen angewiesen wären, könnte auf Grund des derzeitigen Verbrauchs allein das elsässische Lager die Welt 250 Jahre hindurch versorgen. Die Kalivorräte in unserem nord- und mitteldeutschen Lager gibt Roth auf 7 Milliarden t Reinkali an. Diese Menge würde bei gleichbleibendem Kaliverbrauch auf 6 000 Jahre reichen. Eine Erschöpfung unserer Kalilager braucht also mit dem Verlust der elsässischen Vorräte nicht befürchtet zu werden; die Gefahr liegt auf anderem Gebiete.

Die elsässische Kaliindustrie hat in den kurzen Jahren ihres Bestehens einen raschen Aufschwung genommen. 1909

begann die Gewerkschaft Amélie die Ausbeutung zunächst mit einem Schacht. Seitdem vollzog sich die Entwicklung im Vergleich zur gesamtdeutschen Kaliindustrie folgendermaßen:

	Förderungszahlen in 1000 t Reinkali	v. H.	Anzahl Werke	Beteiligungs- ziffer am Anf. d. Jahr.
1910 Deutschland überhaupt	857,35	100	55	—
Elsaß	42,42	5	2	—
1911 Deutschland überhaupt	939,93	100	94	1000
Elsaß	103,45	11	3	14,55
1912 Deutschland überhaupt	1009,22	100	108	1000
Elsaß	183,05	13,25	7	15,01
1913 Deutschland überhaupt	1110,37	100	167	1000
Elsaß	287,00	26	12	48,51

Die Förderung betrug also 1913 bereits 1/5 der deutschen Gesamtförderung. 1911 beschäftigten die elsässischen Kaliwerke erst 380. 1913 aber schon 1 200 Arbeiter. In den sieben Friedensmonaten des Jahres 1914 produzierten die elsässischen Gruben 301 000 t Reinkali, also mehr als im ganzen Jahre 1913. Im Kriege hemmte dann die Nähe des Kampfgebietes die Weiterentwicklung. 1916 betrug die Förderung nur etwa 200 000 dz. Die meisten Betriebe ruhen. Durch Bundesratsverfügung vom 8. 6. 1916 ist auch das Abteufen weiterer Schächte und die Ausföhrung weiterer Vorarbeiten allgemein verboten worden. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß die elsässische Kaliindustrie mit dem Aufhören der außergewöhnlichen Umstände des Krieges noch einen bedeutenden Aufschwung nehmen wird.

Bisher sind im ganzen 17 Schächte niedergebracht oder begonnen, davon sind 4 noch im Bau, 7 erst im Provisorium, 6 im Definitivum. Die Werke verteilen sich auf 4 Konzerne:

	Beteiligung an Kuxen	Quoten im Kalisyndikat in 1000stel
1. Deutsche Kaliwerke A.-G.	114,53 (davon 32,19 im Elsaß)	
Gew. Amélie I	997 v. 1000	8,25
„ Amélie II		2,21
„ Else	1000 „ 1000	2,04
„ Joseph	1000 „ 1000	1,96
„ Marie	501 „ 1000	2,25
„ Marie Luise	501 „ 1000	7,74
„ Max	444 „ 1000	7,74
„ Anna	96 „ 1000	—
2. Gew. Wintershall u. Elsaß-Lothringischer Fiskus	68,22 (davon 14,86 im Elsaß)	
Gew. Theodor	{ Wint. 501 v. 1000 Fisk. 334 „ 1000	7,91
„ Prinz Eugen	{ Wint. 501 „ 1000 Fisk. 334 „ 1000	6,95
3. Gew. Glückauf Sondersh. u. Elsaß-Lothr. Fiskus	61,93 (davon 8,78 im Elsaß)	
Gew. Reichsld.	{ Glück. 375 v. 1000 Fiskus 334 „ 1000	6,66 (W. Schacht) 2,12 (O. „)
„ Anna Gackau	846 „ 1000	— (Schacht I) — („ II)
4. Kaliwerk St. Therese A.-G.	4,13	
Gew. Alex	sämtl. 100 Kuxe	2,17
„ R. dolf	100 „	1,96
Schacht Ensisheim I	—	—
Gew. Regisheim	—	—

59,96 1000stel.

Nicht weniger als 6 v. H. aller Beteiligungsziffern entfallen somit auf die junge elsässische Kaliindustrie. Die meisten elsässischen Werke haben auffällig hohe Beteiligungsziffern: unter den 7 Werken mit den größten Quoten im Syndikat befinden sich nicht weniger als 3 elsässische Werke, die erst 1906, 1909 und 1911 gegründet sind, also zu den allerjüngsten Werken rechnen. Die Gewerkschaft Amélie hat die viert-höchste Beteiligungsziffer im Kalisyndikat.

Die Werke sind vielfach durch Anleihen finanziert, wie aus folgender Tafel hervorgeht:

Gew.	Kapital in Mill. M.	Anleihen in Mill. M.	Fläche in ha
Gew. Amélie.....	6	2,72	1 800
„ Else	—	2,42	1 600
„ Joseph.....	—	2	1 200
„ Marie.....	2,85	2,12	1 200
„ Marie-Luise.....	4,15	1,7	1 600
„ Max.....	2,35	1,50	1 800
„ Theodor.....	3	2	1 600
„ Prinz Eugen.....	3	2,5	1 600
„ Reichsland.....	3	2,39	1 800
„ Anna.....	2	2,15	1 200
„ Alex.....			2 000
„ Rudolf.....			2 200
„ Ensishheim I.....	8		} nicht näher an- gegeben
„ Regisheim.....			
Insgesamt.....	34,35	21,50	

Der Ertrag der elsässischen Gruben spielte bisher keine große Rolle für die Rentabilität der Konzerne. Teils handelt es sich um Neuerwerb, teils sind die Werke noch in einem gewinnlosen Stadium. Gerade darum aber wäre ein Verlust der elsässischen Gruben besonders schmerzlich, weil die gemachten Aufwendungen erst noch Früchte tragen sollen.

Finanziell verdanken die elsässischen Lager ihre Aufschließung fast ausschließlich dem deutschen Kapital, nachdem das zuerst eingeladene elsässische und französische versagt hat. Außer in zwei rein französisch oder protestlerisch verwalteten Gruben ist wenig feindliches Kapital investiert. Roth schätzt, im Gegensatz zu französischen Pressestimmen, die von $\frac{1}{3}$ bis $\frac{1}{2}$ sprechen, daß die Beteiligung $\frac{1}{3}$ nicht übersteigt. Vor allem sind die besten Gruben in deutschen Händen. Im April 1918 sind auch die Kaliwerke St. Therese A.-G. in Mülhausen durch Zwangsliquidation aus französischen in deutsche Hände gelangt. Die Gruppe Wintershall ist erst seit 1918 als Nachfolgerin der Gruppe Hohenzollern-Röchling im Elsaß beteiligt. Wie aus unserer Tafel S. 5 zu ersehen ist, entfällt nur ein Bruchteil der Quoten der großen Konzerne auf das Elsaß. Der elsäß-lothringische Fiskus ist zu $\frac{1}{3}$ an den Kuxen der Gewerkschaften Theodor und Prinz Eugen (Wintershall) beteiligt, ebenso an der Gewerkschaft Reichsland (Glückauf-Sonderhausen).

Die Werte, die uns, absolut betrachtet, mit der elsässischen Kaliindustrie verloren gehen, sind nach dem Vorigen nicht zu unterschätzen. Das Entscheidende aber ist, daß wir mit dem Elsaß unserer Monopolstellung verlustig gehen. Dies wiegt um so schwerer, als unser Kalivorkommen das einzige natürliche Monopol bildet, das das an Bodenschätzen so arme Deutschland besitzt. Der Krieg hat die Wichtigkeit dieses Monopols noch wesentlich erhöht. Der Bedarf an Kali ist in allen Ländern infolge des Ausbleibens der deutschen Zufuhr gewaltig gestiegen, ganz abgesehen davon, daß schon im Frieden der Kaliverbrauch sich ständig vermehrte. Der „Statist“ rechnet mit einer Verdoppelung des bisherigen englischen Bedarfs in ein oder zwei Jahren nach dem Kriege. Ähnliche Zahlenangaben sind in Frankreich gemacht worden, das Kali namentlich auch für die Wiederherstellung der Landwirtschaft in den vom Krieg zerstörten Gebieten benötigt. Der Kalimangel Amerikas hat sich während des Krieges in

einem merklichen Rückgang der Ernteerträge gezeigt, wenn auch nicht der gesamte Rückgang auf die Kalinot zurückgeführt werden kann. Jedenfalls wurde von sachverständiger amerikanischer Seite bereits für 1916 eine Verringerung des Ertrages um 20 v. H. infolge Kalimangels angenommen. Von sachverständiger deutscher Seite wird (nach Roth) geschätzt, daß etwa die Hälfte des Rückganges bei Baumwolle auf fehlende Kalidüngung zu schieben ist.

Amerika und auch das übrige Ausland hat also gar keine Wahl. Es braucht Kali und ist darum auf uns angewiesen. Hierin beruht die Bedeutung des Kalimonopols als Waffe im Rohstoffkämpfe. Solange noch nicht der vollkommene Zusammenbruch eingetreten war, der uns den Feinden restlos auslieferte, durften wir damit rechnen, die Lieferung von Rohstoffen wenigstens zum Teil zu erzwingen, indem wir die Abgabe von Kali davon abhängig machten.

Der gesteigerte Bedarf des Auslandes, dessen Deckung auf die Dauer eine Notwendigkeit war, bot uns ferner in finanzieller Hinsicht ganz andere Aussichten als früher. In den Vereinigten Staaten ist der Preis für halbwegs reine Kalisalze 10—15 mal so hoch wie der des deutschen Kali vor Kriegausbruch. Wir hätten daher mit gutem Recht wesentlich höhere Preise vom Ausland verlangen können. 1913 wurde der Gesamtwert der deutschen Ausfuhr auf 179 Mill. M. beziffert, davon entfielen auf die Vereinigten Staaten 75, auf Frankreich 15 Mill. M. Seit 1913 haben verschiedene Erhöhungen der Kalipreise stattgefunden, zuletzt am 16. 6. 1917. Zieht man diese in Betracht, so stellt die Ausfuhr von 1913 einen Wert dar: für die Vereinigten Staaten von 120, für Frankreich von 24, für das ganze Ausland von 287 Mill. M. Die Preise von 1917 bilden im Durchschnitt eine Erhöhung von 60 v. H. gegenüber denjenigen von 1913. Eine Steigerung, wie die in den Vereinigten Staaten ist also auch nicht annähernd erreicht. Nach alledem hätte, unsere wirtschaftliche Selbständigkeit vorausgesetzt, die deutsche Ausfuhr an Kali, namentlich wenn man noch an den größer gewordenen Bedarf denkt, nach dem Kriege gut auf den Wert von mindestens einer Milliarde M. jährlich gebracht werden können.

Frankreich spart durch die Annexion des Elsaßes 15 bzw. 24 Mill. M., die bisherigen Preise und die Ausfuhr von 1913 zugrunde gelegt. Es gewinnt aber, was wichtiger ist, die Aussicht auf Mehrung seines Volksvermögens durch weitere Entwicklung der elsässischen Kaliförderung für Exportzwecke und durch billigere und reichlichere Versorgung seiner Landwirtschaft. Zustatten kommt ihm dabei, daß die elsässischen Salze erheblich kalireicher sind als die anderen deutschen, daß ferner das Aufarbeiten infolge fast vollständigen Fehlens von Sulfaten und Magnesiumsalzen sehr bequem ist. Noch 1912 wurde die Erhöhung der Bergwerksabgaben in Elsaß-Lothringen bei den Salzbergwerken mit den Vorteilen begründet, die der höhere Kaligehalt der Salze und die Ersparnis an den Kosten der Verarbeitung ihnen vor den mitteldeutschen verleihe. Einstweilen liegen allerdings die Verkehrsverhältnisse noch nicht günstig für einen gesteigerten Absatz der elsässischen Kaliwerke ins Ausland. In Frankreich erörtert man schon seit längerer Zeit den Plan, den Kanal Marseille—Mülhausen zu einem Großschiffahrtsweg auszubauen zum besseren Abtransport der Salze. Auf 40, 50 und mehrprozentige Konzentrate sind die elsässischen Werke zurzeit wenig eingerichtet. Diese aber sparen Raum und Fracht und werden darum höchstwahrscheinlich nach dem Kriege besonders nachgefragt werden.

Zunächst also wird das Ausland eine Wiederanknüpfung mit dem mitteldeutschen Erzeugungsgebiet wieder vornehmen müssen. Erst nach Überwindung einer Übergangszeit

wird uns, falls das Elsaß abgetreten wird, die französische Konkurrenz gefährlich werden, dann aber auch in rasch steigendem Maße. Die gesunkene deutsche Valuta macht andererseits den Bezug aus Deutschland auf lange Zeit bedeutend billiger und sichert ihm den Vorrang. Es ist nach alledem außer Frage, daß die deutsche Kaliindustrie auch nach dem Verlust des Elsasses unentbehrlich sein wird zur Deckung des Weltkonsums. Im Augenblick sind wir infolge des Krieges nicht einmal imstande, den verstärkten Verbrauch der eigenen Landwirtschaft zu decken; Vorräte für das nach Friedensschluß einsetzende Absatzgeschäft haben wir nicht angesammelt.

Dahin aber ist es, wenn man uns das Elsaß nimmt, mit der einzigartigen Vorzugsstellung Deutschlands auf dem Kalimarkte. Allerdings wenn die Feinde, wie befürchtet werden muß, unser ganzes Wirtschaftsleben unter dauernde Kontrolle stellen, so würde uns auch das Kalimonopol wenigstens in absehbarer Zeit, keine Rettung bringen. Die Feinde würden von vorn-

herein dafür sorgen, daß es nicht ausgenutzt werden könnte. Sie würden uns vorschreiben, unter welchen Bedingungen und was wir zu liefern hätten und uns umgekehrt unsere Rationen zumessen. Allein das ist nur ein schlechter Trost, ebenso wie die Möglichkeit, daß mit der Zeit die Herstellung von Kali auf künstlichem Wege einen immer größeren Umfang annehmen und daß man, wie jüngst in Spanien, noch an anderen Orten der Erde Kali finden wird. Der durch die Abtrennung der elsässischen Kaliindustrie einsetzende Konkurrenzkampf ist von Wichtigkeit für die Frage der Verstaatlichung der Kaliindustrie. Im Kaliausschuß des Reichstages wurde unter günstigeren Umständen 1917 ein sozialdemokratischer Antrag, die gesamten deutschen Kaliwerke in Reichsbetrieb zu übernehmen oder den Absatz der Kalisalze für das Reich zu monopolisieren, mit 15 gegen 6 Stimmen verworfen.

Dr. Alfred Schmidt-Essen

Kriegswirkungen auf die Finanzen der Neutralen Staaten Europas*)

II. Dänemark

Dänemark hat, wie auch die beiden andern skandinavischen Länder, infolge der Gewinne aus Seetransporten, der Schiffversicherung und dem Verkauf von Erzeugnissen der Landwirtschaft günstige Jahre hinter sich. Die geographische und wirtschaftliche Verbundenheit der drei Länder untereinander führte zu einer wirtschaftlichen Interessengemeinschaft, in der ein Gegenseitigkeitssystem beschlossen wurde, nach dem jedes Land den beiden andern Ländern Erzeugnisse zu liefern hatte, die ihm reichlich zur Verfügung standen und die den andern fehlten. So lieferte Dänemark Nahrungsmittel und industrielle Rohstoffe, Norwegen Heringe und Salpeter, Schweden Eisen und Stahl. Die Eröffnung des Unterseebootkrieges und die Beteiligung Amerikas am Kriege führten eine starke Knappheit an Schiffsraum und infolge davon Mangel an Lebensmitteln und Rohstoffen sowie eine starke Verteuerung in diesen Gegenständen herbei. Dänemark war gezwungen, wie fast alle neutralen europäischen Staaten, die Verteilung der Lebensmittel zu rationieren.

In den ersten drei Kriegsjahren war die Lage des Landes recht günstig, da die Ernten gut ausgefallen waren und deren Erzeugnisse recht vorteilhaft verkauft werden konnten. Nach Deutschland wurde außerdem viel Vieh verkauft. Um eine Kreditkrise zu vermeiden, wurden die Befugnisse der Nationalbank ausgedehnt und außerdem der Staat ermächtigt, eine provisorische Darlehnskasse zu begründen, um den Gemeinden Vorschüsse für Notstandsarbeiten zwecks Vermeidung der Arbeitslosigkeit zu ermöglichen. Die Einlösung der Noten in Gold wurde bei Kriegsausbruch eingestellt, konnte jedoch im März 1916 wieder aufgenommen werden. Bis Amerika in den Krieg eintrat, entwickelte sich der Handel des Landes vorteilhaft; erst von diesem Zeitpunkt ab mußte sich Dänemark zu wirtschafts-finanziellen Abkommen mit den Entente-ländern bequemen. Die vom dänischen Volk während der ersten 1 1/2 Jahre des Krieges erzielten Reingewinne wurden von künftiger Seite auf mindestens 350 Mill. Kr geschätzt, die zum großen Teil dazu verwandt wurden, die Auslandsschuld (Anleihen) zurückzukaufen. Die bis dahin zurückerworbenen dänischen Wertpapiere wurden auf 180 Mill. Kr veranschlagt. Die Guthaben des dänischen Handels im Ausland seit Kriegsausbruch bis Dezember 1915 mögen über 200 Mill. Kr betragen haben und sind seitdem naturgemäß erheblich gestiegen.

Die Spekulation hat stark geblüht, nicht nur beim Kauf von Grundstücken (landwirtschaftlicher Güter), sondern vor allem auf der Börse.

Die Sparkasseneinlagen stiegen von 858 Mill. (März 1914) auf 1113,5 Mill. (März 1917). Die finanzielle Lage der Bevölkerung hat sich somit erheblich gebessert; die Finanzen des Staates, der Provinzen und Gemeinden haben sich jedoch verschlechtert.

Die dänische Krone notierte an den Märkten der kriegführenden Länder ständig über Pari, wurde jedoch in Norwegen und Schweden häufig mit erheblichem Disagio (20 % gegenüber der schwedischen Krone) gehandelt, so daß man sich eine Zeitlang veranlaßt sah, den Arbitrageverkehr mit den beiden Ländern der skandinavischen Münzunion zu untersagen.

Der Durchschnitt der Dividenden der dänischen Aktiengesellschaften hat folgende Entwicklung durchgemacht:

1912	1914	1916	1917
6,84 %	8,19 %	12,80 %	16,25 %

	1912	1917
Die Steigerung bei den Banken beträgt	6,53 %	10 12 %
bei den Schiffahrtsgesellschaften	4,62 "	43,55 "
bei den Handelsgesellschaften ..	7,58 "	27,37 "

Das Gründungsfieber wütete besonders heftig im Jahre 1916, in dem zahlreiche Finanz- und Schiffahrtsgesellschaften neu geschaffen wurden und viele Unternehmungen ihr Kapital erhöhten. Die Zahl der Aktiengesellschaften stieg folgendermaßen:

1902	1910	1914	1916
971	2876	3627	4146

Das eingezahlte Aktienkapital stieg von 509 Mill. Kr (1902) auf 1061 Mill. (1916). Die Kosten der Lebenshaltung haben sich stark verteuert. Während im Juli 1914 eine fünfköpfige Arbeiterfamilie durchschnittlich 2000 Kr verbrauchte, kostete im Juli 1918 die Lebenshaltung 3635 Kr. Die Ausgaben für Nahrungsmittel stiegen seit 1914 um 87 %, die andern Ausgaben um 77 %; die allgemeine Steigerung beträgt 82 %.

Die Ausgaben für die Landesverteidigung beliefen sich 1912/13 auf 28,75 Mill. Kr, 1913/14 auf 29 1 Mill. Kr, 1914/15 auf 68 9 Mill. Kr (hiervon 44 7 Mill. außerordentliche Ausgaben), 1915/16 auf 86,7 Mill. Kr (62 Mill.), 1916/17 auf 108 2 Mill. (82 4 Mill.). Die Militärausgaben mögen für die ersten vier Kriegsjahre nahezu 300 Mill. Kr betragen haben. Im Mai 1915 wurden drei wichtige Steuergesetze erlassen, von denen sich das erste auf die Erhöhung der Einkommen und

*) Bearbeitet nach dem Oktober-Bericht des Schweizerischen Bankvereins Basel; vergl. „W.-D.“ Nr. 49 v. 6. 12. 1918 S. 1090 ff.

Vermögenssteuer bezog, das zweite die Erhöhung der Erbschaftsteuern bezweckte und das dritte eine außerordentliche Steuer auf die Einkommen von über 8000 Kr forderte. Später erhob man auf Alkohol, Bier, Tabak usw. Zuschlagstaxen; von 1917 ab wurde der Handel in Juwelen, Edelsteinen und Perlen einer besonderen Stempelsteuer (Luxussteuer) unterworfen.

Seit Kriegsausbruch hat die Regierung fünf feste Anleihen aufgenommen, die im Lande selbst untergebracht wurden und steuerfrei sind. Der Erfolg war nicht immer durchschlagend, bei einigen Anleihen mußte das Bankensyndikat, das aus den fünf größten Kopenhagener Instituten besteht, einspringen.

Nachstehend folgt eine Aufstellung der Anleihen:

	Dauer der Emission	zur Zeichn. aufgel. gt	gezeichnet. Betrag	Zinssatz	Ausgabekurs
I. Anleihe	Nov. 1914	60 Mill. Kr	57 Mill. Kr	4	92
II. "	Juli 1915	60 " "	60 " "	5	Pari
III. "	Nov. 1916	25+50 " "	25+50 " "	5	"
IV. "	Sept. 1917	60 " "	60 " "	5	"
V. "	Juni 1918	60 " "	60 " "	5	"

Außerdem wurden noch dreimal einjährige bzw. sechsmonatige Schatzscheine im Betrage von 10 bis 25 Mill. Kr begeben. Nach der letzten Anleihe vom Juni 1918 stieg die Summe der öffentlichen Schuld Dänemarks auf etwa 658 Mill. Kr gegen 357,75 Ende 1914; somit hat sich die Schuld während des Krieges nahezu verdoppelt. Die Gesamtschuld des Landes betrug (in Mill. Kr):

1880	1900	1914	1915	1916	1917
173,3	207,4	357,7	389,1	456,96	582,6

Die jährlichen Lasten der Staatsschuld beliefen sich 1916/17 auf 46 Mill. Kr, wovon 16,75 Mill. auf die Verzinsung und 29,25 Mill. auf den Tilgungsdienst entfielen. Der Fehlbetrag ist von 1912/13 mit 70,86 Mill. auf 153,6 Mill. (1916/17) gestiegen.

1916/17 ergaben die tatsächlichen Einnahmen einen erheblich höheren Betrag als veranschlagt, insbesondere die direkten Steuern; die Einfuhrzölle erbrachten einen Mehrertrag von 10 %. Der Ertrag der Steuern betrug einschließlich Zolleinnahmen (in Mill. Kr):

1913/14	1915/16	1916/17
102,1	121,5	227,19

Die Einkommen- und Vermögenssteuern erbrachten (in Mill. Kr):

1913/14	1915/16	1916/17
18,2	24,4	38,6

Hinzu kommt noch die außerordentliche Steuer auf Vermögen und Einkommen, die 1916/17 69,6 Mill. ergab. Die Stempelsteuer erbrachte infolge des stark vermehrten Börsengeschäfts 32,9 Mill. im Jahre 1916/17.

Die Staatseisenbahnen schlossen 1916/17 mit einem Verlust von 1,7 Mill. Kr ab, während das Vorjahr noch einen Überschuß von 9 Mill. Kr ergeben hatte. Das ungünstige Ergebnis ist nur auf die Verteuerung des Brennmaterials zurückzuführen, denn die Tarife waren stark erhöht worden. Die Postverwaltung erbrachte 1916/17 einen Überschuß von 2,4 Mill. Kr (im Vorjahr Fehlbetrag 1,4 Mill.). Durch den Verkauf der dänischen Antillen an die Vereinigten Staaten flossen 25 Mill. \$ in die Staatskasse.

Im Fiskaljahr 1916/17 betrugen die Staatsausgaben 250,7 Mill., d. h. zweieinhalbmal mehr als 1912/13. Für die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung sorgte der Staat erheblich. Der Wert der Anfang Juni 1918 im Staatsbesitz befindlichen Warenvorräte betrug 98 Mill. Kr. Der Arbeiterschaft wurden außerordentliche Zulagen seitens der Regierung gewährt, zumal die vorjährige Ernte unter dem Durchschnitt geblieben war.

Die Steuern und Abgabbeerträge sind von 1913/14 mit 102,1 Mill. auf 227,2 Mill. Kr (1916/17) gestiegen. Besonders stark haben sich die Erträge folgender Steuern erhöht:

	Einkommen- und Vermögenssteuer	Außerordentl. Eink- und Vermögenssteuer	Stempel- und Börsensteuer
1913/14	18,2 Mill. Kr	—	10,7 Mill. Kr
1916/17	38,6 " "	69,6 Mill. Kr	32,9 " "

Der Voranschlag für die Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1918/19 enthält folgende Angaben (Beträge in Mill. Kr):

1. Laufende Einnahmen.	2. Laufende Ausgaben.
1918/19	1918/19
Staatsdomänen	Zivilliste
Staatsbetriebe	Parlament
Zinseingänge usw.	Ministerpräsidium
Überschuß der Schul-	Ministerien (Departemente):
fonds	Auswärtiges
Einnahme u. d. Staats-	Landwirtschaft
lotterie	Inneres
Eingänge aus Steuern	Öffentliche Arbeiten
und Abgaben	Handel u. Schifffahrt
Verschied. Einnahmen	Justiz
	Kultus u. öfftl. Unterr.
	Krieg
	Marine
	Finanzen
	Pensionen
	Schuldienst
	Inland
Gesamteinnahmen	Gesamtausgaben
192,67	130,02
	Einnahme-Überschuß
	62,65

III. Norwegen

Der norwegische Außenhandel ist während des Krieges von 945 Mill. Kr (1913) auf 1545 Mill. (1915) und 2342 Mill. (1916) gestiegen. Die Einfuhr hob sich von 552 $\frac{1}{4}$ Mill. auf 1354 Mill. Die Steigerung der Ausfuhr beträgt 595,75 Mill. Der Einfuhrüberschuß der Handelsbilanz ist von 159,75 (1913) auf 365,25 (1916) gestiegen.

Die Industrie des Landes hat sich im Laufe des Krieges stark entwickelt, insbesondere die elektrotechnische (Aluminium), die Konservenfabriken und die Holzstoffindustrie. Die Lebenshaltung verteuerte sich in Norwegen noch stärker als in den beiden anderen nordischen Ländern; die Regierung gab bedeutende Summen für sozialpolitische Zwecke aus (Ankauf von Heringen, Getreide, Brennmaterial usw.)

Die Spekulation hat starken Umfang angenommen; zahlreiche Schifffahrtsunternehmen und Finanzgesellschaften wurden gegründet. Von August 1914 bis Anfang 1918 wurden 54 Banken und Kreditinstitute gegründet; das Aktienkapital der nordischen Banken ist von 104 auf 330 Mill. Kr gestiegen. Bei alledem ist zu bedenken, daß das Land nur etwa 2 $\frac{1}{2}$ Mill. Einwohner zählt. Die Bank von Norwegen selbst erhöhte ihr Kapital von 20 auf 35 Mill. Kr. Die Anleihen, die Norwegen aufnahm, zeigen folgendes Bild:

	Dauer der Emission	zur Zeichnung aufgelegt (in Mill. Kr)	gezeichnet. Betrag	Zinsfuß %	Ausgabekurs %
1. Anleihe	Dez. 1914	20	45	5	Pari
2. "	Juni 1915	27	27	5	"
4. "	Febr. 1917	30	38	5	98,80
5. "	Juli 1917	40	52	5	98,80
6. "	Mai 1918	50	78	5 $\frac{1}{2}$	Pari
Siebenjähr. Noten i. d. Ver. St. untergebracht	Febr. 1916	5	5	6	99,—

Im August 1918 wurde die Regierung vom Storting zur Aufnahme einer Anleihe von 250 Mill. Kr ermächtigt, deren Ertrag zur Rückzahlung der dem Staatsschatz geleisteten Vorschüsse (245 Mill.) hätte dienen sollen; man ließ sich jedoch einen Kredit durch die Banken eröffnen, statt eine Anleihe aufzunehmen.

Die konsolidierte Schuld betrug Ende 1913 etwa 497 25 Mill. Franken (davon 475 Mill. Auslandsschulden), Ende Juni 1914 etwa 500 Mill. frs., und Ende Juni 1917: 548 5 Mill. Ende Juni 1918 belief sich die Gesamtschuld auf etwa 1155 Mill. frs (davon 820 Mill. konsolidierte Schuld). Die Mobilisationskosten des Landes sind recht gering. Die ordentlichen Ausgaben für Landesverteidigung haben höchstens um 10 Mill. zugenommen. Dagegen haben sich die außerordentlichen Ausgaben für die Aufrechterhaltung der Neutralität am 30. Juni 1917 auf 90 4 Mill. Kr. belaufen.

Die Staatsrechnungen weisen folgende Entwicklung auf:

	Ausgaben	Einnahmen	Überschuß der Einnahmen
	(in Mill. Kr)		
1914.....	166,7	175,9	+ 9,2
1915.....	208,3	197,3	÷ 11
1916.....	218,4	240,4	+ 22 0
1917.....	310,1	394,7	+ 84,6
1917 (Voranschlag)	268,2	268,2	—
1918 („)	333,0	333,0	—

Die erhöhten Überschüsse in den beiden letzten Fiskal-jahren sind auf die stark gestiegenen Erträge der Einkommen- und Kriegsgewinnsteuer zurückzuführen. Der Ertrag der ersteren wird für 1918/19 auf 100 Mill. Kr veranschlagt. Die Kriegsgewinnsteuer beträgt 35 % der außerordentlichen während des Krieges erzielten Gewinne. Der Ertrag der Stempelsteuer wird auf 24 5 Mill. Kr geschätzt, der Erlös der Einfuhrzölle auf 45 Mill. Bis zum 7. August 1918 hatte der Staatsschatz einen Betrag von rund 350 Mill. Kr für die Lebensmittelversorgung vorgestreckt; außerdem waren außerordentliche Kredite von 78 Mill. eröffnet worden (z. B. zum Ankauf von Brennmaterial für die Staatsbahnen). 90 Mill. Kr wurden vom Parlament zur Bekämpfung der Verteuerung der Lebenshaltung bewilligt.

Die öffentliche Schuld des Landes weist folgende Entwicklung auf:

1911/12	362,8	1914/15	421,3
1912/13	362,7	1915/16	423,0
1913/14	357,4	1916/17	455,5

Die Schuld auf den Einwohner ist von 1911/12 bis 1916/17 von 149 86 auf 178 98 Kr gestiegen. Die innere Schuld hat sich während desselben Zeitraums von 4 92 % der Gesamtschuld auf 23 85 % erhöht, die äußere Schuld ist von 95 08 % auf 76 15 % der Gesamtschuld gesunken.

Zur Finanzlage ist von Interesse, daß die Staatsschuld von 1900 bis 1917 von 231 1 auf 455 5 stieg, dagegen hat sich der Gesamtnominalwert der Aktiva während desselben Zeitraums von 219 5 Mill. Kr auf 527 0 Mill. Kr und ihr Buch-(Bilanz-) Wert von 130 6 Mill. auf 295 4 Mill. erhöht. Die Schuld übersteigt also die Aktiva des Staates um 160,1 Mill.

Von den Ausgabeposten seien folgende genannt:

	(für 1916/17)	(in Mill. Kr)
Königl. Haus und Zivilhste.....	0,7	
Storthing usw.....	1,0	
Staatsrat und Regierung.....	3,1	
Auswärtiges Amt.....	2,8	
Kultus und öffentlicher Unterricht	22,3	
Justiz und Polizei	6,6	
Soziales Amt, Handel, Industrie, Fischerei	12,5	
Landwirtschaft	7,2	
Öffentliche Arbeiten.....	103,2	
Dienst der öffentlichen Schuld.....	15,9	
Finanzdepartement.....	9,1	
Armee und Marine.....	35,6	
Außerordentliche Ausgaben.....	19,3	
Teuerungszulagen an untere Beamte.....	13,7	
Verschiedene Ausgaben	2,3	
Neutralitätsausgaben	41,3	

Unter den öffentlichen Arbeiten figurieren die Hauptausgabeposten Eisenbahnen mit 16 87 Mill., Post mit 12,3 Mill., Telegraph und Telephon mit 12 04 Mill. Kr. Der Dienst der öffentlichen Schuld verteilt sich auf Zinsen mit 4 47 Mill. und Amortisation mit 11 47 Mill. Kr. Die Haupteinnahmequellen verzeichnen für das Finanzjahr 1916/17 folgende Zahlen:

	(in Mill. Kr)
Öffentliche Arbeiten.....	79,5
Finanz und Zoll	237,8
Einnahmen aus Kreditinstituten, Privateisenb. usw.	3,6
Kriegssteuern.....	39,6

Unter Finanz und Zoll sind folgende Haupteinnahmequellen verzeichnet:

	(in Mill. Kr)
Einkommens- und Vermögenssteuern.....	116,3
Zollertrag	67,8
Branntweinabgabe.....	4,4
Biersteuer	7,3
Tabakstempel.....	4,1
Zündholzstempel.....	1,5
Stempel	19,5
Nachlaßsteuer.....	2,7
Kanzleigebühren	2,0

Die Mobilisationskosten betrugen für:

1914/15	21,85 Mill. Kr
1915/16	27,21 „ „
1916/17	41,35 „ „

Summe 90,41 Mill. Kr

Die Kosten der Lebenshaltung haben sich für eine Normalfamilie von fünf Köpfen von 1528 Kr (Juli 1914) auf 3491 Kr (November 1917) erhöht. Der Index ist für Lebensmittel, Heizung und Licht, Bekleidung, Mieten, Verschiedenes während dieser Zeit von 100 % auf 228 % gestiegen. Die Steuerkraft des Volkes hat infolge der Einwirkungen des Krieges eine günstige Verstärkung erfahren. Die Zahl der Steuerpflichtigen ist seit 1913/14 mit 808 1 auf 919 44 gestiegen, die Vermögensschätzung hob sich von 2 588 Milliarden auf 7 322 Milliarden, die Einkommenschätzung von 580 Mill. Kr auf 2 274 Milliarden Kr.

Argentinien

Rückwirkungen des Ententesieges — Deutschlands Rohstoffversorgung aus Argentinien und die Alliierten. — Der Kampf um den Absatzmarkt.

Es war vorauszu sehen, daß neben der großen Masse der argentinischen Bevölkerung, die den Sieg des Vielver-bandes als den Abschluß eines fürchterlichen Konfliktes aus Gründen der Menschlichkeit feierte und ihn als das Ende unangenehmer Beschränkungen, die der Krieg neben bedeu-tenden Vorteilen dem Wirtschaftsleben des Landes einge-tragen hatte, begrüßte, die zahlreichen Ententefreunde, be-sonders in Buenos Aires, ob der Verwirklichung ihrer Hoff-nungen in einen Freudentaumel geraten würden. Tatsächlich wurden in der Hauptstadt schon am 8. November, als die

Nachricht von der Kapitulation Deutschlands eintraf, die Geschäfte geschlossen und neben allgemeinen Freudenkund-gebungen auch spontane Sympathiekundgebungen für die Entente veranstaltet. Als dann nach einigen Tagen die Nach-richt von der Abdankung des Kaisers und der Unterzeich-nung der Waffenstillstandsbedingungen eintraf, soll der Ent-husiasmus seinen Höhepunkt erreicht haben. Gewaltige Men-schenmengen durchzogen ununterbrochen unter Absingung der Nationallieder der Verbündeten die festlich geschmückten Straßen.

Die konsolidierte Schuld betrug Ende 1913 etwa 497 25 Mill. Franken (davon 475 Mill. Auslandsschulden). Ende Juni 1914 etwa 500 Mill. frs., und Ende Juni 1917: 548 5 Mill. Ende Juni 1918 belief sich die Gesamtschuld auf etwa 1155 Mill. frs (davon 820 Mill. konsolidierte Schuld). Die Mobilisationskosten des Landes sind recht gering. Die ordentlichen Ausgaben für Landesverteidigung haben höchstens um 10 Mill. zugenommen. Dagegen haben sich die außerordentlichen Ausgaben für die Aufrechterhaltung der Neutralität am 30. Juni 1917 auf 90,4 Mill. Kr. belaufen.

Die Staatsrechnungen weisen folgende Entwicklung auf:

	Ausgaben	Einnahmen	Überschuß der Einnahmen
	(in Mill. Kr.)		
1914.....	166,7	175,9	+ 9,2
1915.....	208,3	197,3	÷ 11
1916.....	218,4	240,4	+ 22 0
1917.....	310,1	394,7	+ 84,6
1917 (Voranschlag)	268,2	268,2	—
1918 („)	333,0	333,0	—

Die erhöhten Überschüsse in den beiden letzten Fiskal-jahren sind auf die stark gestiegenen Erträge der Einkommen- und Kriegsgewinnsteuer zurückzuführen. Der Ertrag der ersteren wird für 1918/19 auf 100 Mill. Kr. veranschlagt. Die Kriegsgewinnsteuer beträgt 35 % der außerordentlichen während des Krieges erzielten Gewinne. Der Ertrag der Stempelsteuer wird auf 245 Mill. Kr. geschätzt, der Erlös der Einfuhrzölle auf 45 Mill. Bis zum 7. August 1918 hatte der Staatsschatz einen Betrag von rund 350 Mill. Kr. für die Lebensmittelversorgung vorgestreckt; außerdem waren außerordentliche Kredite von 78 Mill. eröffnet worden (z. B. zum Ankauf von Brennmaterial für die Staatsbahnen). 90 Mill. Kr. wurden vom Parlament zur Bekämpfung der Verteuerung der Lebenshaltung bewilligt.

Die öffentliche Schuld des Landes weist folgende Entwicklung auf:

1911/12	362,8	1914/15	421,3
1912/13	362,7	1915/16	423,0
1913/14	357,4	1916/17	455,5

Die Schuld auf den Einwohner ist von 1911/12 bis 1916/17 von 149,86 auf 178,98 Kr. gestiegen. Die innere Schuld hat sich während desselben Zeitraums von 492 % der Gesamtschuld auf 23,85 % erhöht, die äußere Schuld ist von 95,08 % auf 76,15 % der Gesamtschuld gesunken.

Zur Finanzlage ist von Interesse, daß die Staatsschuld von 1900 bis 1917 von 231 1 auf 455 5 stieg, dagegen hat sich der Gesamtnominalwert der Aktiva während desselben Zeitraums von 219,5 Mill. Kr. auf 527,0 Mill. Kr. und ihr Buch-(Bilanz-) Wert von 130 6 Mill. auf 295 4 Mill. erhöht. Die Schuld übersteigt also die Aktiva des Staates um 160,1 Mill.

Von den Ausgabeposten seien folgende genannt:

(für 1916/17)	(in Mill. Kr.)
Königl. Haus und Zivilhste.....	0,7
Storthing usw.....	1,0
Staatsrat und Regierung.....	3,1
Auswärtiges Amt.....	2,8
Kultus und öffentlicher Unterricht.....	22,3
Justiz und Polizei.....	6,6
Soziales Amt, Handel, Industrie, Fischerei.....	12,5
Landwirtschaft.....	7,2
Öffentliche Arbeiten.....	103,2
Dienst der öffentlichen Schuld.....	15,9
Finanzdepartement.....	9,1
Armee und Marine.....	35,6
Außerordentliche Ausgaben.....	19,3
Teuerungszulagen an untere Beamte.....	13,7
Verschiedene Ausgaben.....	2,3
Neutralitätsausgaben.....	41,3

Unter den öffentlichen Arbeiten figurieren die Hauptausgabeposten Eisenbahnen mit 16 87 Mill., Post mit 12,3 Mill., Telegraph und Telephon mit 12,04 Mill. Kr. Der Dienst der öffentlichen Schuld verteilt sich auf Zinsen mit 4,47 Mill. und Amortisation mit 11 47 Mill. Kr. Die Haupteinnahmequellen verzeichnen für das Finanzjahr 1916/17 folgende Zahlen:

Öffentliche Arbeiten.....	79,5
Finanz und Zoll.....	237,8
Einnahmen aus Kreditinstituten, Privateisenb. usw.	3,6
Kriegssteuern.....	39,6

Unter Finanz und Zoll sind folgende Haupteinnahmequellen verzeichnet:

Einkommens- und Vermögenssteuern.....	116,3
Zollertrag	67,8
Branntweinabgabe.....	4,4
Biersteuer	7,3
Tabakstempel	4,1
Zündholzstempel	1,5
Stempel	19,5
Nachlaßsteuer.....	2,7
Kanzleigebühren	2,0

Die Mobilisationskosten betrugen für:

1914/15	21,85 Mill. Kr.
1915/16	27,21 „ „
1916/17	41,35 „ „

Summe 90,41 Mill. Kr.

Die Kosten der Lebenshaltung haben sich für eine Normalfamilie von fünf Köpfen von 1528 Kr. (Juli 1914) auf 3491 Kr. (November 1917) erhöht. Der Index ist für Lebensmittel, Heizung und Licht, Bekleidung, Mieten, Verschiedenes während dieser Zeit von 100 % auf 228 % gestiegen. Die Steuerkraft des Volkes hat infolge der Einwirkungen des Krieges eine günstige Verstärkung erfahren. Die Zahl der Steuerpflichtigen ist seit 1913/14 mit 808 1 auf 919,44 gestiegen, die Vermögensschätzung hob sich von 2 588 Milliarden auf 7,322 Milliarden, die Einkommenschätzung von 580 Mill. Kr. auf 2,274 Milliarden Kr.

Argentinien

Rückwirkungen des Ententesieges — Deutschlands Rohstoffversorgung aus Argentinien und die Alliierten. — Der Kampf um den Absatzmarkt.

Es war voranzusehen, daß neben der großen Masse der argentinischen Bevölkerung, die den Sieg des Vielver-bandes als den Abschluß eines fürchterlichen Konfliktes aus Gründen der Menschlichkeit feierte und ihn als das Ende unangenehmer Beschränkungen, die der Krieg neben bedeutenden Vorteilen dem Wirtschaftsleben des Landes einge-tragen hatte, begrüßte, die zahlreichen Entente-freunde, besonders in Buenos Aires, ob der Verwirklichung ihrer Hoff-nungen in einen Freudentaumel geraten würden. Tatsächlich wurden in der Hauptstadt schon am 8. November, als die

Nachricht von der Kapitulation Deutschlands eintraf, die Geschäfte geschlossen und neben allgemeinen Freudenkund-gebungen auch spontane Sympathiekundgebungen für die Entente veranstaltet. Als dann nach einigen Tagen die Nach-richt von der Abdankung des Kaisers und der Unterzeich-nung der Waffenstillstandsbedingungen eintraf, soll der Ent-husiasmus seinen Höhepunkt erreicht haben. Gewaltige Men-schenmengen durchzogen ununterbrochen unter Absingung der Nationallieder der Verbündeten die festlich geschmückten Straßen.

Es konnte bei der Lage der Dinge nicht ausbleiben, daß es dabei zu Kundgebungen gegen den Präsidenten Irigoyen kam, der bis zum letzten Augenblick an seiner Neutralitätspolitik festgehalten hatte und dessen Abdankung der bekannte Politiker Enriquè Laretta, früher Gesandter in Paris, in einem an die argentinische Jugend gerichteten Manifest jetzt forderte. Die Straße gab ihrer politischen Überzeugung durch tätliche Angriffe gegen das Gebäude des Regierungsblattes „La Epoca“ kund und bezahlte sie mit dem Opfer einer größeren Anzahl von Verwundeten. Dem Drucke der öffentlichen Meinung nachgebend, erklärte Irigoyen den 11. Nov. zum offiziellen Feiertag in der ganzen Republik mit der Begründung, daß der Friede unter dem Zeichen der Freiheit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit, die immer von der Regierung als Grundsätze ihrer Politik anerkannt worden seien, stehe.

Es mag sein, daß diese deutliche Anspielung auf die Leitsätze Wilsons und einen Rechtsfrieden nicht nach dem Geschmack der Entente Freunde gewesen ist, denn es kam zu neuen Demonstrationen. Diese führten jedoch zu einem unerwarteten Ergebnis. Ein Zug der zu Gunsten der Verbündeten manifestierenden argentinischen Jugend traf am 14. November auf eine Gegendemonstration, die angeblich von Deutschen veranlaßt, die Partei des Präsidenten und seiner Politik vertrat. Es kam vor dem Gebäude der „Epoca“ zu turbulenten Szenen in der 150 000 Menschen zählenden Menge, die die Polizei veranlaßten, zur Attacke zu schreiten, bei der 30 Personen getötet und verwundet worden sein sollen. Das Geschäftsleben ruhte, und angesichts dieses unerwarteten Ausganges beschloß die Vereinigung aller italienischen Gesellschaften Argentiniens eine für den folgenden Tag geplante Manifestation zur Feier des Ententesieges zu unterlassen und sich mit einem Protest gegen die blutigen Vorgänge zu begnügen. Ebenso wurde eine sozialistische Demonstration veragt. Das Nachspiel bildete ein Duell zwischen einem Direktor der „Epoca“ und dem früheren Außenminister Murature. Damit scheint der Höhepunkt des spontanen Ausbruchs politischer Leidenschaft überschritten gewesen zu sein.

Die Vorgänge, die von Ententeblättern den Deutschen, die angeblich die niederen Volksschichten und die Spanier dazu gewonnen hatten, in die Schuhe geschoben, von dem seit einiger Zeit durch seine Objektivität ausgezeichneten „South American Journal“ jedoch als durch die „Überschweizlichkeit“ der Entente Freunde veruracht dargestellt werden, haben gezeigt, daß in Argentinien nicht nur die Verbündeten große Sympathien genießen, sondern auch breite Schichten der Bevölkerung hinter dem Präsidenten und dessen Neutralitätspolitik stehen. Daß dabei vereinzelt auch eine ausgesprochene Sympathie für Deutschland zutage getreten ist, darf angenommen werden, wenn man hört, daß die Organe der Neutralitätspolitik bei der Nachricht von der Abdankung des deutschen Kaisers dessen Bild von Trauerflor umrahmt brachten. Werden die Sympathien von dieser Seite sich auf das neue, so hart um die künftige Gestaltung seines politischen Aufbaues kämpfende Deutschland übertragen? Es erscheint immerhin zweifelhaft. Vielleicht aber werden die Sozialisten, die bislang durchweg auf Seiten der Entente standen, die ersten sein, die sich mit der deutschen Republik befreunden, die ihren Ideen Rückhalt verleiht. Ohne Widerhall wird die deutsche Revolution in Argentinien nicht bleiben. Schon verlangt ein Manifest der sozialistischen Partei eine Reform der Verfassung und die Bildung einer demokratischen Regierung, die dem Volke das Recht gibt, sein Schicksal selber zu lenken, stellt also Forderungen, die nicht recht verständlich scheinen angesichts des bestehenden Staatsgrundgesetzes nach nordamerikanischem

Vorbild und der Haltung, die gerade die Regierung Irigoyens in sozialen Fragen, besonders bei Konflikten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, immer eingenommen hat. Schon auch macht sich eine revolutionäre und anarchistische Propaganda bemerkbar.

Ein Vorschlag des Senators Gonzalez, der Senat solle in Verfolg seiner am 19. Oktober 1917 gefaßten Entschliebung zugunsten des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland an die gesetzgebenden Körperschaften der verbündeten Mächte eine Sympathieadresse richten, der scheinbar nicht angenommen worden ist, Feiern des Sieges der Alliierten, wie sie der Gouverneur der Provinz Buenos Aires Crotto veranstaltete, Meetings der Sozialisten zur Feier der Zerstörung des preussischen Militarismus, entente freundliche Kundgebungen des Universitätsbundes und der Journalisten haben die letzten Ansläufer der Bewegung gebildet. Die Stellung des Präsidenten kann jedoch als unerschüttelt gelten. Von den Entente Freunden wurde es begrüßt, daß er den zwei Jahre lang unbesetzten Posten des Botschafters der Republik in London mit einem ihrer Parteigänger, dem Staatsmann Frederico Alvarez Toledo, besetzte. Am Tage dieser Bestallung reichte der Botschafter der Republik in Washington Naon seine Demission ein und bekundete dadurch seine schon früher geäußerte Opposition gegen die während des Krieges von der Regierung befolgte Neutralitätspolitik. Die Regierung nahm die Entlassung an und wies in einem längeren Dekret die Vorwürfe Naons als unbegründet zurück. An Stelle Naons wurde Lebreton zum diplomatischen Vertreter ernannt. Der neue Botschafter steht ebenfalls im Lager der Alliierten.

Die Bestätigung der offenbar tendenziösen Nachricht, daß das Kabinett, dessen Ansicht über die internationale Politik geteilt sein soll, einer baldigen Umwandlung unterliegen wird und dann die ausgesprochenen Entente Freunde die Mehrheit haben werden, muß abgewartet werden. Eine derartige Wandlung wäre besonders auch vom Standpunkte unserer wirtschaftlichen Beziehungen zu der Republik zu bedauern. Dafür, daß diese vorläufig nicht wieder aufgenommen werden können, aber sorgen die Maßnahmen unserer Gegner.

Die Hoffnung, daß Deutschland in absehbarer Zeit aus Argentinien Nahrungsmittel und Rohstoffe beziehen könnte, scheint sich nicht erfüllen zu sollen. Die Verbündeten haben durch verschiedene Maßnahmen die Möglichkeit eines direkten Bezuges, bis auf weiteres wenigstens, unterbunden. Abgesehen davon, daß die Blockade vorläufig weiter bestehen bleibt, drohen die Verbündeten Hand auf die 2½ Mill. t deutschen Schiffsraums zu legen, mit dessen Hilfe sie selber Deutschlands Versorgung zu bewerkstelligen gedenken, wenn sie den Zeitpunkt dafür als gekommen erachten, weiter aber haben sie die Zahlungsmöglichkeit durch die Verschärfung des Finanzabkommens in den Waffenstillstandsverhandlungen aufs äußerste erschwert. So wird Deutschland die so dringend benötigten argentinischen Produkte wohl erst aus zweiter Hand erhalten. Daß mit der Stadt Wien, deren Bürgermeister sich direkt an die argentinische Regierung mit der dringenden Bitte um Überlassung von Lebensmitteln gewandt hatte und die Zusage von 10 000 Waggons Weizen und 20 000 Waggons Mais zu den festgesetzten Mindestpreisen erhielt, deren Transport mit den in spanischen Häfen liegenden österreichischen Schiffen erfolgen sollte, eine Ausnahme gemacht wird, ist wenig wahrscheinlich. Inzwischen nehmen die alten Getreidebestände, Mais ausgenommen, immer mehr ab, und auf die neue Ernte, die für Leinsaat und Hafer in den Monaten November/Dezember, für Weizen Dezember/

Januar, stattfindet, hat die Entente schon ihre Hand gelegt. Der Kongreß dürfte kaum etwas gegen die Vorlage, den Verbündeten abermals einen Kredit von 200 Mill. Pesos Gold zu 5% auf zwei Jahre zwecks Erleichterung des Getreideankaufes zu gewähren, einzuwenden haben. Wenn nicht noch in letzter Stunde Schäden eintreten, so wird sich das Ernteergebnis 1918/19 wieder durchweg ausgezeichnet gestalten. Da auch der Stand der Zuckerplantagen im Norden gut ist und die Weiden nichts zu wünschen lassen, vollzieht sich der Übergang des argentinischen Wirtschaftslebens in das neue Jahr unter günstigen Zeichen, zumal das Gespenst des Räumtemangels der Hoffnung auf baldige Besserung der Verladungsmöglichkeiten weicht.

Wenn das neue Getreideabkommen mit der Entente wie das letzte wieder Mindestpreise festsetzt, so entgeht das Land auch der Gefahr eines plötzlichen Sinkens der hohen Kriegspreise für seine Ackerbauprodukte.

Die Anbaufläche 1918/19 in den einzelnen Produktionsgebieten stellte sich nach amtlicher Schätzung von Mitte Oktober wie folgt:

	Weizen	Leinsaat	Hafer
Buenos Aires.....	2 325 000	248 650	896 000
Córdoba.....	1 905 000	305 000	55 000
Santa Fé.....	967 000	528 000	30 000
Pampa.....	963 000	27 000	90 000
Entre Rios.....	450 000	260 000	100 000
Andere.....	200 000	15 000	35 000
	6 870 000	1 383 650	1 206 000

Während Deutschland sich nicht nur für schwer berechenbare Zeit der Möglichkeit argentinische Produkte einzuführen, sondern auch der Aussichten den Export nach Argentinien wieder aufzunehmen, beraubt sieht, rüstet sich England zur Wiedereroberung eines seiner wichtigsten Absatzgebiete. Angesichts seiner gegen den Frieden vergrößerten industriellen Produktionsmöglichkeit, der gewachsenen Leistungsfähigkeit seiner Arbeiter glaubt es — so besagt eine Meldung von London nach Buenos Aires — besser als irgend ein anderes Land die Wünsche der Republik befriedigen zu können. Der während des Krieges eingesetzten japanischen Konkurrenz wird — und diese Meinung kann ein objektives Urteil teilen — keine besondere Bedeutung beigemessen. Auch die nordamerikanische Konkurrenz fürchtet England nicht. Gerade

der Wettbewerb von dieser Seite dürfte sich jedoch bald unangenehm bemerkbar machen. Die Amerikaner haben während des Krieges den größten Teil des argentinischen Außenhandels an sich gerissen und scheinen keineswegs gewillt, ihre Position aufzugeben. Die Union überschüttet Südamerika mit Handels-sachverständigen, die Berichte über die Lage bestimmter Handels- und Wirtschaftszweige an das staatliche Handelsdepartement schicken. Diese Abteilung soll wöchentlich tausende von Anfragen über die südamerikanischen Märkte, Verkaufs-, Finanzierungs-, Verladungs- und Verschiffungsfragen erhalten. Das United States Committee of Public Information widmet Argentinien seine besondere Aufmerksamkeit.

Was die schwarzen Listen anbetrifft, so wünschen nach einer englischen Meldung die der Entente angehörigen und ihr freundlich gesinnten Handelskreise Argentinien, sie sollten auch weiterhin in Kraft bleiben. Sie fordern für ihre Freundschaft und Loyalität den Alliierten gegenüber eine Bevorzugung vor denen, die sich nicht in ihren Beziehungen zu deutschen Firmen haben stören lassen. Nach einem weiteren Bericht aber scheint das bislang gut erprobte Mittel des Wirtschaftskrieges auch ganz unerwartete Wirkungen zu erzielen. Die Deutschen, so berichtet die „Times“ Anfang November, strengen sich an, die neutralen Käufer davon zu überzeugen, es liege in ihrem Interesse, ihre Aufträge zu annullieren, indem sie ihnen versprechen, ihnen die benötigten Artikel nach Friedensschluß zu Vorkriegspreisen zu liefern. Die Aussicht auf einen rapiden Preissturz vieler Waren soll eine Anzahl von Firmen veranlaßt haben, diesen Ratschlägen zu folgen. Um aber um die Erfüllung ihrer Engagements herumzukommen, beeilen sie sich ihre Eintragung in die schwarzen Listen zu erreichen. Diese Meldung ist natürlich unkontrollierbar. Bemerkenswert an ihr ist aber der Glaube der deutschen Häuser in Argentinien an die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Produkte. Er dürfte durch die inzwischen eingetretenen Wandlungen fürs erste getäuscht werden. Es hängt von der Einsicht derer, die die Verantwortung für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands übernommen haben, und besonders von den Maßnahmen, die sie zur Hebung der deutschen Exportindustrie und des Ausfuhrhandels treffen, ab, ob er in absehbarer Zeit gerechtfertigt wird.

Dr. B. Stichel

England

Außenhandel und Märkte — Maßregeln und Tendenzen in der Übergangswirtschaft: Kartell- und Trustbildung in der Industrie — Rohstoffe — Wohnungsnot — Auslandsvertretungen

Die Außenhandelszahlen für November zeigen im Gesamtergebnis keine wesentliche Verschiebung gegen den Vormonat. Die Einfuhr betrug 116,4 Mill. £, die Ausfuhr 43,2 Mill. £.

Alle anderen Gebiete der englischen Volkswirtschaft werden von den politischen Ereignissen beherrscht. Der Geldmarkt, der Anfang November noch die Rückzahlungen der Oktober-Darlehen der Bank von England gestattete, zeigte bald eine gewisse Versteifung und ließ, da die französische 4%ige National-Verteidigungsanleihe auch in England aufgelegt wurde, eine starke Geldknappheit befürchten. Diese trat zwar nicht in dem erwarteten Grade ein; infolge des Abschlusses des Waffenstillstandes aber wurde jenes Moment der Unsicherheit in den Markt getragen, das sich wie ein Alp auf Geldnehmer und Geldgeber legt und alle geschäftlichen Transaktionen auf ein Mindestmaß beschränkt. Dazu kommt die Disparität der Devisen, und man kann kaum erwarten, daß

normale Verhältnisse herrschen werden, bevor diese beseitigt ist. Die offiziellen Geldsätze blieben wieder unverändert (Bankdiskont 5 %, Zinsfuß der Bank von England für Girobanken 3 %, für fremdes Geld 4 1/2 %, Zins für Depositen 3 %, kurzfristige Gelder bei Diskonthäusern 3 % und 3- und 6-monatliche Schatzwechsel 3 1/2 %, Privatkont 3 %). Die Bank von England hat ihren Goldschatz weiter vergrößern können (um 1 897 326 £ auf 75 845 656 £); dem stand jedoch auch wiederum eine Notenvermehrung gegenüber (um 1 787 080 £ auf 65 990 450 £), so daß sich die Reserve nur unwesentlich erhöhen konnte (um 110 246 £ auf 28 305 206 £; da sich auch die Depositen vermehrten, [öffentliche um 693 992 £ auf 30 427 290 £, private um 9 770 990 £ auf 143 749 163 £], zeigt das Verhältnis der Reserve zu den Verbindlichkeiten einen kleinen Rückgang (um 1 % auf 16 1/4 %). Die Notstandsnoten sind wieder erheblich im Umlauf vermehrt worden.

Der Kapitalmarkt wurde, abgesehen von den eng-

lischen und französischen Regierungsanleihen durch eine Reihe privater Unternehmungen beansprucht. Von letzteren ist die Emission von Vickers mit nom. 1 850 000 £ zum Kurse von 30 s für die Pfundaktie die bedeutendste gewesen.

Die Effektenbörse konnte in den ersten Tagen des November vollen Nutzen aus den militärischen Erfolgen der Entente ziehen, außer für Sao Paulo (schlechte Kaffeeernte-Aussichten) und Schifffahrts- und einige Rüstungswerte (Maschinenbau, Eisen und Stahl) beteiligten sich alle Werte an der Hausse, teilweise sogar südösterreichische. Charakteristisch für diese Bewegung, die mehr der Spiellust als vernünftiger Überlegung ihren Ursprung verdankte, waren die Vorgänge, die sich bei der Neuemission der Aabada-Shares abspielten; ohne daß etwas über diese Gesellschaft bekannt war, hatte sich eine wilde Spekulation in den Anteilen herausgebildet und es wurde ein Aufgeld von 15 % gezahlt, nur aus dem Grunde, weil die Aktien der Hudson Bay Co., die die Aabada-Gesellschaft kontrolliert, von 3/32 s zu Beginn des Jahres (auch ohne ausreichenden Grund) auf über 3 s gestiegen waren. Die Reaktion setzte mit Abschluß des Waffenstillstandes ein, zunächst durch Realisierung von erzielten Kursgewinnen, dann unter dem Eindruck der Unsicherheit der Lage: es bestanden Zweifel an Deutschlands Aufrichtigkeit, die Gestaltung der Übergangswirtschaft machte Sorgen, Geld drohte wie gesagt in Verbindung mit der französischen Emission knapp zu werden, die Parlamentsneuwahlen verursachten Unruhe und die bevorstehenden Weihnachtsferien lasteten auf der Unternehmungslust. Die Reaktion wurde geradezu zur Depression. Als aber gegen Ende d. Mts. die politische Lage durchsichtiger wurde und die gehegten Befürchtungen sich als unbegründete erwiesen, traten wieder normale Verhältnisse ein.

Die Sorgen, die die Börse wegen der Übergangswirtschaft und der in ihr sich auftuenden Fragen hegt, werden uns klar, wenn wir einen Blick auf die Fülle der Probleme, in die Vorschriften und Verordnungen, Maßregeln und Vorkehrungen, Resolutionen und Gegenresolutionen werfen, die von Staat, Verwaltung und Privatunternehmen ausgehen.

Das Problem der „geistigen Verkrüppelung“ der lange im Felde stehenden Soldaten soll durch ein neues Regimentsamt, das dem Obersten Lord Gorell unterstellt ist, in die Hand genommen werden; es sieht einen Fortbildungskursus für die im Militärdienst stehenden Mannschaften vor; sie sollen nicht nur beruflich, sondern auch allgemein ausgebildet werden und dadurch wenigstens einen Teil der durch den Krieg eingebüßten Fähigkeiten wieder erlangen.

Zur Förderung des Handels nach dem Kriege soll ein umfangreiches Adreßbuch dienen, das in allen Handelsprachen der Welt abgefaßt wird und zu dessen Zusammenstellung Kosten von 300 000 £ aufgewendet werden. Das Unternehmen wird von über 3000 Firmen gestützt. Da deutsche Firmen nicht darin Erwähnung finden werden, erscheint es zugleich als ein nicht zu unterschätzendes Kampf- und Boykottmittel gegen diese. Auf der anderen Seite scheinen zwei Abstimmungen trotz einiger Verschleierungsversuche für die Absicht der Engländer zu sprechen, den Freihandel sogar in Konkurrenz mit den Deutschen wie vor dem Krieg wieder aufzunehmen, wenn nur die „Regierungskontrollen“ wieder abgeschafft werden. Die eine Abstimmung ist die der Londoner Metall-Börse, auf der durch ein Mitglied die Frage aufgeworfen worden ist, ob es nicht richtig wäre, die deutschen Firmen, die vor dem Krieg auf der Börse vertreten waren, wieder zuzulassen. Nur wenige Firmen wandten sich gegen diesen Vorschlag. Die chauvinistische Presse stellt dies als eine Überrumpelung dar, die

Firmen seien auf einen solchen Überfall nicht vorbereitet gewesen, und es wurde nach genügender Propaganda eine nochmalige Abstimmung vorgenommen, die nunmehr einstimmig gegen die Zulassung der Firmen deutscher Herkunft ausfiel. Wir glauben, daß hierbei die wirkliche Tendenz nicht zum Ausdruck kam, sondern daß dies zweite Resultat lediglich dem Druck deutschfeindlicher Hetzer zuzuschreiben ist. Einen fehlgeschlagenen Versuch, chauvinistisches Propagandamaterial gegen Freihandel und freien Wettbewerb zu erlangen, stellt eine weitere Abstimmung dar, die von der Handelskammer zu Manchester ausging. Ihre Bedeutung wurde in Deutschland nicht voll gewürdigt. Die Kammer ließ unter ihren Mitgliedern über den Balfour-Bericht abstimmen und stellte die Frage, ob sie seine Vor schläge unterstützen oder einen allgemeinen 10%igen Schutzzoll befürworten würden. Auf diese Anfrage gingen von 3089 befragten Firmen nur 693 Antworten ein, und von diesen stimmten noch 193 gegen beide Vorschläge. Wir können ruhtig annehmen, daß die große Mehrheit derer, die sich der Stimme enthalten hat, es deshalb tat, weil auch sie eine Schutzzollpolitik verwirft, denn die Doppelfrage der Handelskammer war genau genommen keine Frage nach Freihandel oder Schutzzoll, wie die Presse es darstellte, sondern eine Doppelfrage nach Schutzzoll oder beschränktem Schutzzoll, auf die ein Freihändler also nicht Antwort geben konnte.

Ebenfalls im freiheitlichen Sinne äußert sich der Handelskammertag. Er richtet sich gegen die Vorschläge des Balfour-Ausschusses und vor allem gegen dessen Nationale Verkaufsorganisationen. Seine diesbezügliche Resolution wurde sogar einstimmig angenommen. Sie führte aus, daß durch diese der Handel erdrückt werde, womit der Wohlfahrt des Reiches nicht gedient sei. In gleicher Weise beont der Verband der Stahl-, Eisen-, Zinnplatten- und Metallhändler (British Federation of iron, steel, tinplate and metal merchants) in einer Resolution, daß er aus jedem Eingreifen der Regierung in die Rechte des Kaufmanns keine Förderung, sondern eine wesentliche Last für die Entwicklung der englischen Industrie sieht. Noch schärfer tritt die National Produce Trades League auf, die die sofortige Aufhebung aller einschränkenden Bestimmungen fordert. Eine Parlamentarische Kommission (Select Committee on Emergency Legislation) hat sich deshalb mit der Frage der Abschaffung der Notstandsgesetze befaßt. Durch die Auflösung des Parlaments ist zwar ihrer Tätigkeit ein vorzeitiges Ende beschieden gewesen, sodaß sie Einzelvorschläge nicht vorbringen konnte, doch kam sie generell zu dem Beschluß, daß die Beschränkungen für Handel und Industrie möglichst schnell zu beseitigen seien. Diesem Verlangen folgend, sind eine Reihe von Ausfuhrerleichterungen gewährt worden, die zunächst ungefähr 160 Artikel betrafen, und darin bestanden, daß das Gebiet, nach dem diese exportiert werden können, erweitert und die Ausfuhrlicenzbeschaffung erleichtert wurde. (Die Artikel sind von der Ausfuhrliste A auf Liste B oder von dieser auf Liste C gesetzt worden.) Damit ist also nicht sehr viel getan, und in gleicher Weise scheint uns die Mitteilung von Lloyd George, die Gewinnzuwachssteuer werde allmählich abgeant werden, um den Erwerbstrieb wieder neu anzuspornen, noch nichts Greifbares zu enthalten, vielleicht sogar mehr als Köder für die Wahlen gedacht zu sein. Über die Rohstoffversorgung und die Produktion einzelner Gewerbe während der Übergangswirtschaft erfahren wir aus der Rede von Dr. Addison, dem Minister für Wiederaufbau vom 10. 11. 18 einiges Nähere. Nach ihr ist die Erzeugungsfähigkeit Englands an Eisen und Stahl während des Krieges bedeutend (nach anderen Quellen um 60 bis 70 %)

gestiegen, jedoch bleibt der behördlich festgesetzte Höchstpreis weit hinter den wirklichen Produktionskosten zurück. Eine Regierungssubvention entschädigte die Unternehmer für den erlittenen Verlust. Die Abschaffung der Höchstpreise würde, so wünschenswert sie auch sein mag, zu einer maßlosen Spekulation und Preistreiberei führen. Man hat daher beschlossen, die Kontrolle der Eisen- und Stahlpreise noch mindestens $\frac{1}{2}$ Jahr fortbestehen zu lassen. Dies sowie ähnliche Umstände in anderen Gebieten hatten die (inzwischen durch ein Gesetz erfolgte) Verlängerung der besonderen Machtbefugnisse des Kriegsministeriums auch für die Übergangswirtschaft zur Voraussetzung. Was andere Metalle anbetrifft, so ist ein genügender Vorrat vorhanden, um sie spätestens innerhalb $\frac{1}{2}$ Jahres von jeder regierungsseitigen Aufsicht zu befreien. Nur wird es notwendig sein, zu verhindern, daß einzelne Fabriken sich Vorräte über ihren Bedarf hinaus anschaffen. Auch für Wolle, Baumwolle, Jute, Leder, Raps, Hanf sind Maßregeln getroffen, um die Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft überzuführen. Diese beruhen in erster Linie auf einer Einschränkung des Militärbedarfes. Jedoch kann dies nicht so schnell geschehen wie bei den Metallen. Die schwierigste Frage ist die des Holzes. Man wird noch ein volles Jahr den begonnenen Raubbau fortsetzen müssen. Ausreichende Wälder sind deshalb schon angekauft.

Endlich sind mit dem Schifffahrtskontrollleur Vorkehrungen für die Bereitstellung von Tonnage zum Rohstofftransport getroffen worden und die Belieferung der Textilindustrie mit reichlicherem Material als in den Kriegsmonaten hat bereits begonnen.

Als Vorbereitung der englischen Industrie auf den Konkurrenzkampf nach dem Kriege und die in Aussicht stehenden Arbeiterschwierigkeiten ist eine Hochflut von Trust- und Kartellbildungen sowie Kapitalerhöhungen anzusehen. Einer der größten Konzerne, die überhaupt die englische Industrie kennt, wird der neue Sprengstoff-trust darstellen, der mit einem Kapital von 18 Millionen £ Sterling ins Leben tritt. Er wird 29 Unternehmungen umfassen, deren Aktien in Aktien des Trusts umgetauscht werden sollen (Termin hierfür ist der 16. Dezember). Die Führung übernimmt der Nobelkonzern, dessen Generaldirektor Harry M'Gowan auch Direktor des neuen Trustes werden wird. Die Individualität der einzelnen Firmen soll gewahrt werden, jedoch wird im übrigen der Trust eine einheitliche Politik verfolgen. Offenbar im inneren Zusammenhang mit dieser Verschmelzung steht die Fusion der beiden bedeutendsten englischen Farbwerte Levins' und British Dyes Corporation, die in die British Dye Stuffs Corporation aufgehen werden. Auch hier ist der 16. Dezember als Termin für den Umtausch der Aktien vorgesehen. Die Verhandlungen schweben schon seit langem und die Presse ist der Meinung, daß für eine erfolgreiche Durchführung der Farbenindustrie die Fusion schon vor $3\frac{1}{2}$ Jahren hätte vorgenommen werden müssen. Jedoch haben die beiden Unternehmungen wesentlich nicht Farben, sondern Explosivstoffe, Gase und anderes chemisches Kriegsmaterial hergestellt und nunmehr, wo der Krieg zu Ende ist, muß endlich die Fabrikation von Farben energisch in die Hand genommen werden. Dabei kommt dem neuen

Unternehmen ein Unterstützungsprojekt der englischen Regierung zustatten: Der Farbenindustrie werden unter gewissen Kautelen regierungsseitig Vorschüsse bis zum Betrage von 50% der realen Anlagewerte gewährt. Diese Zuschüsse und Darlehen müssen zu wissenschaftlicher Forschung oder zur Errichtung von Gebäuden verwendet werden. Bei ihrer Inanspruchnahme ist Sorge für eine stetige Dividendenpolitik getroffen und sie müssen im Verlauf von 20 Jahren abgetragen werden. Ferner wird als Bedingung an sie geknüpft, daß die Farben zu „vernünftigen“ Preisen an den Markt gelangen. Unter Umständen kann das Handelsamt die Preise festsetzen. Die Einzelheiten sind in einem Bericht des Board of Trade Cd. 9194 mitgeteilt.

Einen weiteren nicht neugegründeten, aber doch wesentlich ausgedehnten Trust bildet die British Westinghouse Corporation, die ihr Kapital von 1 Million £ Sterling vervielfacht und nunmehr die gesamte britische Elektrizitätsindustrie zu beherrschen beabsichtigt. Fügen wir dem noch die British Metals Corporation, die wir andern Orts besprochen haben, (W. D. Nr. 51) hinzu, so umfassen diese vier Truste einen sehr erheblichen Teil der noch von der Regierungskontrolle freien englischen Industrie und zwar derjenigen, die nach dem Kriege den größten Schwierigkeiten ausgesetzt ist, da ihre Produkte nicht mehr in annähernd so großem Umfange wie zuvor gebraucht werden, die Konkurrenz aber sehr erheblich vermehrt wird. Die Vertrustung aber bildet bekanntlich oft die Vorstufe zur Regierungskontrolle.

Die Wohnungsnot bildet eine weitere Sorge der Regierung in der Übergangswirtschaft. Während früher jährlich ein Bedarf von 100 000 Wohnungen zu befriedigen war, wird er jetzt auf rund 500 000 geschätzt. Die Regierung beabsichtigt, ein umfassendes Bauprogramm finanziell zu fördern. Dies sieht den Bau von zirka $\frac{1}{4}$ Millionen Wohnungen vor. Die Grafschaftsbehörden sind mit besonderen Machtvollkommenheiten ausgestattet worden, um die Lokalbehörden zum Wohnungsbau anzuhalten, wo sie ihren Verpflichtungen in Gemäßheit des Programms nicht nachkommen. Doch steht alles nur auf dem Papier. Denn die Schwierigkeiten liegen weniger in der Geldbeschaffung als in der Bereitstellung von Material und Arbeitern.

Das Bild, das wir über den Wiederaufbau in England geben, würde auch nicht den Schatten der Vollständigkeit in sich tragen, wenn wir nicht noch mit ein paar Worten auf die Auslandsvertretungen eingehen. Diese Frage wird in Presse und Parlament noch immer lebhaft diskutiert. Lange Projekte werden in den Zeitschriften veröffentlicht und wir erfahren aus einer Anfrage von Sir Richard Cooper und Sir M. Watson Rutherford und durch die Antwort von Arthur D. Steel-Maitland, daß die Regierung eine umfassende Neugestaltung des gesamten Konsularwesens plant. Sie hofft, das Projekt noch vor Ende des Jahres fertigzustellen. Aus den Angaben, die Steel-Maitland gemacht hat, kann man entnehmen, daß u. a. eine wesentliche Aufbesserung der Gehälter geplant wird. Über die Arbeiterfrage und die Probleme des Inlandverkehrswesens in der Übergangswirtschaft wird in einem besonderen Aufsatz berichtet werden.

Dr. Th. Plant

Indien

England und die indische Industrie — Die Vorschläge der Industrie-Kommission — Kriegsfortschritte — Industriestatistik — Baumwollindustrie — Teuerung

Wie schon früher wiederholt erwähnt worden ist, hat in Indien während des Krieges eine Kommission gearbeitet mit dem Auftrag, die Bedingungen für eine reichere Entwicklung der indischen Industrie zu untersuchen und darüber zu berichten. Man war sich darüber ganz klar, daß Indien große industrielle Möglichkeiten besitzt. Es ist reich an Rohstoffen und hat z. B. während des Krieges bedeutende Mengen von Jute, Kopra, Lack, Mangan, Tungstein, Glimmer usw. für Kriegszwecke geliefert. Die Wälder sind außerordentlich reich, vorläufig aber nur wenig ausgebeutet; der Boden bringt viele Stoffe hervor, die bis jetzt nur zu einem kleinen Teil im Lande selbst verarbeitet wurden; Kohlen sind reichlich vorhanden; die großen Flüsse können elektrische Kraft liefern, die überdies auch auf andere Weise leicht hergestellt werden kann; die Ölproduktion ist steigend usw.

Es bestand aber ein Gegensatz zwischen britischen und indischen Interessen, der für die Entwicklung vielfach nachteilig wurde. Die nationale Industrie, die in Verbindung mit der nationalen Bewegung unseres Jahrhunderts eine Zeitlang eine rasche Entwicklung zu versprechen schien, wurde nicht von den Behörden gestützt. Die notwendige Erfahrung fehlte andererseits, und eine Reihe von den Fabriken, die namentlich in den Jahren 1907–09 unter dem Feldruf Svadeschi, Heimfabrikation, begründet wurden, machte bankrott, was auch teilweise mit den nationalen Banken der Fall war. Auch bei den Indern schwand auf diese Weise das Vertrauen, und das Kapital hielt sich zurück. Die alte Neigung, edle Metalle zu hamstern, erhielt neue Nahrung. Der Wert der Goldmünzen, die während des Krieges für solche Zwecke eingeschmolzen worden sind, wird z. B. auf 30–40 Mill. £ geschätzt.

Die Regierung andererseits schien nicht selbst Schritte tun zu wollen, um die einheimische Industrie zu entwickeln.

Der Krieg hat aber gelehrt, daß eine einheimische indische Industrie auch vom Standpunkt des britischen Weltreichs aus bedeutendes Interesse besitzt. Es zeigte sich, daß Indien die wichtigste Basis war für alle Operationen im Osten, daß die Entwicklung der nationalen Hilfsquellen immer mehr eine imperialistische Notwendigkeit wurde.

Dazu kam, daß ein industriell entwickeltes Indien für den geplanten Wirtschaftskrieg gegen Deutschland ein bedeutendes Interesse haben würde, einmal, weil dort große Mengen von Rohstoffen für die Ausfuhr verfügbar sein würden, die teilweise nur in Deutschland verkauft werden konnten, und die deshalb besser im Lande selbst verarbeitet werden müßten, und andererseits, weil Indien bis jetzt ein guter Markt für deutsche Industrieprodukte war.

Die Industriekommission hat kürzlich ihren Bericht vollendet, und die englische Presse bringt kurze Mitteilungen über den Inhalt desselben.

Zunächst wird die Errichtung eines Reichsamts für Industrie und von ähnlichen Regierungsämtern in den Provinzen vorgeschlagen zu dem Zwecke, die industrielle Entwicklung überall nach einheitlichen Prinzipien leiten zu können.

Weiter wird vorgeschlagen, für eine bessere Ausnutzung der Waldungen und der Fischereien zu sorgen, moderne Methoden und besonders auch arbeitersparende Maschinen in der Landwirtschaft einzuführen, die Kohlenfrage näher zu untersuchen usw.

Die wichtigsten Vorschläge sind aber wohl diejenigen, die darauf abzielen, den Indern die fehlenden Sachkenntnisse zu verschaffen, und Kapital für die indische Industrie aufzufinden zu machen.

Die Kommission empfiehlt die Einführung des allgemeinen Schulzwangs und daneben die Einrichtung von Klassen und eigenen Schulen für die technische Erziehung; ein System mit organisierter Ausbildung der angehenden technischen Arbeiter durch eine vier- bis fünfjährige Arbeitszeit als Lehrling; Begründung von zwei technischen Hochschulen usw.

In der Kapitalfrage wird vorgeschlagen, eine oder mehrere Industriebanken zu errichten, und als eine vorübergehende Einrichtung wird empfohlen, solchen Industriellen, die eine Empfehlung seitens des Industrie-Departements erlangen, einen Bankkredit zu eröffnen.

Der indische Handelskommissar in England, D. T. Chadwick, hat am 4. Sept. in London einen Vortrag über die schon während des Krieges erzielten Resultate gehalten, woraus wir einiges entnehmen.

Er macht zunächst darauf aufmerksam, daß vor dem Kriege unter den sechzehn wichtigsten Ausfuhrwaren Indiens nur zwei, Baumwoll- und Jutewaren, Fabrikwaren, die anderen aber Rohstoffe und Naturerzeugnisse waren, während andererseits die Haupteinfuhr aus Fabrikwaren bestand.

Bald stellte sich aber als notwendig heraus, eine Reihe von Kriegsartikeln in Indien selbst herzustellen, und weiter Industriewaren zu fabrizieren, um den Ausfall der früheren Einfuhr wettzumachen.

Die Jutefabriken in Bengalen lieferten von Anfang an Sandsäcke und Sackleinwand für die Streitkräfte der Entente, und die indischen Baumwollwebereien produzierten sämtliche Khakistoffe, die für das Heer im Osten erforderlich waren, d. h. an Kleiderstoffen allein mehr als 20 Mill. yards jährlich.

In der ersten Hälfte des Jahres 1915 fingen die Eisenbahnwerkstätten und die wichtigsten Maschinenfabriken in Kalkutta und Rangun an, Granathülsen herzustellen. Der Stahl wurde von den Tatawerken geliefert, die erst seit Februar 1912 in Tätigkeit waren. Diese Werke haben weiter sämtliche Eisenbahnschienen für die Expedition nach Mesopotamien geliefert und sich überhaupt sehr stark entwickelt. Sie können jetzt z. B. Stahlplatten von beliebiger Länge und bis zu 90 inches breit herstellen. Neben den Tatawerken hat auch die für britisches Kapital arbeitende bengalische Eisengesellschaft gute Geschäfte gemacht, und eine dritte mächtige Eisen- und Stahlgesellschaft ist gegründet worden.

Im April 1917 wurde das indische Munitionsamt errichtet, um die Fabrikation von solchen Waren zu fördern, welche die Armee und die Zivilbevölkerung benötigten, und die nicht mehr eingeführt werden konnten. Bedeutendes scheint hier teilweise geleistet worden zu sein. So wurde bei Karatschi im Laufe von sechs Wochen ein unbauter Küstenstreifen zu einem Dorfe mit Werkstätten für die Herstellung von zusammensetzbaren Booten umgestaltet. Im Anfang dauerte es 19 Tage, eine Barke fertigzustellen, später wurden jede Woche vier fertig.

Die Lederindustrie hat in gleicher Weise bedeutende Fortschritte gemacht, und namentlich hat man nach Möglichkeit dafür gesorgt, die Behandlung der Häute und Felle beim

Schinden zu verbessern. Die Lederfabriken haben sehr erfolgreich gearbeitet, und namentlich für die Armee große Mengen geliefert.

Auch medizinische und chirurgische Gebrauchsgegenstände wurden während des Krieges in großer Ausdehnung hergestellt, so Medizingläser, künstliche Beine usw.

Das Forstwesen war bis jetzt nicht so entwickelt, daß Indien von fremder Zufuhr unabhängig war. Man hat aber unter dem Druck der Tonnageschwierigkeiten der Sache größere Aufmerksamkeit gewidmet mit dem Ergebnis, daß vielfach einheimischer Ersatz gefunden worden ist für solche Waldprodukte, die früher eingeführt wurden, und bedeutende Mengen von indischem Bauholz wurden auch ausgeführt, namentlich für militärische Zwecke.

Die Gewinnung von Glimmer, Wolfram und Chrom ist stark gesteigert worden. Bei Bawdwin in Birma wurden große Vorkommnisse von Blei, Silber, Zink-Konzentrat und Kupfer festgestellt, und die Produktion von birmanischem Blei ist schon jetzt fast ebenso groß wie die ganze Bleieinfuhr nach Indien vor dem Kriege. Bei Thaton in der Nähe von Amherst in Birma ist Zinn nachgewiesen worden.

Überhaupt sind die Bestände an Kohlen, Eisen und nicht-eisenhaltigen Metallen so groß, daß Indien selbst alle die für eine weitere Entwicklung seiner Industrie notwendigen Metalle hervorbringen kann. Manganeisen wird schon jetzt hergestellt und elektrische Öfen werden gebaut für die Herstellung von raffiniertem Stahl für Federn, und weitere Möglichkeiten für die Herstellung von Chromeisen, Tungsteineisen usw. sind vorhanden.

Wichtig für künftige Fabrikanlagen ist auch die Entwicklung der Zementindustrie. Die Jahresproduktion betrug vor dem Kriege etwa 5000 tons, ist aber jetzt auf etwa 70 000 gestiegen.

Für die Herstellung von anderen Produkten, namentlich solchen chemischer Art, wäre die weitere Entwicklung der elektrischen Kraftanlagen von Wichtigkeit. Die Kaveri-Wasserfälle, welche die Kolar-Goldminen versorgen liefern jetzt 22 650 Pferdekräfte, und die Tatawerke bei Bombay 100 000. Beide werden erweitert, und die Tatagesellschaften haben weitere Anlagen in den westlichen Ghats geplant, die 300 000 Pferdekräfte liefern sollen.

Das indische statistische Amt hat kürzlich eine Übersicht über die Zahl der industriellen Betriebe und der bei diesen angestellten Arbeiter, nach der Sachlage am Ende des Jahres 1915, veröffentlicht:

Industriezweig	Im Besitz der Regierung		Im Besitz von Gesellschaften u. Privatpersonen	
	Zahl der Betriebe	Zahl der Angestellten	Zahl der Betriebe	Zahl der Angestellten
Baumwollfabriken	1	995	278	273 472
Jutefabriken	1	409	72	250 764
Baumwollentkörnung und Pressung	1	93	1 655	128 270
Eisenbahn- und Straßenbahnwerkstätten	20	30 839	83	79 633
Maschinenwerkstätten, Eisen- und Kupfergießereien	21	4 890	94	39 361
Reismühlen	—	—	440	40 877
Buchdruckereien	38	14 969	102	16 715
Ziegelfabriken	—	—	205	28 158
Jutepressen	—	—	125	26 305
Arsenale, Waffen- und Munitionsfabriken usw.	15	23 575	—	—
Werften usw.	6	7 097	9	12 357
Wollspinnereien und Webereien	2	213	23	11 939
Sägemühlen	3	213	118	10 994
Petroleum-Raffinerien	—	—	7	10 675
Gerbereien u. Lederfabriken	1	2 552	40	6 787
Zuckerfabriken	—	—	30	7 827
Tabakfabriken	—	—	14	5 351
Andere	62	13 446	587	86 371
Zusammen...	171	99 291	3 882	1 035 856

Über die Entwicklung während des Krieges haben wir bisher nur wenige statistische Daten. Die Zahl der während der vier Kriegsjahre März 1914 bis März 1918 eingetragenen Aktiengesellschaften war 705 mit einem Kapital von zusammen 594 732 000 Rupien. Im Jahre 1914—15 ging die Zahl im Vergleich zum Jahre 1913—14 stark zurück. Seitdem aber ist die Entwicklung ununterbrochen gewesen. Die Zahl der Neugründungen für das Jahr März 1917 bis März 1918 war 278 mit einem Kapital von 305 793 000 Rupien, gegen 184 mit einem Kapital von 172 570 000 im Vorjahre. Darunter sind 45 Gesellschaften für Bank- und Anleihegeschäfte, 14 Druckereien und Verlagsunternehmungen, 37 Tee- und andere Pflanzungen, 19 Kohlen- und andere Bergbaubetriebe, 6 Baumwollfabriken, 2 Jutefabriken und 5 Baumwoll- und Jutepressen.

Namentlich die Baumwollindustrie hat bedeutende Fortschritte zu verzeichnen. Im Jahre 1917—18 stieg die Produktion um mehr als 500 Mill. yards, d. h. fast um 50 % über den Durchschnitt vor dem Kriege, während die Einfuhr um 1 076 Mill. yards oder 41 % auf 1 555 Mill. yards sank. Falls die überseeische Ausfuhr berücksichtigt wird, blieben im Jahre 1917—18 2926 Mill. yards für den Heimbedarf übrig gegen 3 582 Mill. yards vor dem Kriege, also ein Rückgang um 18 %.

Die Zahl der Webstühle stieg im Jahre 1916—17 um 20 % von 88 100 auf 110 800, das eingezahlte Kapital um 7 % von 149,4 Mill. Rupien in 1913—14 auf 159,8 Mill. in 1916—17. Im Jahre vor dem Kriege zahlten 36 Gesellschaften eine Dividende von 6 Mill. Rupien, d. h. 12 % ihres eingezahlten Kapitals, und 1917 war die Dividende 17,9 Mill. oder 33 %. Der Wert einer 100 Rupien-Aktie stieg von 128 Rupien Ende 1914 auf 174 Ende 1917 und 239 in 1918, während der Kurs vor dem Kriege 87 % war.

Die neuesten Nachrichten deuten aber darauf hin, daß der Fortschritt nicht mehr anhält. Nach „B. o. Tr. J.“ v. 10. 10. 1918 betrug die Produktion in Indien einschließlich der nationalen Staaten in Mill. lb:

	April			Mai		
	1916	1917	1918	1916	1917	1918
Garne	55 99	56 50	52 74	58 71	60 11	54 75
Gewebe	29 28	31 40	30 79	32 28	34 54	28 07

Die Preise gingen allmählich stark in die Höhe, was zu einer gewaltigen Spekulation führte. Es wurden deshalb auf gesetzlichem Wege Schritte getan, um billigere Bekleidungsstoffe zu sichern. Dies führte zu großen Verkäufen, die den Spekulant Verluste in der Höhe von fast 7 Mill. £ brachten. Es ist unter solchen Umständen wahrscheinlich, daß die Lage der Baumwollindustrie allmählich weniger gut werden wird, um so mehr, als die englische Konkurrenz sich bald wieder merkbar machen wird.

Überhaupt sind die Aussichten in Indien gerade jetzt wenig günstig. Der Monsun ist teilweise ungenügend gewesen, und die Preise der Lebensmittel sind durchgehend gestiegen. Im Großhandel rechnete man Ende Dezember 1917 schon mit einer allgemeinen Preissteigerung, im Vergleich zu der Lage vor dem Kriege, von 111 % in Madras, 109 in Bombay, 94 in Karatschi, 68 in Kalkutta und 43 in Rangun. Die Kleinhandelspreise waren in derselben Periode gestiegen um 35 % in Karatschi, 29 in Bombay, 21 in Kalkutta, 17 in Rangun und 13 in Madras. Die wichtigste Rolle spielten dabei die Lebensmittel. Wenn wir diese allein nehmen, war die Steigerung bis Ende März 1918 39 % in Karatschi, 30 in Bombay, 13 in Kalkutta, 8 in Rangun und 6 in Madras. Seit Dezember 1917 waren die Lebensmittelpreise in Kalkutta und Madras gefallen, in Karatschi, Bombay und Rangun gestiegen, und seitdem ist die Steigerung allgemein geworden.

Südafrikanische Union

Industrialisierung — Genossenschaftsbewegung — Arbeiter- und Lohnverhältnisse — Lage der Goldindustrie

Über die Entwicklung der Industrialisierung in der südafrikanischen Union liegt jetzt ein neuer amtlicher Bericht vor, der die vorläufigen Zahlen für das Jahr 1916—17 (bis 30. 6.) enthält. („Union Gov. Gaz.“ v. 30. 7. 18.)

Er ist 1916—17 umfassender angelegt, als der für 1915—16; er erstreckt sich auf alle Betriebe, die drei und mehr Personen beschäftigen, oder in denen Kessel zum Dampferhitzen verwendet werden. Die frühere Zusammenstellung („Gov. Gaz.“ v. 2. 11. 17. vergl. „W. D.“ 4, S. 50 u 5, S. 131) bezog sich nur auf Betriebe mit mindestens 4 Personen oder solche die mechanische Kraft benutzen. Diese Änderung der Grundlagen ist vor allen bei der Beurteilung der zahlenmäßigen Zunahme der Betriebe und der Arbeiterschaft nicht außer acht zu lassen. Die Steigerung der Werte beruht natürlich zum großen Teil auf der Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus.

Der Bericht für 1916—17 gibt zwar auch einige der endgültigen Zahlen für 1915—16. Um jedoch die Vergleichsmöglichkeit nicht noch mehr zu erschweren, setzen wir, soweit sie festzustellen sind, die vorläufigen Zahlen auch für 1915/16 ein.

I. Zahl der Betriebe und Wert des angelegten Kapitals (ohne Montanindustrie):

Art des Unternehmens	Kap	Natal	Transvaal	Oranje Frei-St.	Union
Verarbeitung von acker- u. viehwirtschaftlichen Produkten.... 1915/16	65	11	7	1	84
1916/17	63	15	10	2	90
Verarbeitung von Steinen, Erden, Glas... 1915/16	87	29	83	25	224
1916/17	103	34	97	30	264
Verarbeitung von Holz 1915/16	91	29	36	9	165
1916/17	115	52	50	9	226
Verarbeitung von Metallen 1915/16	157	73	231	31	492
1916/17	221	89	288	53	651
Herstellung v. Eß-, Trink- und Würzwaren 1915/16	712	192	34	115	1330
1916/17	798	221	407	144	1570
Bekleidungs- und Textil- industrie..... 1915/16	281	53	124	21	479
1916/17	319	63	180	30	592
Buch- und Zeitungs- druckereien, Gravier- anstalten 1915/16	120	44	65	12	241
1916/17	138	46	85	14	283
Herstellung von Fahr- zeugen aller Art und Geschirren, Sattlerei 1915/16	194	58	88	26	366
1916/17	225	67	147	40	479
Sonstige Lederindustrie 1915/16	2	—	—	—	2
1916/17	124	28	42	8	202
Schiffs- und Bootswerften 1915/16	4	5	—	—	9
1916/17	7	4	—	—	11
Herstellung von Möbeln, Polsterwaren. 1915/16	60	19	38	—	117
1916/17	85	24	50	2	161
Herstellung von Drogen, Chemikalien, Farben 1915/16	31	19	25	—	75
1916/17	37	21	31	1	90
Herstellung v. ärztlichen u. anderen wissenschaft- lichen Instrumenten 1915/16	5	4	5	—	14
1916/17	4	5	8	—	17

Herstellung von Uhren, Juwelierarbeit.	1915/16	9	7	9	—	25
	1916/17	17	9	19	1	46
Licht- und Kraftanstalten	1915/16	42	22	49	14	127
	1916/17	47	29	53	15	144
Baugewerbe	1915/16	140	35	80	—	285
	1916/17	217	54	143	26	440
Sonstige Industrien	1915/16	6	4	2	—	12
	1916/17	20	7	8	—	35
Zusammen	1915/16	2006	604	1153	284	4047
	1916/17	2540	768	1618	375	5301

Kapitalanlage (in 1000 £)

Gesamtsumme ..	1915/16	14 941	10 657	17 533	2 334	45 465
	1916/17	15 692	11 184	20 979	2 102	49 958
davon: in Grundstücken und Gebäuden	1915/16	?	?	?	?	8 760*)
	1916/17	3 144	2 692	4 167	726	10 729
in Maschinen und Geräten	1915/16	4 044*)	?	7 500*)	?	15 777*)
	1916/17	3 524	3 883	9 002	836	17 245

II. Betriebskosten für Heizung, Licht, und Kraft (in 1000 £):

	Kap	Natal	Transvaal	Oranje Fr.-St.	Union
1916/17..	314	233	857	51	1 457
1915/16..	—	—	—	—	1 246*)

III. Wertsteigerung der Rohmaterialien durch die Verarbeitung (in 1000 £):

Wert des Rohmaterials	Kap	Natal	Transvaal	Oranje Fr.-St.	Union	
1915/16..	9 273	5 362	6 141	1 02	21 978	
1916/17..	10 784	6 891	8 715	1595	27 986	
Wert des Fertigfabrikats	1915/16..	14 761	9 314	13 731	1885	39 691
	1916/17..	17 862	11 284	17 639	2491	49 276
Übersteigerung	1915/16..	5 489	3 952	7 952	683	17 714
	1916/17..	7 077	4 394	8 924	896	21 290

Das Sinken des in der Kapprovins in Maschinen und Geräten investierten Kapitals ist nach der „Cape Times“ v. 2. 9. auf größere Abschreibungen seitens der Unternehmer zurückzuführen.

Die auffällige Vermehrung der Betriebe in der Metall-Nahrungsmittel- und Lederindustrie, ist tatsächlich wohl als nicht so bedeutend anzunehmen, wie die Statistik, die ja auf anderer Grundlage beruht wie die vorjährige, vermuten läßt. Im Baugewerbe ist dagegen bei der herrschenden Wohnungsnot eine Vermehrung der Unternehmungen sehr wahr scheinlich.

Im Transvaal sind im Vergleich zur Kapprovins unverhältnismäßig viel mehr neue Betriebe eröffnet worden, trotzdem dort, wie die Tabelle II zeigt, die Betriebskosten für Kohle, Licht und Kraft und die an die Weißen zu zahlenden Lohnsummen bei weitem die höchsten in der ganzen Union sind. Dagegen übersteigen die Löhne für die Farbigen dort nicht den für die Gesamtunion geltenden Durchschnitt. Ferner ist die günstige Absatzmöglichkeit, die die Goldminen-Industrie bietet, zu berücksichtigen. Die Notwendigkeit, die verschiedensten früher eingeführten Minenbedarfsartikel im Lande herzustellen, drängt eine ganze Reihe der neuen Industrien in die Nähe des kapitalkräftigen Abnehmers: Goldbergbau.

*) Endgültige Zahl.

So werden dort z. B. jetzt die leichten Eisenbahnwagen für den Gebrauch in den Gruben hergestellt — daher zum Teil die Steigerung unter dem Titel „Herstellung von Fahrzeugen aller Art“ für Transvaal.

Diese Gunst des Standortes für die Industrien Transvaals erhellt auch aus der Zusammenstellung über die Wertsteigerung (Tab. III). Obwohl am Kap hochwertigere Rohmaterialien verarbeitet werden, ist der Wert der aus geringeren Rohstoffen entstehenden Fertigfabrikate im Transvaal dem in der Kapprovinz fast gleich. Die Wertsteigerung ist im Transvaal dementsprechend größer. Dies Resultat beruht vor allem darauf, daß im Transvaal die Eisenindustrie und Maschinenwerke ihren Hauptsitz haben, die zum Teil Altmateriale verarbeiten können.

Wieweit ihre Erzeugnisse mit denen der mit erstklassigem Rohmaterial versehenen europäischen und amerikanischen Industrie werden konkurrieren können, sobald diese wieder Eingang ins Land finden kann, muß die Zukunft lehren. Was speziell die Eisenindustrie angeht, so hat sich gezeigt, daß z. B. die südafrikanischen Pflugscharen für die Bearbeitung des dortigen harten Bodens unbrauchbar sind. Der allgemeine Mangel an Friedensbedarf drängt jedoch die Produktion noch für absehbare Zeit auf die Ausnutzung aller irgend in Betracht kommenden Rohstoffe. Insofern sind die Aussichten der südafrikanischen Industrie für die nächste Zeit nicht ungünstig. Um sich auch für die Zukunft zu sichern, befürworten weite Kreise von Interessenten die Einführung von Schutzzöllen und stehen dementsprechend der Idee des Reichsverbandes kühl gegenüber. In diesem Zusammenhang interessiert die Nachricht des Septemberhefts der „British and South African Export Gazette“ von einer offiziellen Ankündigung, daß die Industrien, die während des Krieges in der Union festen Fuß gefaßt haben, geschützt werden sollen. Die Stimmung der Industrieinteressenten, die zum großen Teil „Afrikaner“ britischer Rasse sind, ist ein Moment, das für die Ausbreitung der national-tischen Propaganda und das Abschwanken Bothas vom rein englisch-orientierten Imperialismus wichtig werden kann.

Parallel mit der industriellen Entwicklung geht eine Tendenz, den Zwischenhandel bei der Einfuhr auszuschalten. Der Bericht des Trade Commissioners Wickham für 1917 weist auf die Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Transvaal- und Oranjerestaat hin, die nicht nur den Absatz der Produkte ihrer Mitglieder, sondern auch den Einkauf von Geräten, Maschinen und Hausbedarf für sie vermitteln wollen.

	1916	1917
Zahl der Genossenschaften.....	19	22
„ Mitglieder (am 31. 12.).....	10 601	9 490
verkauft Produkte:		
Mais	Sack 645 000	517 000
Tabak	lbs 1 544 000	2 357 000
Käse	—	52 000
Sonstiges	£ 77 000	129 000
Maschinen u. dgl.	„ 140 000	186 000
Guthaben der Mitglieder	„ 55 000	59 000
Schulden an die Landbank	„ 355 000	444 000
Die unter „Sonstiges“ angeführten Waren und die Maschinen u. dgl. stammten zum großen Teil von Übersee.		

Nach dem Beispiel Neuseelands werden die Genossenschaften bei Wiederkehr normaler Schiffsverkehrsverhältnisse auch direkte Verbindung mit den englischen Produzenten suchen. Br. and S. Afr. Export Gz. v. August 1918 berichtet von einer Bewegung in Kapstadt zur Errichtung einer Zentraleinkaufsagentur für die Westprovinzen; zu diesen wird auch Deutsch-Südwest gerechnet.

Die britische Industrie wird in dem Bericht darauf hingewiesen, daß sie nur bei Verbesserung der Qualität ihrer Produkte und Intensivierung ihrer Produktionsmethoden ihren Platz auf dem südafrikanischen Markte wieder erobern kann. Der Bericht hält die amerikanische Konkurrenz für gefährlicher, als die der neuen Industrien des Landes, sofern nicht ein hoher Schutzzollwall für diese errichtet wird.

Die Zahl der in der Union beschäftigten weißen Industriearbeiter betrug 1916—17: 45 928 (davon 5136 Frauen) gegen 34 279 i. J. 1915—16 (davon 4564 Frauen). Dazu kommen 12 229 Asiaten (1915—16: 11 187), 46 813 Eingeborene (1915—16: 34 238) und 18 473 „sonstige Farbige“ (1915—16: 15 166). Im Ganzen mithin 123 443 (davon 11 239 Frauen) gegen 99 434 (davon 9380 Frauen) i. J. 1915—16. Am meisten Frauenarbeit wird in der Kapprovinz verwendet, über 7400 (1915—16 etwa 6000), bei einer Gesamtarbeiterzahl von 48 400 (1915—16 gut 37 000); im Transvaal, dessen Industrialisierung nach der Zahl der Betriebe verhältnismäßig stärker fortgeschritten ist, bilden die 1400 (1915—16: 1200) Frauen einen weit geringeren Prozentsatz der Gesamtarbeiterschaft (38 400. 1915—16: 32 200). Nächst den Weißen stellen die „sonstigen Farbigen“ die größte Zahl weiblicher Arbeitskräfte (4200), in der Kapprovinz sogar den überwiegenden Anteil (4100 gegen 2900 Weiße).

Löhne und Gehälter (in 1000 £):

	Weiße		Farbige		Zusammen	
	1915/16	1916/17	1915/16	1916/17	1915/16	1916/17
Kap	2 062	2 350	920	1 146	2 982	3 495
Natal	1 172	1 389	487	599	1 659	1 988
Transvaal	3 110	3 668	637	833	3 783	4 501
Oranje Fr. St.	289	321	68	82	357	403
Union	6 633	7 728	2 148	2 660	8 781	10 388

Auf den Kopf des weißen Arbeiters betrug die Jahressumme der Entlohnung in £ („Cape Times“ v. 2. 9.):

	Kap	Natal	Transvaal	Union
1915—16	120	177	237	171
1916—17	114	190	230	168

Der Unterschied zwischen der Durchschnittsvergütung im Transvaal in der Kapprovinz beruht nach der „Cape Times“ vor allem darauf, daß die Mehrzahl der Weißen im Transvaal nicht Arbeiter sondern Angestellte sind, außerdem auf der stärkeren Konkurrenz der Frauenarbeit am Kap.

Für die farbigen Arbeiter wurde jährlich im Durchschnitt ausgezahlt (in £):

	Kap	Natal	Transvaal	Union
1915—16	46	26	35	35
1916—17	41	18	35	34

Die fallende Tendenz der Löhne und Gehälter zeigt sich also trotz allen Streiks fast durchgehend in der ganzen Union bei Weißen und Farbigen. Die Frauenarbeit hierfür allein als Grund anzuführen, geht nicht an, da sie zwar absolut vermehrt, im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeiter jedoch zurückgegangen ist. Eher läßt sich diese Tendenz durch die auf Drängen der südafrikanischen Interessenten erfolgte Aufhebung der Rekrutierung südafrikanischer Eingeborener als Arbeiter für die Etappe in Frankreich und die Rücksendung der Arbeiterbataillone erklären. Ausgenommen von der fallenden Tendenz der Löhne und Gehälter ist Natal, aber nur für die weißen Arbeiter und Angestellten. Im Gegensatz (oder in Ergänzung dazu?) steht dort ein ganz besonders starker Niedergang der Farbigenlöhne.

Was die Lage der Goldindustrie betrifft, so ist noch immer keine endgültige Entscheidung darüber getroffen, auf welche Weise den Minen mit geringwertigem Erzgehalt die Produktion erleichtert werden soll. Die Lage der Minen hat sich weiter verschlechtert. In den ersten 8 Monaten 1918 sank der Wert der Goldproduktion um 1,3 Mill. £, während

gleichzeitig die Betriebskosten um 470 000 £ stiegen. Von 49 Gesellschaften arbeiteten 21 mit Verlust. Einen Begriff von den steigenden Unkosten geben folgende Zahlen aus dem Jahresbericht der Consolidated Goldfields, der am 30.6. abschließt.

	In Shilling und pence	1914	1917	1918
Goldwert..... je verpochte ton Erz		19/6	20/4	21/0
Betriebskosten „ „ „ „		14/0	16/6	18/4
Gewinn..... „ „ „ „		5/6	3/10	2/9

Der höhere Goldgehalt des Erzes wird also durch die Unkosten mehr als wettgemacht. 3 „geringwertige Minen“ derselben Gruppe machten nur 36 000 £ Gewinn; ohne die durch den Krieg verursachten Extraausgaben hätten sie 241 000 £ als Gewinn buchen können.

Es ist jedoch sehr zweifelhaft, ob mit Kriegsende die Lage der Industrie sich bessern wird. Die allgemeine Tendenz der Lohnsteigerung zeigt sich in der Union durch immer wieder auflebende Streiks. (Ende November verlangten die Gewerkschaften wieder eine Lohnerhöhung von 30 %, die Eisenbahner streiken seit dem 1. 9., die Bauhandwerker verlangen die 44 stündige Arbeitswoche lt. „Times“ v. 30. 11.) und wird bei der geringen Aussicht auf ein Herabgehen der allgemeinen Lebenskosten sobald nicht verschwinden.

Die ausländischen Industrien werden aus denselben Gründen den Minenbedarf an Maschinen usw. in der Zukunft kaum wesentlich billiger herstellen können. Diese Momente lassen die Ausführungen „South Africas“ v. 5. 10. auch nach Beendigung des Krieges bedeutsam erscheinen, die darauf hinweisen, daß es sich bei der Goldfrage im britischen Reich um mehr als die unmittelbare Unterstützung einzelner Gruben handelt, nämlich um die Regelung des Goldpreises selbst (der doch angeblich ein für alle mal feststehen soll). Ferner betont das Blatt die Notwendigkeit, „daß die Goldproduktion in ihrer ganzen Bedeutung für das britische Reich so geleitet und überwacht wird, daß sie für immer und ausschließlich in Händen des Imperiums bleibt.“

Goldproduktion des „Rand“ während der vier Kriegsjahre.

	verpochtes Erz	Goldgewinn
	1000 t	1000 f. Unzen
1914-15	27 283	8 395
1915-16	28 755	8 971
1916-17	28 191	8 893
1917-18	26 013	8 410

R. Schwader

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

Die Mark hat in den beiden Berichtswochen Besserungen zu verzeichnen. Auch die Entente-Devisen zeigen leichte Erhöhungen.

Kurs der Reichsmark

	17. 12.	18. 12.	19. 12.	20. 12.	21. 12.	23. 12.	gegen Münzpar. am 21. bzw. 23. 12.
Zürich	57,50	58,25	58,50	58,25	58,50	59,25	- 52,02
Amsterdam ..	28,65	28,65	28,60	28,65	28,65	29,60	- 50,-
Stockholm ..	42,50	42,-	41,75	41,75	41,75	42,-	- 52,75
Kopenhagen ..	48,-	46,-	44,50	45,75	45,50	46,50	- 47,69
Kristiania ...	44,-	43,57	44,-	44,-	—	—	- 50,50
Wien	186,-	—	186,-	186,-	186,-	—	- 58,13

Kurs der österreich-ungarischen Krone

	24. 12.	27. 12.	28. 12.	30. 12.	31. 12.	gegen Münzpar. am 31. bzw. 30. 12.
Zürich	60,25	60,50	60,25	59,25	60,25	- 51,19
Amsterdam ..	29,-	30,10	30,40	30,-	—	- 49,38
Stockholm ..	43,50	43,25	43,50	44,-	43,-	- 51,63
Kopenhagen ..	47,25	46,25	46,75	47,75	46,50	- 46,29
Wien	186,-	—	186,-	186,-	—	+ 58,13

Kurs der österreich-ungarischen Krone

	24. 12.	27. 12.	28. 12.	30. 12.	31. 12.	gegen Münzpar. am 31. bzw. 30. 12.
Zürich	30,50	30,50	30,50	30,25	30,50	- 70,99
Amsterdam ..	15,10	15,15	15,25	15,15	—	- 69,95
Berlin	—	53,95	53,95	53,95	53,95	- 36,25
	—	54,05	54,05	54,05	54,05	—

Kurs des Pfund Sterling

	24. 12.	27. 12.	28. 12.	30. 12.	31. 12.	gegen Münzpar. am 31. bzw. 30. 12.
Zürich	22,73	22,82	22,80	22,96	22,98	- 8,88
Amsterdam ..	11,165	11,13	11,20	11,155	—	- 7,93
Stockholm ..	16,28	16,28	16,28	16,32	16,28	- 10,35
Kopenhagen ..	17,70	17,67	17,68	17,71	17,72	- 2,42

Kurs des französischen Franken

	24. 12.	27. 12.	28. 12.	30. 12.	31. 12.	gegen Münzpar. am 31. bzw. 30. 12.
Zürich	87,50	88,-	88,-	88,50	88,50	- 11,50
Amsterdam ..	43,-	42,85	43,-	42,90	—	- 10,63
Stockholm ..	62,75	62,75	62,75	63,-	62,-	- 13,90
Kopenhagen ..	68,50	68,-	68,25	68,50	68,50	- 4,86

Kurs des Dollar

	24. 12.	27. 12.	28. 12.	30. 12.	31. 12.	gegen Münzpar. am 31. bzw. 30. 12.
Zürich	477,-	479,-	478,-	482,-	482,-	- 7,-
Amsterdam ..	—	233,25	—	233,50	—	- 6,14

Geldverfassung und Währungspolitik

Die geltenden Bestimmungen über den Zahlungsverkehr mit dem Ausland sind dahin abgeändert worden, daß deutsche Geldsorten, Reichskassenscheine, Banknoten und Darlehens Kassenscheine innerhalb eines Kalendertages nur im Gesamtbetrage von höchstens M. 50.—, jedoch innerhalb eines Kalendermonats nicht über den Gesamtbetrag von M. 150.— hinaus nach dem Ausland überbracht werden dürfen. Ferner dürfen zugunsten einer und derselben im Ausland ansässigen Person oder Firma auf Reichswährung lautende Zahlungsmittel nur bis zu den vorgenannten Beträgen versendet werden. (Bekanntmachung vom 18. Dezember 1918.)

Nachdem Belgien und Luxemburg aus dem deutschen Devisengebiet ausgeschieden sind, hebt eine Bekanntmachung des Reichswirtschaftsamts die Zahlungsfreiheit im Verkehr mit Belgien und Luxemburg auf: Artikel 7 der Devisenordnung vom 8. Februar 1917 wird dadurch außer Kraft gesetzt. Nach diesem Artikel konnten bisher Marknoten auch ohne Einwilligung der Reichsbank nach beiden Ländern versandt und Reichsmarkkredite dort ansässigen Firmen eingeräumt werden. Auch bedurfte es danach keiner Genehmigung zur Eingehung von Verbindlichkeiten in Reichs- oder ausländischer Währung gegenüber belgischen oder luxemburgischen Personen. Endlich war der Geldsorten- und Frankenhandel mit solchen Personen gegen Reichsmark unbeschränkt zulässig.

Eine offiziöse Auslassung in der „Deutschen Allg. Ztg.“ (Nr. 631) gibt Rechenschaft über die Verrechnung des russischen Goldes. Auf Grund des Finanzabkommens vom 27. August v. Js. hatte die russische Regierung an das Deutsche Reich am 10. September 42 860 kg und am 30. September 50 676 kg Feingold abzuliefern. Die Beträge wurden dem Reich pünktlich zugeführt; welches sie an die Reichsbank, bis auf einen Restbetrag von rund 6756 kg verkaufte. Der Verkauf dieses Restbetrages blieb vorbehalten. Die Bankausweise vom 22. September u. d. 6. Oktober zeigten dementsprechend eine Vermehrung des Goldbestandes um rund 99 und 100 Mill. M. Daß die durch die Ankäufe des russischen Goldes bedingte Verstärkung des Goldschatzes in diesen Ziffern nicht voll zum Ausdruck gelangt, hat seinen Grund in Goldexporten, die während der gleichen Zeit notwendig wurden. Inzwischen ist das von der Reichsbank erworbene Gold zusätzlich des vom Reiche an die Reichsbank noch nicht verkauften Restbetrages in Gemäßheit der Waffenstillstandsbedingungen nach Frankreich abgeführt worden. Der Bankstatus vom 23. November weist aus diesem Grunde einen Goldabgang von rund 242 Mill. M. nach. Wenn die von Erzberger vertretene Waffenstillstandskommission am 5. Dezember betonte, daß die Reichsbank 93 536 kg Feingold im Betrage von 346 Mill. M.

nach Frankreich geschickt hat, so erklärt sich die Differenz zwischen dieser Summe und den Reichsbankausweisen, denen ein Goldpreis von 2790 bzw. 2784 M. je kg zugrunde liegt, nach der „Frankfurter Ztg.“ (Nr. 346 v. 14. Dez.) dadurch, daß Erzberger willkürlich als den Wert diejenige Summe angab, die das Schatzamt im September-Oktober theoretisch für seine interne Verrechnung gewählt hatte. Das Schatzamt rechnete sich das Gold über dem Werte, den die Reichsbank vergütete. Dabei ging man nicht einmal bis an die Grenze des Goldagio: schon damals war ein Goldpreis von rund 3700 M. keineswegs zu hoch.

Die obige offiziöse Auslassung der „Deutschen Allg. Ztg.“ erklärt die Annahme für tatsächlich unrichtig, daß die Türkei noch wenige Tage vor ihrem Abfall 40 Mill. M. Gold von uns erhalten habe, ferner die Vermutung, der Goldbestand der Reichsbank enthalte auch Gold im Auslande.

Die belgischen Banken haben beschlossen, daß am 1. Januar 1919 die bei ihnen stehenden Markkonten auf Basis von 125 frs gleich 1 M. in Frankennoten umgewandelt werden. In Nordfrankreich soll angeblich nach Verordnung des Generalissimus Foch Mark nur auf Basis von 70 ctm angenommen werden. Engländer und Amerikaner zahlen in Belgien ausschließlich in französischem Papiergeld, das zu Paris für den belgischen Franken angenommen wird. Die Besitzer von belgischem Stadtgeld werden aufgefordert, dies bei dem belgischen Finanzministerium anzumelden. Die belgische Nationalbank fordert das Publikum auf, Silber und Gold bei ihr einzuliefern. Die umlaufenden Marknoten werden von der Presse als „Vormine“ (d. h. Ungeziefer bezeichnet („Frankf. Ztg.“ Nr. 355 v. 23. Dez.).

Die Regierung der Maximalisten druckt Rubelnoten, die diejenigen des Zaren und Kerenskis imitieren und auf diese Weise an der Höherbewertung jener älteren Notensorten teilnehmen sollen („Frankf. Ztg.“ Nr. 352 v. 20. Dez.).

Staatsanleihen

Der deutsch-österreichische Staatssekretär für Finanzen erklärte, daß der Januar Zinsschein der dritten österreichischen Kriegsanleihe, der am 1. Januar fällig ist, unbedingt von Deutsch-Österreich eingelöst werden wird. Sollte bis dahin über die Anteilnahme der Nationalstaaten an der öffentlichen Schuld keine Einigung erzielt werden, so wird die Einlösung gegen spätere Verrechnung erfolgen. („B. T.“ 16. 12.)

Der Volkskommissar für die Finanzen im Südslawischen Staat hat die s. Zt. suspendierte Auszahlung der Zinsen der österreichischen Obligationen und Schuldscheine aus der

Vorkriegszeit bei der Finanzkasse und den Steuerämtern angeordnet; hingegen unterbleibt nach wie vor die Auszahlung der Zinsen der österreichischen Kriegsanleihen. („N. Fr. Pr.“ 5. 12.)

Die Ausgabe der englischen Kriegsschatzscheine soll am 18. 1. d. J. eingestellt werden. „Evening News“ erwarten, daß die neu herauskommenden Kriegsschatzscheine nur $4\frac{1}{2}\%$ Zinsen abwerfen werden. („D. A. Z.“ 18. 12.)

„Wallstreet Journal“ vom 2. 11. berechnet die gesamten an Frankreich gewährten amerikanischen Kredite bis zum obigen Datum auf 2365 Mill. \$. Die den Alliierten gewährten Kredite belaufen sich auf 7732,976 Mill. \$. — Die Belgien geliehene Gesamtsumme beträgt 213,32 Mill. \$.

Der italienische Finanzminister schätzt, daß das Budget für 1919/20 mit einem Fehlbetrag von 883 Mill. Lire abschließen wird. Die neuen Steuern sowie die geplanten Monopole genügen jedoch, um den Zinsdienst der öffentlichen Schuld sicher zu stellen. („Ag. Ec. et Fin.“ 29. 11.)

Laut „Information“ vom 24. 11. hat der Krieg die Vereinigten Staaten bis zum Waffenstillstand rund 111 Milliarden fr gekostet.

Die schweizerische Regierung begab zur teilweisen Deckung der Kosten für die Lebensmittelversorgung 5 % ige ein und zweijährige Kassenscheine zu 99 $\frac{1}{2}$ und 99 %. („W. N. D.“ 21. 12.)

Die Nationalschuld Belgiens ist auf ungefähr 5 Milliarden fr gestiegen, die von den Alliierten vorgeschossen wurden. („D. A. Z.“ 22. 12.)

Die britische Regierung erhält von der kanadischen einen neuen Kredit von 40 Mill. £, da die englischen Käufe in Kanada auch weiterhin nicht bar bezahlt werden können; der Grund hierfür ist die Verfassung des Devisenmarktes. 10 Mill. \$ der Summe dienen der Vollendung des Programms des Imperial Munitions Board, weitere 10 Mill. £ sind für Getreidekäufe und 20 Mill. £ für den Kauf von Fleisch und Molkereiprodukten bestimmt. („W. N. D.“ 19. 12.)

Die im amerikanischen Kongreß eingereichten Budgetvorschläge für 1919/20 belaufen sich auf 7,443 Milliarden \$; 5,212 Milliarden hiervon sind für Heer und Flotte bestimmt. („N. Y. Herald“, Paris 5. 12.)

Die Regierung von Uruguay nimmt eine neue innere Anleihe von 3 Mill. Goldpesos zu 6 $\frac{1}{2}$ % auf, um den Minderertrag des Staatshaushalts von 2,627 Mill. Pesos auszugleichen. („Ag. Ec. et Fin.“ 2. 12.)

Schifffahrt und Schiffbau

England

Norwegische Schiffsbestellungen in England. Wie innerlich, ist durch ein Übereinkommen zwischen der englischen Regierung und norwegischen Reedern den letzteren, soweit sie Schiffe durch Kriegsmaßnahmen verloren haben, gestattet worden, bei englischen Werften bis zu 780 000 B.R.T. Schiffsraum zu bestellen, welcher in den 3 auf den Krieg folgenden Jahren in gleichmäßigen Jahresraten gebaut werden soll. Da bereits 450 000 B.R.T. bestellt worden sind, so bleiben noch 330 000 Tonnen zur Kontrahierung offen. Die Bestellungen für Lieferung im ersten Jahre sind demnach bereits vollzählig vergeben, und diese Kontrakte für baldige Ablieferung werden jetzt unter den Reedern, die Anspruch auf Lieferung im ersten Jahre haben, lebhaft gehandelt, während diejenigen Reeder, die erst Lieferung im zweiten oder dritten Jahre nach Kriegsende bekommen können, vorziehen, zu warten, in der Annahme, daß die augenblicklichen Preise zu hoch sind und in absehbarer Zeit einen wesentlichen Rückgang erfahren werden. Im Schiffsahrtsamt hatte man sich der Hoffnung hingegeben, Norwegen werde für die von der englischen Regierung abzustoßenden Einheitsschiffe starke Kauflust zeigen, aber das „fabrizierte“ Schiff scheint in Norwegen keinerlei Anklang zu finden. Hb.

Die International Mercantile Marine Company sollte nach einer kürzlichen Meldung den gegenwärtigen Preisstand benutzt haben, um die ihr gehörigen britischen Schiffe an englische Reeder zu verkaufen. Diese Nachricht wird durch ein Kabel aus New York widerrufen, in dem es heißt, daß die Be-

hörden in Washington den Verkauf verhindert haben. Die Veranlassung für das Einschreiten der amerikanischen Regierung ist in ihrem Bedarf an Truppentransport-Schiffen zu suchen. Hb.

Werfterweiterungen. Die Schiffswerft Russell & Co., Port Glasgow, hat die ihr benachbarte Werft von William Hamilton & Co., Ltd. angekauft und dadurch ihre Anlage bedeutend erweitert. Die Firma Russell & Co. hatte ihre ursprüngliche Anlage, die Kingston-Werft, schon vor einigen Jahren durch Uebernahme der Firma A. Rodger & Co. und in neuerer Zeit durch Erwerb der Schiffswerft Robert Duncan & Co. erweitert. Die Werft verfügt nunmehr über 30 Hellinge und steht im Frachtdampferbau an der Spitze der Clyde-Werften, während sie sich von dem Bau von Passagierschiffen grundsätzlich fernhält. Durch den erst kürzlich erfolgten Erwerb der Maschinenfabrik von David Rowan & Co., Glasgow, ist die Werft Russell & Co. nunmehr auch in der Lage, selbst Kessel und Maschinen zu bauen, wenn auch nicht in dem für ihre eigene Schiffsproduktion nötigen Umfange.

Die Werft und Maschinenfabrik von Sir W. G. Armstrong Whitworth & Co. hat einem Ausfrager gegenüber mitgeteilt, daß die seither für Rüstungsarbeiten in Anspruch genommenen Anlagen nunmehr der Friedensarbeit dienstbar gemacht werden sollen. Zu diesem Zwecke wird der Bau erstklassiger Passagier- und Frachtdampfer aufgenommen und die Fabrikation von Schiffsmaschinen bedeutend vergrößert werden. Auch der Bau von Lokomotiven soll neu aufgenommen werden. Die Arbeiterzahl ist im Kriege von 23,000 auf fast 60,000 gestiegen. Die

gleichzeitig die Betriebskosten um 470 000 £ stiegen. Von 49 Gesellschaften arbeiteten 21 mit Verlust. Einen Begriff von den steigenden Unkosten geben folgende Zahlen aus dem Jahresbericht der Consolidated Goldfields, der am 30.6. abschließt.

	In Shilling und pence	1914	1917	1918
Goldwert..... je verpochte ton Erz		19/6	20/4	21/0
Betriebskosten „ „ „ „		14/0	16/6	18/4
Gewinn..... „ „ „ „		5/6	3/10	2/9

Der höhere Goldgehalt des Erzes wird also durch die Unkosten mehr als wettgemacht. 3 „geringwertige Minen“ derselben Gruppe machten nur 36 000 £ Gewinn; ohne die durch den Krieg verursachten Extraausgaben hätten sie 241 000 £ als Gewinn buchen können.

Es ist jedoch sehr zweifelhaft, ob mit Kriegsende die Lage der Industrie sich bessern wird. Die allgemeine Tendenz der Lohnsteigerung zeigt sich in der Union durch immer wieder auflebende Streiks. (Ende November verlangten die Gewerkschaften wieder eine Lohnerrhöhung von 30 %, die Eisenbahner streiken seit dem 1. 9., die Bauhandwerker verlangen die 44 stündige Arbeitswoche lt. „Times“ v. 30. 11.) und wird bei der geringen Aussicht auf ein Herabgehen der allgemeinen Lebenskosten sobald nicht verschwinden.

Die ausländischen Industrien werden aus denselben Gründen den Minenbedarf an Maschinen usw. in der Zukunft kaum wesentlich billiger herstellen können. Diese Momente lassen die Ausführungen „South Africas“ v. 5. 10. auch nach Beendigung des Krieges bedeutsam erscheinen, die darauf hinweisen, daß es sich bei der Goldfrage im britischen Reich um mehr als die unmittelbare Unterstützung einzelner Gruben handelt, nämlich um die Regelung des Goldpreises selbst (der doch angeblich ein für allemal feststehen soll). Ferner betont das Blatt die Notwendigkeit, „daß die Goldproduktion in ihrer ganzen Bedeutung für das britische Reich so geleitet und überwacht wird, daß sie für immer und ausschließlich in Händen des Imperiums bleibt.“

Goldproduktion des „Rand“ während der vier Kriegsjahre.

	verpochtes Erz	Goldgewinn	
	1000 t	1000 f. Unzen	1000 £
1914—15	27 283	8 395	35 658
1915 —16	28 755	8 971	38 108
1916—17	28 191	8 893	37 776
1917—18	26 013	8 410	35 722

R. Schrader

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

Die Mark hat in den beiden Berichtswochen Besserungen zu verzeichnen. Auch die Entente-Devisen zeigen leichte Erhöhungen.

Kurs der Reichsmark

	17. 12.	18. 12.	19. 12.	20. 12.	21. 12.	23. 12.	gegen Münzparl. am 21. bzw. 23. 12.
Zürich	57,50	58,25	58,50	58,25	58,50	59,25	- 52,02
Amsterdam ..	28,65	28,65	28,60	28,65	28,65	29,60	- 50,-
Stockholm ..	42,50	42,-	41,75	41,75	41,75	42,-	- 52,75
Kopenhagen ..	48,-	46,-	44,50	45,75	45,50	46,50	- 47,69
Kristiania ...	44,-	43,57	44,-	44,-	-	-	- 50,50
Wien	186,-	-	186,-	186,-	186,-	-	- 58,13

	24. 12.	27. 12.	28. 12.	30. 12.	31. 12.	gegen Münzparl. am 31. bzw. 30. 12.
Zürich	60,25	60,50	60,25	59,25	60,25	- 51,19
Amsterdam ..	29,-	30,10	30,40	30,-	-	- 49,38
Stockholm ..	43,50	43,25	43,50	44,-	43,-	- 51,63
Kopenhagen ..	47,25	46,25	46,75	47,75	46,50	- 46,29
Wien	186,-	-	186,-	186,-	-	+ 58,13

Kurs der österreich-ungarischen Krone

	24. 12.	27. 12.	28. 12.	30. 12.	31. 12.	gegen Münzparl. am 31. bzw. 30. 12.
Zürich	30,50	30,50	30,50	30,25	30,50	- 70,99
Amsterdam ..	15,10	15,15	15,25	15,15	-	- 69,95
Berlin	-	53,95	53,95	53,95	53,95	- 36,25
	-	54,05	54,05	54,05	54,05	-

Kurs des Pfund Sterling

	24. 12.	27. 12.	28. 12.	30. 12.	31. 12.	gegen Münzparl. am 31. bzw. 30. 12.
Zürich	22,73	22,82	22,80	22,96	22,98	- 8,88
Amsterdam ..	11,165	11,13	11,20	11,155	-	- 7,93
Stockholm ..	16,28	16,28	16,28	16,32	16,28	- 10,35
Kopenhagen ..	17,70	17,67	17,68	17,71	17,72	- 2,42

Kurs des französischen Franken

	24. 12.	27. 12.	28. 12.	30. 12.	31. 12.	gegen Münzparl. am 31. bzw. 30. 12.
Zürich	87,50	88,-	88,-	88,50	88,50	- 11,50
Amsterdam ..	43,-	42,85	43,-	42,90	-	- 10,63
Stockholm ..	62,75	62,75	62,75	63,-	62,-	- 13,90
Kopenhagen ..	68,50	68,-	68,25	68,50	68,50	- 4,86

Kurs des Dollar

	24. 12.	27. 12.	28. 12.	30. 12.	31. 12.	gegen Münzparl. am 31. bzw. 30. 12.
Zürich	477,-	479,-	478,-	482,-	482,-	- 7,-
Amsterdam ..	-	233,25	-	233,50	-	- 6,14

Geldverfassung und Währungspolitik

Die geltenden Bestimmungen über den Zahlungsverkehr mit dem Ausland sind dahin abgeändert worden, daß deutsche Geldsorten, Reichskassenscheine, Banknoten und Darlehenskassenscheine innerhalb eines Kalendertages nur im Gesamtbetrage von höchstens M. 50.—, jedoch innerhalb eines Kalendermonats nicht über den Gesamtbetrag von M. 150.— hinaus nach dem Ausland überbracht werden dürfen. Ferner dürfen zugunsten einer und derselben im Ausland ansässigen Person oder Firma auf Reichswährung lautende Zahlungsmittel nur bis zu den vorgenannten Beträgen versendet werden. (Bekanntmachung vom 18. Dezember 1918.)

Nachdem Belgien und Luxemburg aus dem deutschen Devisengebiet ausgeschieden sind, hebt eine Bekanntmachung des Reichswirtschaftsamts die Zahlungsfreiheit im Verkehr mit Belgien und Luxemburg auf: Artikel 7 der Devisenordnung vom 8. Februar 1917 wird dadurch außer Kraft gesetzt. Nach diesem Artikel konnten bisher Marknoten auch ohne Einwilligung der Reichsbank nach beiden Ländern versandt und Reichsmarkkredite dort ansässigen Firmen eingeräumt werden. Auch bedurfte es danach keiner Genehmigung zur Eingehung von Verbindlichkeiten in Reichs- oder ausländischer Währung gegenüber belgischen oder luxemburgischen Personen. Endlich war der Geldsorten- und Frankenhandel mit solchen Personen gegen Reichsmark unbeschränkt zulässig.

Eine offiziöse Auslassung in der „Deutschen Allg. Ztg.“ (Nr. 631) gibt Rechenschaft über die Verrechnung des russischen Goldes. Auf Grund des Finanzabkommens vom 27. August v. Js. hatte die russische Regierung an das Deutsche Reich am 10. September 42 860 kg und am 30. September 50 676 kg Feingold abzuliefern. Die Beträge wurden dem Reich pünktlich zugeführt; welches sie an die Reichsbank, bis auf einen Restbetrag von rund 6756 kg verkaufte. Der Verkauf dieses Restbetrages blieb vorbehalten. Die Bankausweise vom 22. September u. d. 6. Oktober zeigten dementsprechend eine Vermehrung des Goldbestandes um rund 99 und 100 Mill. M. Daß die durch die Ankäufe des russischen Goldes bedingte Verstärkung des Goldschatzes in diesen Ziffern nicht voll zum Ausdruck gelangt, hat seinen Grund in Goldexporten, die während der gleichen Zeit notwendig wurden. Inzwischen ist das von der Reichsbank erworbene Gold zusätzlich des vom Reiche an die Reichsbank noch nicht verkauften Restbetrages in Gemäßheit der Waffenstillstandsbedingungen nach Frankreich abgeführt worden. Der Bankstatus vom 23. November weist aus diesem Grunde einen Goldabgang von rund 242 Mill. M. nach. Wenn die von Erzberger vertretene Waffenstillstandskommission am 5. Dezember betonte, daß die Reichsbank 93 536 kg Feingold im Betrage von 346 Mill. M.

Werftleitung sprach sich, wie hinzugefügt wird, noch dahin aus, daß sie nicht glaube, daß die Ueberlegenheit des englischen Schiffbaues ernstlich durch Amerika bedroht werden könne, allerdings ohne für diese Ansicht Gründe anzuführen. *Hb.*

Verkauf von Einheitsschiffen. In neuester Zeit wurden weiter von der Regierung folgende Einheitsschiffe verkauft:

Typ A, Eindecker.	8130 Tonnen	Tragfähigkeit für £ 160—170 000, rund 20 £ je Tonne
" C "	5025 "	Tragfähigkeit für £ 115 575, also £ 23 je Tonne Tragfähigkeit
" CH "	870 "	Tragfähigkeit für £ 40 000, also £ 46/5 je Tonne Tragfähigkeit.

Hb.

Norwegen

Nettoverlust an norwegischem Frachtraum während des Krieges. Nach einer Mitteilung des norwegischen Handelsministeriums zählte die norwegische Handelsflotte

am 1. 8. 1914: 3405 Schiffe mit 2 626 708 Br.-Reg.-T.

" 11. 11. 1918: 3278 " " 1 865 966 "

Nettoverlust 127 Schiffe und 760 742 Br.-Reg.-T.

Eingerechnet sind in diese Ziffern alle Dampfer und Motorschiffe über 25 Br.-Reg.-T. und alle Segler über 50 Br.-Reg.-T. Der gegenwärtige Bestand setzt sich aus

1748 Dampfer mit 1 486 394 Br.-Reg.-T.

873 Motorschiffe " 89 083 "

657 Segler " 290 489 "

3278 Schiffe " 1 865 966 Br.-Reg.-T.

zusammen. Der ausgewiesene Kleinabgang an norwegischer Tonnage zeigt, wie sehr die in der vorigen Nummer des „W.-D.“ mitgeteilten, von der „Daily Mail“ stammenden Angaben über die Netto-Frachtraumverluste der verschiedenen Flaggen der Nachprüfung bedürfen. *A. K.*

Norwegische Schifffahrts-Aktiengesellschaften. Die Gesamtzahl der norwegischen Schifffahrts- und Fischfang-Aktiengesellschaften betrug zu Beginn des Jahres 1918 2025, ihr eingezahltes Kapital 893 004 000 Kr. Während des Vorjahres wurden 230 neu gegründet gegen 485 in 1916. *A. K.*

Frankreich

Frankreichs Bemühungen um Überlassung amerikanischen Frachtraums. Die jüngst erwirkte Überlassung von 750 000 t dw englischen Frachtraums genügt den französischen Schifffahrtsbehörden keineswegs. Wie Mr. Tardieu, der französische Regierungskommissar für die Vereinigten Staaten, der Kammer mitteilte, hat er sich jetzt mit der Bitte um Überlassung von Frachtraum an das amerikanische Schifffahrtsamt gewandt. Während der Kriegszeit sei es ihm nur gelungen, 37 000 t dw Stahlschiffe in Amerika zu kaufen und 46 Holzschiffe zu bestellen, von denen jetzt bereits 26 in Dienst gestellt seien, aber zu manchen Klagen insbesondere über Maschinen und Kessel Anlaß gäben. Weitere von Kanada gelieferte Motorleichter hätten 322 000 \$ das Stück gekostet, seien also sehr teuer erworben. Die Vereinigten Staaten hätten dann der französischen Regierung 116 000 t dw Frachtraum (hauptsächlich beschlagnahmte österreichische Schiffe) und 145 000 t dw Tankschiffe zur Verfügung gestellt. An dem guten Willen der amerikanischen Regierung könne also nicht gezweifelt werden. Er habe das Schifffahrtsamt jetzt um Herausgabe der ehemals bei amerikanischen Werften bestellten oder von ihm anderweitig erworbenen, dann (1917) aber beschlagnahmten 228 000 t dw gebeten. Ferner habe er um Überlassung von 1 500 000 t dw in Charter für drei Jahre nach dem Kriege, von 800 000 Tonnen Stahl und 100 000 Tonnen Schiffsplatten nachgefragt. Er habe indessen nur für die Schiffsplatten die Lieferungszusage zu erhalten vermocht. Seine übrigen Forderungen seien der amerikanischen Regierung im Hinblick auf den eigenen Bedarf als zu hoch erschienen. Die Unterhandlungen seien jedoch noch nicht abgeschlossen. *A. K.*

Das französische Schiffbauprogramm lautet nach den Ausführungen des Kommissars für Handelsschifffahrt Bouisson in den Kammersitzungen Ende November wie folgt: Die französische Handelsflotte umfaßt zurzeit noch 536 265 Br.-R.-T. Passagierschiffe und 836 044 Br.-R.-T. Frachtschiffe, zusammen also 1 372 309 Br.-R.-T. gegenüber einem Vorkriegsstande von 2 300 000 Br.-Reg.-T. Von den noch vorhandenen Schiffen sind indessen 275 000 t reparaturbedürftig oder so stark abgenutzt, daß sie bald außer Dienst gestellt werden müssen: So bleibt als verwendungsfähig ein Bestand von etwa 1 100 000 Br.-R.-T. Dazu würden die von England innerhalb der nächsten beiden

Jahre zu liefernden 500 000 Br.-Reg.-T. kommen. Ferner beabsichtige man für den Bau von 3 Mill Br.-Reg.-T. innerhalb der nächsten fünf Jahre zwei Milliarden frs aufzuwenden. Der Bau solle auf französischen Werften, einschließlich der Staatswerften, nach den Wünschen der Reeder ausgeführt werden. Weiter würden für den Verkehr mit den französischen Kolonien eine Anzahl Staatsdampfer benötigt, für die man möglichst auf deutsche Schiffe zurückzugreifen die Absicht hätte. Diese staatlichen Schiffe seien nötig einmal, um den bedenklichen Folgen der Konzentrationstendenz in der privaten Reederei entgegenzuarbeiten und zweitens, um die Frachten für gewisse Kolonialprodukte wie Kautschuk aus Indochina und Phosphate aus Alger niedriger zu halten. Endlich sollten zur Entwicklung der Hochseefischerei und Modernisierung ihres Betriebes 200 Mill. frs gefordert werden für den Ausbau von Fischereihäfen, Einrichtung von Kühlanlagen, Ausrüstung der Segler mit Motoren usw. *A. K.*

Vereinigte Staaten.

Freihafen-Bill. Dem Kongreß wurde ein Gesetzentwurf unterbreitet, der den Handelssekretär ermächtigt, seine Genehmigung zur Einrichtung von Freizonen in den Häfen der Vereinigten Staaten zu erteilen. Der Entwurf geht vom Deputierten von Louisiana, Sanders, aus. *A. K.*

Umstellung des amerikanischen Schiffbaus auf die Bedürfnisse der Friedenszeit. Im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit einer baldigen Beendigung des Kriegszustandes hat das Schifffahrtsamt die Bauverträge einer Anzahl großer Truppentransportdampfer (insgesamt sollten 94 mit einer Gesamttragfähigkeit von 1 100 000 t dw bestellt werden) für ungültig erklärt, da die Schiffe nicht vor 1920 geliefert werden können, für die ihnen zugeordneten militärischen Aufgaben also zu spät kommen. Für den Bau dieser Schiffe sollte eine neue große Werft in Alameda, Cal., auf Staatskosten neu angelegt und der Verwaltung der Bethlehem Shipbuilding Co. unterstellt werden, ebenso sollten die Werften der New York Shipbuilding Co. in Camden und der Bethlehem Shipbuilding Co. in Sparrow's Point wesentliche Betriebserweiterungen erfahren. Diese Vorbereitungen, die bereits in Angriff genommen worden sind, werden jetzt aufgegeben. Ob anstelle der für ungültig erklärten Kontrakte Bestellungen auf ca. 70 kombinierte Fracht- und Passagierschiffe mit der Hog Island-Werft abgeschlossen werden, scheint zurzeit noch ungewiß zu sein. Die vereinbarten Baukosten für die Truppentransportschiffe mit 16 Seemeilen Geschwindigkeit betrugen etwa im Durchschnitt 205 \$ für die Tragfähigkeitstonne, während Frachtschiffe mit 11 Seemeilen nur etwa 155 \$ erfordern. Der Staat würde also durch die Änderung des Bauprogramms eine recht beträchtliche Summe sparen.

Ferner sind vom Schifffahrtsamt zahlreiche Bestellungen auf Schlepper und Leichter annulliert worden. Man hat sich entschlossen, an Stelle dieser Fahrzeuge, die insbesondere dem Kohlenverkehr und der Petrolumfahrt zwischen den Häfen der atlantischen Küste dienen sollten, die für den Seeverkehr wenig geeigneten Holzschiffe nach entsprechendem Umbau zu verwenden.

„Bisher haben wir nur immer Schiffe gebaut und bestellt“ sagte Mr. Schwab kürzlich in einem Interview, „ohne uns viel Zeit zu lassen, nach Typ, Tonnage und derlei Dingen zu fragen. Künftig müssen wir bei bewährten und lohnenden Gattungen bleiben. Wir werden größere Schiffe bauen nach erprobten Standardtypen. Dauer und Rentabilität sind die Leitworte unseres künftigen Schiffbaus.“ *A. K.*

Kriegsschiffbauprogramm der Vereinigten Staaten. Während die rasch wachsenden Leistungen der amerikanischen Werften im Handelsschiffbau von der amerikanischen Presse stets mit aller Ausführlichkeit mitgeteilt wurden, sind die Fortschritte im Kriegsschiffbau bisher im Dunkeln geblieben. Daß sie nicht unbeträchtlich gewesen sind, ist anzunehmen, und daß Amerika hinsichtlich seiner zukünftigen Kriegsflotte ähnliche Absichten und Hoffnungen hegt wie hinsichtlich seiner Handelsflotte, zeigt das neue Bauprogramm, das der Staatssekretär der Marine kürzlich dem Kongreß unterbreitet hat. Das frühere, im Jahre 1916 aufgestellte Programm sah den Bau von 16 Schlachtschiffen, 6 Panzerkreuzern und 140 anderen Kriegsschiffen vor. Seine Ausführung, die auf drei Jahre berechnet war, hat sich verzögert, weil man gezwungen war, einmal den Handelsschiffbau in erster Linie zu fördern und zweitens gewisse Arten kleinerer Kriegsfahrzeuge, wie Zerstörer, Ubootjäger, Motorboote

usw., mit besonderer Schnelligkeit herzustellen. Der größere Teil jenes früheren Programms ist infolgedessen wahrscheinlich unerledigt geblieben, wie schon aus dem Umstand erkennbar ist, daß zur vollständigen Durchführung der bewilligten Neubauten, deren letzterer nach einem neueren Beschlusse bis 1. Juli 1919 in Angriff genommen sein muß, ein Betrag von 372 Mill. \$ gefordert wird. Das vom Staatssekretär Daniels neuerdings vorgelegte zweite Dreijahrs-Programm gleicht dem früheren. Es fordert weitere 10 Schlachtschiffe, 6 Panzerkreuzer und 140 kleinere Kriegsschiffe und will für Bau und Ausrüstung dieser Schiffe einen Gesamtbetrag von 600 Mill. \$ aufwenden, sodaß die Durchführung sämtlicher Pläne, der neuen und der noch unerledigten früheren, eine Ausgabe von nahezu 1 Milliarde \$ nötig machen würde, davon würden für die Arbeiten im Jahre 1919 etwa 572 Mill. \$ erforderlich sein.

Wieweit die inzwischen erfolgte Einstellung der Feindseligkeiten die Haltung des Kongresses der neuen Vorlage gegenüber beeinflussen wird, bleibt abzuwarten. Mit Abrüstungs- und Völkerbundsideen würde die Annahme eines so gewaltigen Rüstungsprogramms jedenfalls wenig in Einklang zu bringen sein. A. K.

Verbandspläne der amerikanischen Reeder. Unter den amerikanischen Reedern macht die Neigung zu wirksamen Zusammenschlüssen für die Nachkriegszeit schnelle Fortschritte. Nach Wall Street Journal werden sich für den Verkehr mit Kuba, Westindien, Zentral- und Südamerika möglicherweise zwei große Verbände bilden, einer für die atlantische, der andere für die Pazifikküste. Der atlantische Konzern wird sich um die Atlantic Gulf & West Indies-Lines, die United Fruit Co. und die Munson Line gruppieren und vielleicht die amerikanische Tonnage der International Mercantile Marine Co. einschließen, als Kern des westlichen Konzerns gilt die Pacific Mail Steamship Co. Gegenwärtig werden allerdings diese Verbandsabsichten kaum ausführbar sein. Einmal steht ihnen die Sherman Bill im Wege und zweitens führt der Schiffspark der meisten in Betracht kommenden Gesellschaften unter Charter der Regierung, die, wie erinnert, bald nach Übernahme der Eisenbahnlinsen auch die Schifffahrtlinien des Küstenverkehrs in Kontrolle nahm. Wie lange die Regierung diese Kontrolle nach Friedensschluß noch zu behalten gedenkt, ist noch nicht bekannt. Man vermutet etwa zwei Jahre. Dennoch ist man der Ansicht, daß die Verbandspläne schon in nächster Zeit die Genehmigung der

Regierung in der einen oder anderen Form erhalten werden. Die Atlantic Gulf & West Indies-Lines verfügen zur Zeit über einen Frachtraum von etwa 270 000 tons dw, die Munson Lines besitzen etwa 60 000 tons dw. A. K.

Werftarbeiterlöhne. Das Shipbuilding Labor Adjustment Board hat die Arbeitslöhne auf den Werften der Pazifikküste um 20%, der atlantischen Küste sowie der großen Seen um 15% erhöht. Der Grundlohn für gelernte Arbeiter ist für alle Distrikte auf 80 Cents für die Stunde festgesetzt. Neue Entscheidungen über die Lohnhöhe sollen nach 6 Monaten getroffen werden, falls veränderte Kosten der Lebenshaltung es erfordern. Eine weitere Ausdehnung des Prämien-, Bonus- und Kontraktsystems ist verboten. Durch diese neue Lohnerhöhung werden die Kosten des Schiffbauprogramms der Regierung um nicht weniger als 200 Mill. \$ gesteigert. Der ungelernete Arbeiter verdient nach dem neuen Tarif 46–52 Cents die Stunde, und da er meistens Überstunden macht, so kann er mit einem Tageslohn von 5 \$ rechnen. Die amerikanische Schifffahrtspresse weist nicht mit Unrecht darauf hin, daß bei einer solchen Lohnhöhe eine Konkurrenzfähigkeit des heimischen Schiffbaus ausgeschlossen sei, da beispielsweise die große englische Werft von Harland & Wolff in Belfast nur einen Durchschnittstageslohn von 2.20 \$ zahle. Auch das Labor Adjustment Board bekennt, daß seine Politik, alle sechs Monate einen Ausgleich zwischen Lohnhöhe und Kosten des Lebensunterhaltes vorzunehmen, vorläufig einer Kette ohne Ende gleiche, da jede Lohnsteigerung wieder die Lebensunterhaltskosten erhöhe. Erst wenn die gegenwärtige Lage wieder normalen Verhältnissen Platz gemacht habe, könne man auf eine Verringerung der Unterhaltskosten und damit auf die Möglichkeit einer Herabsetzung der Lohnsätze hoffen. A. K.

Eine Linie Philadelphia-Europa unter amerikanischer Flagge ins Leben zu rufen, ist die Absicht einer unter dem Namen „Independent“ Steamship Corporation“ gegründeten Gesellschaft, an deren Spitze der bekannte W. A. Harriman von der Merchant Shipbuilding Corporation und C. B. Sager, der Vorsitzende des Direktoriums der Union Pacific Railroad, stehen. Für den neuen Dienst sollen Schiffe sowohl vom Schifffahrtsamt wie von der Marine überwiesen worden sein. Ähnliche Zusammenschlüsse von Schiffbau- und Eisenbahninteressenten zur Gründung von Schifffahrtsgesellschaften werden für die Zukunft noch mehrere erwartet. A. K.

Rohstoffe und Warenmärkte

Holz

Von den nordischen Märkten berichtet der „Holzeinkäufer“, daß die Nachfrage der Entente-Länder für trockene Schleifmasse in letzter Zeit abgenommen habe. Für einige kleinere Partien, welche glatt verschifft werden können, wurden 315 Kr fob Gothenburg erzielt. Die Marktlage ist sehr fest. Die Schleifereien haben im allgemeinen die Erzeugung bereits verkauft. Es wurden folgende Forderungen (fob Gothenburg) genannt:

375–390 Kr für starke Sulfit,
400–430 „ „ leichtbleichend,
610–640 „ „ gebleicht.

Die ständig wachsenden Erzeugungskosten werden wohl weitere Preissteigerungen im Gefolge haben. Am schwedischen Brettermarkt wurden letzthin noch bedeutende Abschlüsse gemacht. Es wurden gezahlt:

7" breite Battens von Gefle n. Sundsvall 385 Kr je Stand
3×8" „ „ „ „ „ 390 „ „ „
1½×11" „ „ „ „ „ 500 „ „ „
Aus Finnland werden Abschlüsse zu 750–775 finnische Mark für nordfinnländische und 790–800 M. für 1 Standard südfinnländische Bretterware von 7" Breite gemeldet. Wie „Timber Trades J.“ v. 5. 10. berichtet, haben sich in Finnland Vorräte von annähernd 1 Mill. Standard angesammelt.

Englands Bedarf wird in den Jahren nach dem Kriege ein ganz ungeheurer sein. Hauptsächlich werden die nordischen Ländern, wo lt. „Timber Trades J.“ v. 2. 11. mehr als 2 Mill. Standard versandtbereit liegen, für die Versorgung Englands in Frage kommen, aber da der normale Bedarf Englands mindestens 2 Mill. Standard beträgt, wird man zur Ergänzung auf die Einfuhr aus Kanada und den Vereinigten Staaten angewiesen sein. Die Handelsabteilung der ameri-

kanischen Regierung hat kürzlich Vertreter nach Europa geschickt, um die Märkte zu studieren. Eine Ausstellung amerikanischer Hölzer findet im Institut Britischer Architekten statt, wo auch von Fachleuten Vorträge über amerikanische Hölzer gehalten werden.

Die Verschiffungen von Britisch-Columbien, die in den ersten 3 Kriegsjahren sehr abgenommen hatten, haben im letzten Jahr wieder eine ganz bedeutende Zunahme erfahren. In der ersten Hälfte 1918 wurden 24 8 Mill. Fuß ausgeführt, während im ganzen Jahre 1917 etwa 18 Mill. verschifft wurden. Die wichtigsten Absatzgebiete waren (Mill. Fuß):

China	7.7	Süd-Afrika	23
Australien	5.5	Süd-Amerika	12
Kalifornien	3.1	Japan	0.5

Nach Europa wurden für Regierungsrechnung 4,3 Mill. verschifft. Um den Absatz nach England zu fördern, hat die Regierung, wie „Timber Tr. J.“ v. 5. 10. erfährt, einen besonderen Kommissar dorthin entsandt.

Kanadas Forsten schätzt das „Wall Street Journal“ auf mindestens 640 Mill. acres und den Holzbestand auf 109 Milliarden Fuß. Der Zuwachs, der etwa 2 Milliarden Fuß jährlich beträgt, könnte bei rationaler Forstwirtschaft leicht auf über 7 Milliarden gebracht werden. Die Vereinigten Staaten führen, trotzdem sie selbst ein sehr holzreiches Land sind, große Mengen Holz und besonders auch Holzschliff und Papier von Kanada ein. Kanada selbst verbraucht nur 537 Mill. Kubikfuß Holzschliff im Jahr.

Erdöl

Die Weltproduktion zeigte in den Jahren 1917 und 1916 nach den Zahlen der National City Bank folgendes Bild (tausend Barrels. 1 B = rund 150 kg):

	1917	1916
Vereinigte Staaten.....	342 000	300 767
Rußland.....	65 000	72 801
Mexiko.....	53 293	39 817
Niederl. Indien.....	14 000	13 174
Rumänien.....	6 000	10 298
Britisch Indien.....	8 500	8 229
Galizien.....	5 500	6 462
Japan und Formosa.....	2 800	2 997
Persien.....	2 500	2 551
Trinidad.....	1 685	1 000
Deutschland.....	900	996
Argentinien.....	800	870
Ägypten.....	500	411
Sonstige.....	230	266
Zusammen.....	503 708	460 639

Mithin beträgt der Anteil der Vereinigten Staaten an der Weltproduktion 68 % in 1917 gegen 65 % in 1916. In den Statistiken früherer Jahre waren die Zahlen für Persien unter „Peru“, das jedoch gar kein Erdöl produzierendes Land ist, ausgeführt.

Die Förderung der Vereinigten Staaten veranschaulichen folgende Zahlen der U. S. Geol. Surv.

	Jan./Juni 1918	Jan./Juni 1917
	Barrels	Barrels
Appalachisches Feld.....	12 397 660	12 114 179
Lima-Indiana-Feld.....	1 577 290	1 891 184
Illinois-Feld.....	6 764 240	8 134 010
Mid-Continent-Feld.....	83 385 460	76 074 485
Golf-Feld.....	10 926 920	11 980 826
Rocky-Mountain-Feld.....	5 774 060	4 350 153
California-Feld.....	49 811 802	45 611 252
Insgesamt.....	170 643 432	160 161 239

(Die Austuhr von Erdöl und verwandten Erzeugnissen aus den Vereinigten Staaten wies in der ersten Hälfte 1918 eine geringe Abnahme gegen das Vorjahr auf. Die genauen Zahlen sind Mill. Gallonen):

	1. 7. 17/30. 6. 18.	1. 7. 16/30. 6. 17
Insgesamt.....	2677	2748
in Wert von Mill. \$	298	230
Davon:		
Rohöl.....	183	177
Leuchtöl.....	528	833
Schmieröl.....	269	271

Von den mexikanischen Häfen wurden im ersten Halbjahr 1918 folgende Mengen versandt:

	Barrels	Zunahme gegen das Vorjahr
Tampico.....	1 659 717	2 700 000
Tuxpan.....	829 276	
Port Lobos.....	78 000	
Davon nach:		
Vereinigte Staaten.....	16 954 251	
Mexikanische Häfen.....	2 670 417	
Südamerika.....	2 602 327	
England.....	1 207 421	
Westindien (Kuba).....	496 754	
Kanada.....	261 316	
Mittelamerika.....	213 039	
als Heizöl für Schiffe.....	480 468	
Insgesamt 1918.....	24 885 993	
„ 1917.....	22 140 876	

Die Summe der in der mexikanischen Erdölindustrie angelegten Kapitalien gibt die „Agence Economique et financière“ mit 308 333 000 \$ an. Davon sind 205 555 000 im Besitz der großen Petroleumtrusts in den Vereinigten Staaten.

Bakus Förderung betrug in der ersten Hälfte 1918 in Mill. Pud:

	Januar/Juni 1918	Januar/Juni 1917
Insgesamt.....	117.—	188 78
Davon: Gebr. Nobel.....	18.29	30.07
Casp. Schw. Meer.....	9.30	9.75
Naphta.....	8.30	16.34
Russisches Naphta.....	7.93	15.87
Mantachiff.....	7.07	10.97
Kasp. Ges.....	6.67	5.27
Surachani.....	5.53	7.78
Lianosoff.....	5.27	8.60
Zubaloff.....	4.42	4.18
Moskau Kaukasus.....	2.65	4.57
Mirzoeff.....	2.09	5.12
Apokoff.....	2.06	3.40
Benkendorf.....	2.03	3.65
Assadulaeff.....	1.54	3.11
Verschiedene.....	28.78	59.12

Salpeter.

Chiles Erzeugung wird auch in diesem Jahre eine Zunahme gegen das Vorjahr aufweisen. Sie übersteigt für die Zeit vom 1. Juli 1917 bis 30. Juli 1918 diejenige des gleichen vorhergehenden Zeitraums um 750 000 tons. Die Ausfuhr betrug in den ersten 8 Monaten 1918 1 149 000 t gegen 894 000 in 1917. Die Vorräte sind letzthin infolge großer Verschiffungen sehr zurückgegangen.

Die genauen Ausfuhrzahlen für die letzten Jahre sind:

Fiskaljahr	tons	Fiskaljahr	tons
1917/18.....	2 877 300	1914/15.....	1 456 000
1916/17.....	2 826 900	1913/14.....	2 456 000
1915/16.....	2 509 800	1912/13.....	2 654 000

Die Verschiffungen gingen in den letzten Monaten ohne größere Schwierigkeiten vor sich, sodaß die Vorräte sich sehr verringert haben. Die Verschiffungen nach den Vereinigten Staaten betrugen in 8 Monaten Jan./Aug. 1918 1 149 000 t gegen 894 000 t in der gleichen Zeit 1917 und 810 000 t in der entsprechenden Zeit 1916.

Über die Kaufverträge im Betrage von über 10 Mill. £ zwischen der britischen und chilenischen Regierung veröffentlichten die „Financial News“ v. 15. 11 folgende Einzelheiten. Der ausgemachte Preis für 15 Mill. Quintal (680 000 t) betrug 13 s 6 d je 9 f. a. s. für raffinierten und 13 s für gewöhnlichen Salpeter. Die chilenische Regierung stimmte für die beteiligten Gesellschaften zu, daß die Verkäufer den Ausfuhrzoll tragen sollen und daß die 680 000 t in folgenden Mengen in chilenischen Häfen geliefert werden müssen: 320 000 t im September und je 120 000 t in den folgenden Monaten bis Dezember. Als Gegenlieferungen wurden seitens des Nitrate Executive Petroleum zum Preise von 120 s je t, Kohlen zu entsprechenden Preisen und außerdem Säcke zu 14 d das Stück in Aussicht gestellt.

Über die Verhandlungen wegen des Ankaufs der gesamten Erzeugung des Jahres 1919 sind Einzelheiten noch nicht bekannt geworden.

Getreide und Futtermittel

Halbmonat-Bericht

erstattet von Mitgliedern des „Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse“

Weizen.

Nordamerika. Trotz aller Angriffe gegen den jetzigen Weizenpreis bleiben die Notierungen für beide Weizensorten, die seit dem 1. Juli 1918 in Kraft getreten sind, auch am Ende dieses Jahres bestehen. Das alte Jahr schließt mit 237½ cts loko New York.

Ein Umschwung in der Beurteilung der jetzigen Weizenpreise ist in amerikanischen Fachblättern unverkennbar. Die Preislage wird schärfer kritisiert und die Taktik jener Kreise, die die Erhöhung resp. die Aufrechterhaltung der jetzigen Höchstpreise ad infinitum sehen möchten, als äußerst gefährlich betrachtet. Im „Price Current Grain Reporter“ wird

eindringlich gewarnt und auf die zunehmenden Ernten hingewiesen, bei denen schon dieses Jahr 318 Mill. bushels als „drückend“ empfunden werden. Trifft aber die Schätzung von Mr. Goodman für das Jahr 1919 zu, daß weitere 16 % Zunahme zu erwarten ist, so würde der neue Ueberschuß ganz besonders drückend und lästig sein. Der jetzige Preisstand sei absolut günstig. Man erinnert an die Zeit vor 100 Jahren, als nach der Schlacht von Waterloo in England ein Höchstpreis von \$ 2.50 per bushel eingeführt wurde, der den Anbau derartig erhöhte, daß alles andere vernachlässigt wurde. Die Produktion übertraf den Bedarf, die Preise fielen derartig, trotz der Getreidegesetze, daß der Bauer und Arbeiter ruiniert wurden.

Ähnlich liegen die Verhältnisse jetzt in den Vereinigten Staaten. Der künstliche Preis störte den Verhältnisausgleich der einzelnen Ernten und erzeugte einen Überfluß, der nicht bewältigt werden könne und der wie vor 100 Jahren zum Untergang des englischen, jetzt zu dem des amerikanischen Farmers führen könne. Diese ungeschminkte Sprache der amerikanischen Fachblätter findet natürlich einen sehr willigen Wiederhall in englischen Zeitschriften, welche jetzt die Frage des Weizenpreises ohne jede Scheu und ohne Rücksicht auf ihren Alliierten behandeln. Wir finden somit unsere in früheren Berichten vertretene Meinung, daß der Friede keinesfalls höhere Preise, wohl aber einen starken Preissturz herbeiführen würde, bestätigt, ohne daß bisher in den offiziellen Kursen eine Änderung eingetreten ist. Aber angesichts der kommenden Rekordernte Argentiniens und der plötzlich eingetretenen gewaltigen Frachtveränderungen am offiziellen Frachtmarkt, kalkuliert man in den „Corn Trade News“ vom 3. Dezbr. bereits mit einem cif Liverpool Preis von Buenos Aires-Weizen von 63/ und Rosario von 58/6 per Qurs. gegenüber dem jetzigen Regierungspreis von 80/ London. Die Fracht, die noch vor kurzem mit 225/ per ton eingesetzt wurde, ist nunmehr offiziell auf 62/6 festgelegt. Schon jetzt ist eine Differenz von 17/ resp. 21/6 zu konstatieren, sodaß der amerikanische Weizen auf Grund seines jetzigen Minimalpreises, der dem amerikanischen Farmer noch für das Jahr 1919 eventuell sogar bis Juli 1920 garantiert ist, überhaupt nicht, selbst nicht unter denselben niedrigeren Frachtverhältnissen, in Konkurrenz gezogen werden kann. Zu welchen Komplikationen diese Weizenfrage zwischen England und Amerika noch führen kann, soll dahingestellt bleiben.

Als erste Folge des Waffenstillstandes ist in Amerika die Aufhebung des sogenannten „Victoria Bread“ (Brot aus gemischtem Mehl) zu konstatieren. Jetzt wird nur noch Brot aus reinem Weizenmehl hergestellt. Das Brauverbot für Gerste bleibt auch nach dem 1. Dezember in Kraft. Es bezieht sich auf das Brauen von Bier und anderen Malzgetränken. Die amerikanischen sichtbaren Vorräte zeigen nur eine kleine Zunahme gegen den 16. 12.

Die Gesamtveränderungen zeigt die nachfolgende Aufstellung in 1000 bushels.

	23. 12. 13	16. 12. 13	22. 12. 17	23. 12. 16	Untersch. (—) geg d. Vorwoche	(+) geg d. gl. W. 1917
Weizen (Ver. Staat.)	113 813	111 252	22 221	84 597	+ 2561	— 3140
(Kanada)	—	24 071	18 763	28 683	—	+ 1 080
Mais (Ver. Staat.)	2 554	2 477	2 741	3 495	+ 77	— 334
Hafer („)	—	28 732	16 841	50 404	—	— 82
Roggen („)	—	12 659	2 819	2 378	—	— 178
Gerste („)	—	6 983	3 999	4 130	—	+ 26

Argentinien. Die letzten vom 18. 12. uns vorliegenden Kabelmeldungen aus Buenos Aires sprechen von mäßigen, teilweise heftigen Regenfällen, wodurch der Weizenerte Schaden zugefügt wurde. Englische Fachblätter aus Anfang Dezember schätzen die diesjährige Weizenerte auf 27 Mill. qurs (5.8 Mill. t), die einen Exportüberschuß von 4.3 Mill. t in Aussicht stellen. Auf einen größeren Teil dieser freien Menge reflektieren England und die Alliierten und zwar merkwürdigerweise zu einem bisher gemeldeten Preise von 14 Pesos, welcher höher ist wie der jetzige. Argentinien wird den Alliierten einen neuen Kredit von 200 Mill. Pesos Gold einräumen, der in zwei Jahren abgelöst und mit 5 % verzinst werden soll. Die Tendenz in Argentinien ist stetig. Preis 11 85 Pesos und Weizenvorrat 150 000 t.

Australien. Nach den letzten Schätzungen soll die diesjährige australische Ernte ca. 80 Mill. bushels (2.19 Mill. t) betragen. Sie ist somit kleiner wie die vorige (112 Mill. bushels), erlaubt aber einen Exportüberschuß von ca. 1 bis 1.3 Mill. t, wodurch die Gesamtmengen der Lager auf 26.5 qurs (5.9 Mill. t) sich erhöhen. In Anbetracht einer neuen Weizenerte, die auch bald fällig wird, hält es der Premierminister für ratsam, 1 Mill. t zu dem Minimumpreis von 4/9 per bushel zu verkaufen. An den Verkauf wird die Kondition geknüpft, daß die südafrikanischen und östlichen Märkte für Australien reserviert bleiben sollen. Bei der Ausdehnung des amerikanischen Geschäfts nach diesen Regionen wird diese Bedingung nach englischer Auffassung auf starke Hindernisse stoßen. Dem Abtransport der gewaltigen Mengen in Australien sieht man jetzt mit großen Hoffnungen entgegen, und „Modern Miller“, Chicago, sieht bereits die Möglichkeit, daß sowohl Australien wie auch Argentinien ihren Weizen unter dem amerikanischen Weizenpreis nach den Vereinigten Staaten verschaffen können, wenn nicht ein Prohibitivzoll errichtet werden wird.

Indien. Die „Corn Trade News“ vom 3. 12. berichten, daß einige Mengen Weizen in den Häfen angelangt seien, daß aber die Aussichten für Weizen und Ölsaaten wenig zufriedenstellend sind. Durch anhaltende Dürre habe die Ernte stark gelitten, so daß man um die zukünftige Ernährung besorgt ist.

England. An den englischen Marktplätzen ist ein stärkeres Angebot von amerikanischem Weizen. Man erwartet stärkere Zufuhren in der allernächsten Zeit. Der am 3. Dez. eingetretene gewaltige Rückgang in allen offiziellen Frachtraten wird als einschneidend für die Preisgestaltung angesehen. Die jetzige Fracht von La Plata nach England beträgt 62/6 per t für Dampfer, 50/ per Segler, gegenüber 225 bisher. Amerikanische Sätze sind von 50 per Qrs auf 55 pr. t herabgegangen. Die Fracht von Australien wird mit 100/ notiert. Das neue englische Brot wird, obgleich es nicht ganz so weiß ist, wie vor dem Kriege, gut befunden. Der Zusatz von Kartoffeln ist aufgehoben.

Die Farmerzufuhren, die uns von der Woche des 14. Dez. vorliegen, haben etwas abgenommen, wie aus der nachfolgenden Aufstellung ersichtlich ist.

	7.—11. 12. 1918	1. 12. — 7. 12. 1918	7.—11. 12. 1917
Menge	Durchschnitts-	Menge	Durchschnitts-
qrs	preis s d	qrs	preis s d
Weizen	72 449 72/3	81 297 72/4	94 064 71/2
Gerste	94 878 62/7	102 294 62/6	107 005 58
Hafer	12 819 51/4	16 859 51/4	22 563 43/6

Italien. Die erste Wirkung des Friedens beginnt sich im Nachlassen der Preise zu zeigen. Man erwartet den regierungsseitigen Verkauf aller bisher requirierten Lebensmittel. Der Weizenpreis, welcher trotz aller Verbote auf 1.50 Lire per kg heraufgetrieben war, ist auf 0.90 Lire gesunken.

Die italienische Maisernte ist nur halb so groß, wie die vorjährige, welche auch nur mittel war. Mais ist äußerst knapp, zumal viel nach den geräumten Gebieten abgehen mußte.

Deutschland. Seit dem Waffenstillstand behandeln englische Fachblätter unausgesetzt die Frage der Nahrungsmittelversorgung Deutschlands. Die Not wird bezweifelt. Angesichts einer besseren Ernte und kleineren Verzehr nach Abtransport der Kriegsgefangenen, hält man den Notschrei für übertrieben. Man begreift nicht, woher die in der „Berlingske Tidende“ erwähnten und in den deutschen Blättern weitergegebenen Mengen an Getreide, Fett usw. kommen sollen, die die Alliierten liefern müßten, und versteht ein solches Ansinnen überhaupt nicht, zumal man die erhöhte Brotration und das Aufhören der fleischlosen Wochen als Gegenbeweis anführt. Im „National Food Journal“ erklärt der Präsident Sir John Beale, daß es die vornehmste Pflicht der Alliierten wäre, Belgien, Nordfrankreich, Serbien, Norditalien, Montenegro und Rumänien zu ernähren, die Belieferung von Polen und Armenien zu erwägen, während Deutschland hauptsächlich Frage der Vernunft wäre. Es liegt im Interesse der Alliierten, eine Regierung aufrecht zu erhalten und nur aus diesem rein praktischen Grunde, die allernotwendigsten Zuschüsse zu gewähren. Nahrungsmittel wäre das Machtmittel in der Hand der Alliierten. Im Gegensatz hierzu zitieren die „Corn Trade News“ vom 27. 11. eine Bemerkung des amerikanischen Dictators Hoover, daß die Lage Deutschlands genau geprüft werde, und daß die Verteilung unantastbar gerecht und unter besonderer Kontrolle vorgenommen werden soll.

Mais

Amerikanische Marktpreise sind in der letzten Dezemberwoche stark gestiegen. Ungünstige Wettermeldungen gelten als Gründe. Mais notiert am 24. 12. 149 cts für Dezember, 139 5/8 für Januar. Von Argentinien lauten die Ernteaussichten überaus günstig. Die Vorräte betrugen am 18. 12. 200 000 t. Tendenz war stetig, Preis 6 Pesos fob.

Die Verschiffungen aus Argentinien haben bedeutend zugenommen, und man erwartet unter Ausnutzung der billigen Fracht einen sehr starken Absatz nach Europa in der nächsten Zeit. Nach englischen Fachblättern ist eine größere Abladung von argentinischem Mais nach Amerika vorgenommen. Dieser dient allerdings besonderen Zwecken, aber der große Unterschied im Preise zwischen Chicago und Buenos Aires wird den weiteren Import leicht anregen können.

Hafer

Der amerikanische Terminmarkt war in den letzten Tagen des Jahres abgeflaut. Hafer notiert am 24. 12. 68 3/4 cts per Dezember, 68 3/4 cts per Januar. Argentinien meldet vom 18. 12. stetige Tendenz 5.55 Pesos und 30 000 t Vorrat.

Ölsaaten und Ölkuchen

Der amerikanische Leinsaatmarkt war in der letzten Berichtsperiode insofern stabiler, als nur kleine Schwankungen von 5–8 cts zu konstatieren waren. Diese Preisunterschiede müssen aus den Erfahrungen der letzten Monate als unwesentlich hingestellt werden. Amerikanische Anlieferungen sind nicht bedeutend und das erklärt das Aufrechterhalten der jetzigen Preise. Duluth notiert am 24. 12. 34 1/2 cts. per Januar. Die argentinische Ernte verspricht nach englischen Schätzungen eine Rekordernte zu werden. Man spricht bereits von einem 1 Mill. t Ergebnis. Die unter dem 18. 12. eingetroffenen Kabel melden allerdings von Regenfällen, die der jetzt im Gange befindlichen Ernte geschadet haben. Wiederum ist ein Novemberpreis als „nicht erhältlich“ gemeldet. Tendenz ist ruhig bei 40 000 t Vorrat.

Der neue Leinsaatpreis, zu welchem den Alliierten ein Quantum überlassen werden soll, wird nach den „Corn Trade News“ 16 Pesos betragen.

Ölkuchen. Alle englischen Märkte melden kleines Geschäft. Die freigegebenen Quantitäten an Leinkuchen und Baumwollsaatkuchen genügen der starken Nachfrage keinesfalls. Die Lager an Baumwollsaatkuchen sind überaus klein. Maisprodukte sind in starker Nachfrage, können aber mangels Rohware nur wenig an den Markt kommen.

Die von uns früher gemeldeten hohen Preise für die im freien Handel befindlichen Erbsen und Bohnen für Futterzwecke sind gewaltig gesunken. Man notiert heute nur 140/ gegen 200/ im Vormonat per Qrs.

Der Export von Leinsaatkuchen aus Spanien unterliegt der Kontrolle und der Erlaubnis eines durch die Regierung eingesetzten Komitees.

Indien. Die Anbaufläche für die diesjährige indische Baumwollsaaternte umfaßt 4 267 000 acres, d. h. 36 % weniger als im Vorjahre. Überall ist Regen dringend notwendig. Auch die Anbaufläche für Erdnüsse ist gegen das vorige Jahr um 56 % kleiner. Die Aussaat ist durch den Regenmangel äußerst behindert.

Vermischtes

Grenadas Außenhandel. Über den Außenhandel der englischen Kolonie Grenada (Westindien) in 1917/18 bringt das „B. o. Tr. J.“ v. 21. 11. 1918 einige Zahlen, welche wir nachstehend wiedergeben (in 1000 £):

	Ausfuhr	Einfuhr	Gesamthandel	Ausfuhrüberschuß
1917/18	480 5	354,—	834,5	126 5
1916/17	534,2	343 4	877,6	190 8

Ein Rückgang in der Ausfuhr um 10 % hat trotz einer leichten Steigerung der Einfuhr eine Verminderung des Gesamthandels um 5 % und des Ausfuhrüberschusses um 34 % zur Folge gehabt. Die Beteiligung der Hauptländer am Außenhandel 1917/18 zeigt die folgende Aufstellung (in 1000 £):

	Einfuhr	Ausfuhr	Gesamthandel
England (Ver. Kgr.)	95,7	289 3	385,—
Vereinigte Staaten	157,8	162 6	320 4
Britische Kolonien	88,4	27 4	115 8
Andere	12,1	1,2	13 3

In der Einfuhr standen die Vereinigten Staaten, in der Ausfuhr und im Gesamthandel England an erster Stelle. Die Ausfuhr der wichtigsten Landeserzeugnisse gestaltete sich im Kalenderjahr 1917 wie folgt (Werte in 1000 £):

	Menge	Wert	davon nach England	davon nach Ver. St.	nach Canada
Kakao	104 520 cwt	412 3	254 8	147 6	5 5
Muskatnüsse	11 818 „	23 5	4 1	11 2	8 2
Muskatblüten	2 048 „	15 4	9 6	3 7	2 1
Limettensaft	— „	11 2	11 2	—	—
Baumwolle	2 453 „	9 2	9 2	—	—
Baumwollsaat	6 199 „	2 3	?	?	?

Die Gesamtausfuhr von Baumwolle und Limettensaft ging also nach England. Die Haupteinfuhrwerte (über 5000 £) 1917–18 waren (in 1000 £):

Kleidung	5 3	Reis	10 5
Säcke	8 7	Mehl	53 1
Brot, Zwieback, Kuchen	7 6	Putzwaren	7 2
Schubzeug	7 7	Kurzwaren	5 5
Automobile u. Teile davon	12 7	Fleisch, gesalzen und geräuchert	7 2
Cement	5 9	Seife	5 6
Baumwollwaren	38 5	Zucker	20 4
Fisch, gesalzen u. getrocknet	18 9	Wein u. geistige Getränke	6 1

Mit Ausnahme von Zucker, Automobilen und Säcken ist die geringe Erhöhung der Einfuhrwerte nur der allgemeinen Preissteigerung zuzuschreiben. Gb.

Salomo-Inseln. Über den Außenhandel der britischen Salomo-Inseln teilt das „B. o. Tr. J.“ v. 31. 10. 1918 folgende Zahlen (in £) mit:

	1915/16	1916/17	1917/18
Einfuhr	135 800	139 358	154 743
Ausfuhr	102 652	109 386	149 743
Gesamthandel	238 452	248 744	304 486
Einfuhrüberschuß	33 148	29 972	5 000

Infolge der Hebung des Ausfuhrwertes ist 1917/18 der Einfuhrüberschuß auf 1/6 seiner Größe in 1916/17 zurückgegangen. Der Wert des Gesamthandels vermehrte sich trotz der Schiffsraumknappheit um etwa 1/4 seines Wertes im Vorjahre. Die

Ausfuhr des wichtigsten Landesproduktes, der Kopra, entwickelte sich in folgender Weise:

1915/16: 5932 t; 1916/17: 5927 t; 1917/18: 6943.

Die Entwicklung der Inseln wird stark durch den Mangel an Arbeitskräften beeinflusst. Im Jahre 1917 waren im ganzen nur 3824 Arbeiter beschäftigt gegen 4352 in 1916. Gb.

Wichtige Neueingänge

einzusehen im Lesezimmer Rothenbaumchaussee 5, geöffnet von 8–4 Uhr

Amerika

- „El comercio exterior argentino y el intercambio con España“. Estudio estadístico 1916. Por J. Solórzano Costa. Madrid 1917: Grafica Excelsior. 98 S.
- „The financial Review“. Finance, crops, railroads, trade, commerce. 1918. Railway and industrial section of the Commercial and Financial Chronicle. Vol. 106. Nr. 2748. New York: Dana Co. 1918.

Eine ausführliche, das Jahr 1917 mit umfassende Wirtschaftsstatistik, in erster Linie für den Gebrauch der Banken und Effektenhändler. Besonders hervorgehoben sei die ausführliche tabellarische Übersicht über Eisenbahn- und Industrieunternehmungen der Vereinigten Staaten.

Afrika

- „Krieg im Busch. Selbsterlebtes aus dem Kamerunkrieg.“ Von Hermann Skolaster. Limburg a. d. Lahn, Kongregation d. Pallottiner (um 1918). 160 S.
- „Zwei Jahre kriegsgefangen in West- u. Nord-Afrika.“ Erlebnisse einer deutschen Frau. Von Maria Roscher. Stuttgart, Steinkopf, 1918. 208 S.
- „Deutsch-Südwest im Weltkrieg.“ Kriegseindrücke aus den Jahren 1914/15. Mit e. Karte. Von Walther Suchier. Berlin, Mittler, 1918. IV, 136 S.
- „L'Afrique du Nord et la guerre.“ Par Pierre Pegreau Pradier et Maurice Besson. Préf. de Maginot. Paris, Alcan 1918. V. 254 S. (Bibliothèque d'histoire contemporaine).
- „La Politique allemande au Maroc.“ Par Etienne Richet. Paris, Larose, 1917. 36 S.
- „Die französische Kolonie Dahomey.“ Von Paul Sprigade. Berlin, Mittler, 1918. 52 S. Aus Mitteil. a. d. deutschen Schutzgebieten. B. 31. H. 2.
- „Liberia in seiner Bedeutung für Deutschlands Handel und zukünftige Versorgung.“ Von M. Dinklage. Hamburg, Boysen, 1918. 43 S.
- „West African Currency Board.“ Report of the West African Currency Board for the year ended 30th June, 1917. London: Stat. Off. 1917. (Cd. 8883.)
- „Statistical Year-Book of the Union of South Africa.“ Jaarboek voor statistiek van de unie van Zuid-Afrika. Nr. 4. 1915/16. — Pretoria 1917: Gov. Pr. and Stat. Off.

Ölsaaten und Ölkuchen

Der amerikanische Leinsaatmarkt war in der letzten Berichtsperiode insofern stabiler, als nur kleine Schwankungen von 5–8 cts zu konstatieren waren. Diese Preisunterschiede müssen aus den Erfahrungen der letzten Monate als unwesentlich hingestellt werden. Amerikanische Anlieferungen sind nicht bedeutend und das erklärt das Aufrechterhalten der jetzigen Preise. Duluth notiert am 24. 12. 34 1/2 cts. per Januar. Die argentinische Ernte verspricht nach englischen Schätzungen eine Rekordernte zu werden. Man spricht bereits von einem 1 Mill. t Ergebnis. Die unter dem 18. 12. eingetroffenen Kabel melden allerdings von Regenfällen, die der jetzt im Gange befindlichen Ernte geschadet haben. Wiederum ist ein Novemberpreis als „nicht erhältlich“ gemeldet. Tendenz ist ruhig bei 40 000 t Vorrat.

Der neue Leinsaatpreis, zu welchem den Alliierten ein Quantum überlassen werden soll, wird nach den „Corn Trade News“ 16 Pesos betragen.

Ölkuchen. Alle englischen Märkte melden kleines Geschäft. Die freigegebenen Quantitäten an Leinkuchen und Baumwollsaatkuchen genügen der starken Nachfrage keinesfalls. Die Lager an Baumwollsaatkuchen sind überaus klein. Maisprodukte sind in starker Nachfrage, können aber mangels Rohware nur wenig an den Markt kommen.

Die von uns früher gemeldeten hohen Preise für die im freien Handel befindlichen Erbsen und Bohnen für Futterzwecke sind gewaltig gesunken. Man notiert heute nur 140/ gegen 200/ im Vormonat per Qrs.

Der Export von Leinsaatkuchen aus Spanien unterliegt der Kontrolle und der Erlaubnis eines durch die Regierung eingesetzten Komitees.

Indien. Die Anbaufläche für die diesjährige indische Baumwollsaaternte umfaßt 4 267 000 acres, d. h. 36 % weniger als im Vorjahre. Überall ist Regen dringend notwendig. Auch die Anbaufläche für Erdnüsse ist gegen das vorige Jahr um 56 % kleiner. Die Aussaat ist durch den Regenmangel äußerst behindert.

Vermischtes

Grenadas Außenhandel. Über den Außenhandel der englischen Kolonie Grenada (Westindien) in 1917/18 bringt das „B. o. Tr. J.“ v. 21. 11. 1918 einige Zahlen, welche wir nachstehend wiedergeben (in 1000 £):

	Ausfuhr	Einfuhr	Gesamthandel	Ausfuhrüberschuß
1917/18	480 5	354,—	834,5	126 5
1916/17	534,2	343 4	877,6	190 8

Ein Rückgang in der Ausfuhr um 10 % hat trotz einer leichten Steigerung der Einfuhr eine Verminderung des Gesamthandels um 5 % und des Ausfuhrüberschusses um 34 % zur Folge gehabt. Die Beteiligung der Hauptländer am Außenhandel 1917/18 zeigt die folgende Aufstellung (in 1000 £):

	Einfuhr	Ausfuhr	Gesamthandel
England (Ver. Kgr.)	95,7	289 3	385,—
Vereinigte Staaten	157,8	162 6	320 4
Britische Kolonien	88,4	27,4	115 8
Andere	12,1	1,2	13 3

In der Einfuhr standen die Vereinigten Staaten, in der Ausfuhr und im Gesamthandel England an erster Stelle. Die Ausfuhr der wichtigsten Landeserzeugnisse gestaltete sich im Kalenderjahr 1917 wie folgt (Werte in 1000 £):

	Menge	Wert	davon nach England	davon nach Ver. St.	nach Canada
Kakao	104 520 cwt	412 3	254 8	147 6	5 5
Muskatnüsse ..	11 818 „	23 5	4 1	11 2	8 2
Muskatblüten ..	2 048 „	15 4	9 6	3 7	2 1
Limettensaft ..	— „	11 2	11 2	—	—
Baumwolle ...	2 453 „	9 2	9 2	—	—
Baumwollsaat ..	6 199 „	2 3	?	?	?

Die Gesamtausfuhr von Baumwolle und Limettensaft ging also nach England. Die Haupteinfuhrwerte (über 5000 £) 1917–18 waren (in 1000 £):

Kleidung	5 3	Reis	10 5
Säcke	8 7	Mehl	53 1
Brot, Zwieback, Kuchen ..	7 6	Putzwaren	7 2
Schubzeug	7 7	Kurzwaren	5 5
Automobile u. Teile davon ..	12 7	Fleisch, gesalzen und geräuchert	7 2
Cement	5 9	Seife	5 6
Baumwollwaren	38 5	Zucker	20 4
Fisch, gesalzen u. getrocknet	18 9	Wein u. geistige Getränke ..	6 1

Mit Ausnahme von Zucker, Automobilen und Säcken ist die geringe Erhöhung der Einfuhrwerte nur der allgemeinen Preissteigerung zuzuschreiben. Gb.

Salomo-Inseln. Über den Außenhandel der britischen Salomo-Inseln teilt das „B. o. Tr. J.“ v. 31. 10. 1918 folgende Zahlen (in £) mit:

	1915/16	1916/17	1917/18
Einfuhr	133 800	139 358	154 743
Ausfuhr	102 652	109 386	149 743
Gesamthandel	238 452	248 744	304 486
Einfuhrüberschuß	33 148	29 972	5 000

Infolge der Hebung des Ausfuhrwertes ist 1917/18 der Einfuhrüberschuß auf 1/6 seiner Größe in 1916/17 zurückgegangen. Der Wert des Gesamthandels vermehrte sich trotz der Schiffsraumknappheit um etwa 1/4 seines Wertes im Vorjahre. Die

Ausfuhr des wichtigsten Landesproduktes, der Koprä, entwickelte sich in folgender Weise:

1915/16: 5932 t; 1916/17: 5927 t; 1917/18: 6943.

Die Entwicklung der Inseln wird stark durch den Mangel an Arbeitskräften beeinflusst. Im Jahre 1917 waren im ganzen nur 3824 Arbeiter beschäftigt gegen 4352 in 1916. Gb.

Wichtige Neueingänge

einzusehen im Lesezimmer Rothenbaumchaussee 5, geöffnet von 8–4 Uhr

Amerika

„El comercio exterior argentino y el intercambio con España“. Estudio estadístico 1916. Por J. Solórzano Costa. Madrid 1917: Grafica Excelsior. 98 S.

„The financial Review“. Finance, crops, railroads, trade, commerce. 1918. Railway and industrial section of the Commercial and Financial Chronicle. Vol. 106. Nr. 2748. New York: Dana Co. 1918.

Eine ausführliche, das Jahr 1917 mit umfassende Wirtschaftsstatistik, in erster Linie für den Gebrauch der Banken und Effektenhändler. Besonders hervorgehoben sei die ausführliche tabellarische Übersicht über Eisenbahn- und Industrieunternehmungen der Vereinigten Staaten.

Afrika

„Krieg im Busch. Selbsterlebtes aus dem Kamerunkrieg.“ Von Hermann Skolaster. Limburg a. d. Lahn, Kongregation d. Pallottiner (um 1918). 160 S.

„Zwei Jahre kriegsgefangen in West- u. Nord-Afrika.“ Erlebnisse einer deutschen Frau. Von Maria Roscher. Stuttgart, Steinkopf, 1918. 208 S.

„Deutsch-Südwest im Weltkrieg.“ Kriegseindrücke aus den Jahren 1914/15. Mit e. Karte. Von Walther Suchier. Berlin, Mittler, 1918. IV, 136 S.

„L'Afrique du Nord et la guerre.“ Par Pierre Peireau Pradier et Maurice Besson. Préf. de Maginot. Paris, Alcan 1918. V. 254 S. (Bibliothèque d'histoire contemporaine).

„La Politique allemande au Maroc.“ Par Etienne Richet. Paris, Larose, 1917. 36 S.

„Die französische Kolonie Dahomey.“ Von Paul Sprigade. Berlin, Mittler, 1918. 52 S. Aus Mitteil. a. d. deutschen Schutzgebieten. B. 31. H. 2.

„Liberia in seiner Bedeutung für Deutschlands Handel und zukünftige Versorgung.“ Von M. Dinklage. Hamburg, Boysen, 1918. 43 S.

„West African Currency Board.“ Report of the West African Currency Board for the year ended 30th June, 1917. London: Stat. Off. 1917. (Cd. 8883.)

„Statistical Year-Book of the Union of South Africa.“ Jaarboek voor statistiek van de unie van Zuid-Afrika. Nr. 4. 1915/16. — Pretoria 1917: Gov. Pr. and Stat. Off.